Nr. 50. 34. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando vierteljährl. 3,00 Mk., monatl. 1,50 Mk., wöchentlich 80 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,50 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Dienstag, den 20. Februar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Versenkungen im Mittelmeer.

Erkundungsvorstöße — Nichts Wesentliches — Englischer Vorstoß bei Armentières.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 19. Februar 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An den meisten Stellen der Front herrschte starker Nebel, der die Tätigkeit von Artillerie und Fliegern einschränkte und nur Erkundungsvorstöße zuließ.

An der Wachsamkeit unserer Grabenbesatzungen scheiterten zahlreiche Unternehmungen des Feindes; unsern Erkundern gelang es, mehrere Gefangene einzubringen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Wesentliches.

Mazedonische Front.

Vorpostengeplänkel und vereinzeltes Artilleriefeuer. Zwei feindliche Flugzeuge wurden abgeschossen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

•

Berlin, 19. Februar. Amtlich. Am 18. Februar abends griff eines unserer Marineluftschiffe Hafen- und militärische Anlagen von Arensburg auf Oesel mit Spreng- und Brandbomben an. Guter Erfolg wurde beobachtet. Das feindliche Abwehrfeuer blieb wirkungslos.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Arensburg liegt im südlichen, der Rigaischen Bucht zugekehrten Teile der Insel Oesel.

•

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, den 19. Februar. Abends.

Am Morgen scheiterte ein englischer Vorstoß südwestlich von Messines (nördlich von Armentières); sonst im Westen bei unsichtigem Wetter, im Osten bei strenger Kälte nichts Wesentliches.

•

Der österreichische Bericht.

Wien, 19. Februar 1917. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen
und
Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Keine besonderen Ereignisse.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Oestlich Lipnica Dolna an der Narajowka brachte der Russe einen Minenstollen unter unseren vordersten Gräben zur Sprengung und besetzte in raschem Nachstoß den Trichter. Durch Gegenangriff kam dieser wieder in unseren Besitz. Südlich Brzezany wurde ein nach starker Minenwerfervorbereitung erfolgter feindlicher Angriffsversuch abgewiesen. In Wolhynien erfolgreiche Unternehmungen unserer Stoßtruppe.

Italienischer Kriegsschauplatz.

In den letzten Tagen begann sich die italienische Artillerie auch in einzelnen Abschnitten der Gebirgsfronten wieder zu rühren. Tarvis wurde wiederholt beschossen. Heute früh brachten Patrouillen des Infanterieregiments Nr. 73 von einer Unternehmung gegen die feindlichen Stellungen östlich des Monte Zebio nördlich von Asiago 22 Gefangene ein.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

An der Bojusa nichts von Belang.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Arbeit für den Reichstag.

Von Otto Hue.

Dem Vernehmen nach sollen dem Reichstag kurz nach seinem am 22. d. M. erfolgenden Zusammentritt sehr bedeutende Steuervorlagen zugehen. Es ist zu erwarten, daß auch diese Steuern, wie fast alle 1909 beschlossenen und die 1916 eingeführte Warenumsatzsteuer empfohlen werden auch mit der Begründung, es würden die „leistungsfähigen Schultern" getroffen, die Steuern hätten mithin keinen antisozialen Charakter. Ich meine noch zu hören, wie damals im Reichstag Befürworter des Steuerbündels sozusagen ihre Seligkeit dafür verschworen, daß die empfohlenen Steuern und Abgaben die wirtschaftlich schwächeren Schichten des Volkes nicht belasten würden. Wie aber ist es gekommen? Wie ist es mit der Warenumsatzsteuer gekommen? Das an einigen praktischen Beispielen zu erläutern, dürfte gerade mit Rücksicht auf die angekündigten Reichssteuervorlagen geboten sein.

In der Haushaltungskommission des preußischen Landtags brachte Schreiber dieses bei der Beratung des Handels- und Gewerbeetats folgende Tatsachen zur Sprache:

Die Warenumsatzsteuer sollte wenigstens der Behauptung ihrer Befürworter zufolge keine Belastung der zahlungsschwächsten Volksschichten sein. Das ist, entgegen den Befürchtungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die breite Volksmasse allein werde diese Steuer zu tragen haben, aufrechterhalten worden, auch in der Presse. Die Sozialdemokraten im Reichstage haben trotzdem gegen die Steuer gestimmt und die Praxis zeigt, daß unsere schlimmsten Befürchtungen übertroffen wurden. Beispielsweise hat das Berliner Elektrizitätswerk Süd-West nicht nur seinen Abnehmern die Warenumsatzsteuer bei den Verträgen, die vor dem 1. Oktober 1916 abgeschlossen waren, nachträglich aufgerechnet, wozu das Gesetz (Artikel V) berechtigt, sondern auch einem Abnehmer, der sich weigerte, diese Nachtragsforderung anzuerkennen, geschrieben, von dieser Steuerabwälzung werde unbedingt Gebrauch gemacht, und:

„Auch die von Ihnen event. beabsichtigte Kündigung des Vertrages würde nicht zu dem gewünschten Ziel führen, da wir neue Verträge nur unter der Bedingung eingehen, daß vom Stromabnehmer eine Anerkennung bezüglich Uebernahme des auf die Jahreslieferung entfallenden Warenumsatzstempels ausgesprochen wird."

Demnach wälzt dieses Werk — und es sicher nicht allein — grundsätzlich die Umsatzsteuer auf die Stromabnehmer ab, als welche letzten Endes auch zahlreiche kleine Verbraucher (Haushaltungen) in Betracht kommen. Ein solcher Zwang zur Steuerübernahme kann natürlich dort am leichtesten systematisch durchgeführt werden, wo als Verkäufer am stärksten kartellierte Firmen in Betracht kommen. Das ist bekanntlich in der Elektroindustrie nicht zuletzt der Fall.

Je größer die wirtschaftliche Macht und die einheitliche Syndizierung der Warenverkäufer ist, je mehr die fraglichen Waren als absolut notwendige Volksbedarfsartikel anzusprechen sind, um so hoffnungsloser ist der Widerspruch der Konsumenten gegen die Steuerabwälzung. Das tritt markant in dem Handel mit mineralischen Brennstoffen (Kohle, Koks, Briketts) in Erscheinung. Der Verband der Vereine selbständiger Kohlen- und Holzhändler in Berlin teilte dem „Vorwärts" mit, die Vereinsmitglieder müßten zunächst die Warenumsatzsteuer bei der Kohlenabnahme von den Großhändlern (alles Mittelspersonen der Werkssyndikate) zahlen, dazu nochmals die Steuer vom eigenen Umsatz entrichten. Daher der Name „selbständige Händler". Diese zweimalige Besteuerung derselben Ware wird selbstredend dem Konsumenten aufgehalst in Form erhöhter Verkaufspreise. Der neue Lieferungsvertrag des Niederlausitzer Brikettsyndikats enthält den Passus:

Werden den liefernden Werken oder dem Syndikat Lasten durch behördliche Anordnungen auferlegt oder bestehende erhöht, so erhöhen sich die Verkaufspreise dementsprechend.

In den Lieferungsbedingungen des Preisverbandes Mitteldeutscher Braunkohlenwerke heißt es unter Ziffer 15:

Werden den liefernden Werken während der Dauer des Vertrages Abgaben, Steuern oder sonstige Lasten durch behördliche Anordnungen auferlegt oder bestehende erhöht, so erhöhen sich die Verkaufspreise entsprechend.

Sinngemäß, manchmal fast wörtlich übereinstimmend lauten die Lieferungsverträge der kartellierten Werke in allen deutschen Grubenbezirken, soweit ich Einsicht erlangen konnte. Augenscheinlich liegt eine Verabredung der Unternehmersyndikate vor und ich bin gewiß, daß sie nicht nur unter den Bergwerksbesitzern, sondern auch unter den kartellierten Eisen-

Verhandlungen mit Dänemark.

Erlaubte Zufuhren nach England.

Nach Meldungen aus Kopenhagen sollen dort einige Teilnehmer einer Abordnung dänischer Schiffsreeder und Großhändler, die vor kurzem in Berlin mit maßgebenden Regierungsstellen über die Frage verhandelt haben, wieweit die deutsche Regierung unter gewissen Bedingungen geneigt sei, die Ausfuhr bestimmter dänischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach England freizugeben, sich ziemlich günstig über das Ergebnis dieser Verhandlungen ausgesprochen haben. Die „Deutsche Tageszeitung" hat jene Meldung sofort dazu benutzt, um sich gegen die Reichsregierung zu wenden, die nach ihrer Ansicht mit der Zulassung eines solchen dänischen Exports sich mit dem Befehl des Kaisers in Widerspruch setzen und die über England verhängte Seesperre durchbrechen würde.

Wie die „Deutsche Tageszeitung" angibt und wie durch die Aeußerungeen Kopenhagener Blätter bestätigt wird, handelt es sich um die Ausfuhr bestimmter Mengen von Butter, Speck und Eiern nach England unter der Bedingung, daß ähnliche Mengen nach Deutschland geliefert werden, die vornehmlich zur Versorgung der in der Bergwerks-, Stahl- und Munitionsindustrie tätigen Arbeiterschaft dienen sollen.

Leugnen läßt sich nicht, daß, wenn die Ausfuhr der genannten Artikel aus Dänemark nicht freigegeben wird, Großbritannien das Ausbleiben der betreffenden Exporte mit der Zeit schmerzlich empfinden wird. Es ist jedoch keineswegs allein auf dänische Lieferungen angewiesen. So hat England seit Kriegsbeginn beträchtliche Mengen australischer, holländischer, argentinischer und irischer Butter bezogen. In der zweiten Hälfte des Januar kostete beste frische dänische Butter im Londoner Großhandel nur 215 Schilling pro Zentner (gleich 112 englische Pfund), gewöhnliche australische Butter 192 bis 194 Schilling, das ist ungefähr 55 Proz. mehr als der Friedenspreis. Aehnlich steht es mit Speck, der nur in beträchtlichen Mengen mit etwa 50 Proz. Aufschlag zum Friedenspreis gehandelt wird. Ungünstiger ist die Versorgung Englands mit Eiern. Dennoch waren noch vor kurzem auf dem Londoner Eiermarkt beste dänische Eier für 27 und 28 Schilling pro 120 Stück zu haben.

England bald durch Fettmangel zur Nachgiebigkeit zwingen zu wollen, ist also ein recht seltsames Bemühen. Der verschärfte U-Boot-Krieg wird sicherlich bis ins nächste Jahr hinein dauern müssen, wenn er zu einer ähnlichen Fettknappheit führen soll, wie zurzeit in Deutschland, besonders wenn die englische Regierung rechtzeitig zu einer energischen Rationierung greift.

Die Gefahr des U-Boot-Krieges liegt für England und seine Verbündeten auf ganz anderem Gebiet. Vor allem auf dem Gebiet der Kohlenversorgung. Schon jetzt hat die Hemmung der Kohlenzufuhr in Frankreich und Italien die Stillsetzung zahlreicher Fabrikbetriebe und Gasanstalten sowie eines beträchtlichen Teils des Eisenbahnverkehrs bewirkt. Weitere Verhinderungen werden unzweifelhaft auch die Stahl- und Munitionsindustrie größtenteils lahmlegen. Ebenso wird England weitmehr durch die Abschneidung seiner Einfuhr von spanischen und schwedischen Eisenerzen, von Holz, Salpeter, Getreide, Vieh und Fleisch, Zucker, Baumwolle usw. getroffen, als durch eine Verhinderung der Zufuhr von dänischer Butter und dänischem Speck. Wenn die Unterbindung des Handelsverkehrs in den erstgenannten Artikeln England nicht zum Frieden zwingt, der Fettmangel wird es sicher nicht tun.

Dagegen wäre die Einfuhr größerer Mengen von Speck, Butter, Eier in Deutschland ein Segen. Es handelt sich doch nicht nur darum, England seine Nahrungsmitteleinfuhr abzuschneiden, sondern zugleich darum, unser eigenes Durchhalten möglichst zu erleichtern.

Ganz abgesehen von den erwähnten Gründen kommt auch die Rücksicht auf unsere neutralen Nachbarn in Betracht. So wenig Deutschland Anlaß hat, sein Lebensinteresse einfach dem der neutralen Mächte unterzuordnen, so wenig ist es vom staatsmännischen Standpunkt aus angebracht, deren Wünsche kurzerhand zurückzuweisen, wenn die Erfüllung dieser Wünsche auf das schließliche Kriegsergebnis nur einen minimalen Einfluß zu üben vermag und für das deutsche Volk sogar gewisse Vorteile in sich schließt. So liegen denn doch die Verhältnisse zurzeit nicht, daß uns die Stimmung in den nordischen Reichen ganz gleich sein könnte.

Versenkungen im Mittelmeer.

Berlin, 19. Februar. (W. T. B.) Im Sperrgebiet des Mittelmeeres wurde in den letzten Tagen durch Unterseeboote eine größere Anzahl wertvoller feindlicher Schiffe versenkt, darunter ein

voll besetzter großer italienischer Truppentransportdampfer,

zwei bewaffnete Dampfer von 3000 und 4500 Tonnen mit wichtiger Ladung für Saloniki, der italienische Dampfer Cesaria von 4217 Brutto-Registertonnen, der französische Dampfer Mont Bantanz (3233 Brutto-Registertonnen), ein französischer Segler Aphrodite (600 Brutto-Registertonnen), mit 735 Tonnen Eisen für Italien.

und Stahlindustriellen, den chemischen Fabriken usw. getroffen ist.

Der Minister für Handel und Gewerbe erklärte auf diese Vorhaltungen, die Steuerabwälzungen widersprächen weder dem Wortlaut noch dem Sinne des Gesetzes betr. die Warenumsatzsteuer, sie seien vielmehr in diesem Gesetz gestattet, wie ja beispielsweise in dem Biersteuergesetz von 1909 eigens ein Passus geschaffen sei, der den Brauereien die Steuerabwälzung ermögliche! (Bei der Beratung dieses Steuergesetzes wurde das wohlweislich zu verdunkeln gesucht.) Die Steuer solle nicht als Produktionssteuer wirken, außerdem sei kein Gesetz vorhanden, das die Abwälzung von Steuern durch Vertrag verbiete. Diese Abwälzung sei auch nicht als unmoralisch anzusehen. Diese ministerielle Erklärung wird erst voll verständlich, wenn man weiß, daß es auch in den Verkaufs- und Lieferungsbedingungen der oberschlesischen Staatsgruben heißt:

Frachtbrief- und Konnossementsstempel, sowie alle Steuern, die durch Reichs- oder Landesgesetz eingeführt werden (!) und den Versand belasten, hat der Empfänger zu tragen...

Also wälzt auch das fiskalische Handelsbureau die gegenwärtigen und die zukünftigen steuerlichen Lasten auf die Konsumenten ab! Der Tatbestand der systematischen Abwälzung steuerlicher Belastung namentlich durch die im monopolistischen Besitz der Produktionsmittel befindlichen wirtschaftlich Stärksten auf die wirtschaftlich schwächsten Verbraucher steht also fest. Fest steht ferner, daß dies der Ressortminister des führenden deutschen Bundesstaates als zu Recht bestehend, nicht gegen die guten Sitten verstoßend, verteidigt. Das wird der Reichstag bei der Beratung der neuen Steuervorlagen, unter denen sich dem Vernehmen nach eine Kohlensteuervorlage befinden soll, zu berücksichtigen haben.

Aber noch viel mehr! In allen mir bekannten Lieferungsverträgen von Werks- oder Händlerkartellen wird bestimmt, daß die Erfüllung des Vertrages unterbrochen oder der Vertrag überhaupt nichtig ist, wenn Betriebsstörungen, Betriebseinschränkungen, Wagen- und Arbeitermangel, Arbeiterstreiks oder Aussperrungen, gleichviel ob mit oder ohne Kündigung des Arbeitsvertrages, weiter wenn Mobilmachung und Kriegsfall eintreten. Entweder wird nur „im Verhältnis" des Produktionsausfalles geliefert, oder die Lieferung wird eingestellt und ein neuer Vertrag geschaffen, wobei Preiserhöhungen vorbehalten sind! Als die Kriegserklärung Italiens an Oesterreich-Ungarn erfolgt war, haben laut „Berl. Tagebl." die im Förder- und Verkaufsverband der Zwickauer und Lugau-Olsnitzer Steinkohlengruben kartellierten Werke bestimmte laufende Verträge für nichtig erklärt mit Berufung auf die Kriegsklausel; sie erklärten sich aber bereit, weiter zu liefern, wenn die Abnehmer pro zehn Tonnen 30 M. mehr zahlen wollten! Das mußten sie selbstredend, wenn sie beliefert werden wollten. Der Kriegszustand zwischen Deutschland und Italien trat bekanntlich viel später ein. Wie konsequenzenreich die Kriegsklausel sein kann, sieht man an diesem Beispiel.

Unmittelbarer noch berührt unser Wirtschaftsleben die Streik- und Aussperrungsklausel. Gleichgültig ob der Streik oder die Aussperrung nach vorhergegangener Kündigung des Arbeitsvertrages oder ohne sie eintritt, der Lieferungsvertrag ist gestundet oder aufgehoben, auf alle Fälle sind dann Preiserhöhungen vorbehalten!

Wenn es also eine Unternehmerschaft für geboten erachtet, auch den bescheidensten, von der ganzen öffentlichen Meinung gebilligten Arbeiterforderungen ein unbedingtes „Nein!" entgegenzusetzen und die Arbeiterschaft legt die Arbeit nieder, dann ist die Unternehmerschaft nicht nur gegen Konventionalstrafe wegen Nichterfüllung der Lieferungsverträge gesichert, sondern kann auch diese Gelegenheit zu Preiserhöhungen benützen! In der modernen Wirtschaftsgeschichte ist aber auch der Fall keineswegs selten, wo die Unternehmerschaft Aussperrungen vornahm, um die gesetzlich berechtigte Organisation der Arbeiter zu zertrümmern. Auch die Kosten dieses Verfahrens haben gemäß der Aussperrungsklausel in den Lieferungsverträgen der Warenverbraucher zu tragen! Ja, der Fall ist nicht nur denkbar, sondern in Amerika wirklich geworden, daß eine Unternehmerschaft Streiks provoziert und Aussperrungen vornimmt, um neue Lieferungsverträge mit höheren Preisen zu erhalten!

Wenn man nun gewisse Vorgänge in unserer stark-kartellierten Großindustrie beobachtet, wenn man beispielsweise weiß, daß der Jahresbericht eines großen deutschen Industriellenverbandes „mit Besorgnis" von der „Anerkennung, die den Gewerkschaften auch von Regierungsseite zuteil wird" spricht und „schwere Arbeitskonflikte" nach dem Kriege in Aussicht stellt, so kann man sich leicht vorstellen, welche weittragende sozialwirtschaftliche Bedeutung gerade die Streik- und Aussperrungsklausel in den Lieferungsverträgen der mächtig kartellierten Großindustrie besitzt.

Da ist eine hochwichtige vorbeugende Arbeit von dem Reichstag zu leisten. Diese Vorbeugungsarbeit ist eine dringliche Notwendigkeit. Sie hängt eng zusammen mit der Notwendigkeit, die Konsumenten zu schützen vor der systematischen Abwälzung von Steuern und sonstigen Abgaben durch kartellierte Werksbesitzer und Händler, denen es vermöge ihrer günstigsten Vermögenslage am leichtesten ist, die erforderlichen Reichs-, Staats- und Gemeindeunkosten zu decken.

Der Streit um Belgiens Neutralität.

Ein Funkspruch vom Eiffelturm hat dieser Tage Erklärungen des Sekretärs des Internationalen Bureaus, Genossen Camille Huysmans, verbreitet, in denen dieser als Teilnehmer an den geheimen Sitzungen des belgischen Parlaments versichert, daß die belgische Regierung ihren Neutralitätspflichten loyal und ehrlich nachgekommen sei.

Huysman versichert insbesondere, daß sich am 4. August 1914 noch kein französischer Soldat auf belgischem Boden befunden habe.

Die „Nordd. Allg. Ztg." antwortet nun auf Huysmans Erklärung mit der ausführlichen Wiedergabe von Dokumenten, aus denen hervorgeht, daß die belgische Regierung im Kriegsfalle bereit war, englischen Truppen auf belgischem Boden Aufnahme zu gewähren. Es handelt sich um detaillierte englisch-belgische Uebereinkünfte und Ausarbeitungen, die den Transport der englischen Truppen bis tief ins belgische Land hinein regeln sollten.

Das Beweismaterial bilden umfangreiche Tabellen, in denen die künftigen belgischen Standorte der englischen Truppen angegeben sind. Die Dokumente stammen aus dem Jahre 1906. Die „Nordd. Allgemeine Zeitung" schließt aus ihnen:

Ueberblickt man die ganze Fülle dieses Materials, so ist kein Schatten eines Zweifels möglich, daß Belgien sich 1906 in die Hände der Entente begab, deren Charakter als Offensivbündnis in der ausgesprochenen Richtung gegen Deutschland durch nichts so scharf beleuchtet werden konnte, wie durch die Tatsache, daß eine ihrer ersten Handlungen darin bestand, sich Belgien als unentbehrliches Instrument für den kommenden Angriffskrieg gegen uns zu sichern. Belgien aber hat dem Versucher die Hand gereicht. Es hat selbst, als Oberstleutnant Bridges im Jahre 1912 offen erklärte, England würde bei einem Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich seine Truppen auf alle Fälle in Belgien gelandet haben, auch ohne von Belgien gerufen zu sein, nicht den Mut oder den ehrlichen Willen besessen, laut und deutlich in London oder vor aller Welt zu protestieren, wie das seine Pflicht gewesen wäre. Auch unterließ es Belgien, sofort durch Befestigung seiner Westgrenze und durch Maßnahmen zum Schutz seiner Küste sich gegen die ihm von England und Frankreich drohende Invasionsgefahr in wirksamer Weise zu schützen.

„Angesichts dieser Tatsachen, sagt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" zum Schluß, wird die belgische Regierung den Nachweis nicht zu erbringen vermögen, daß Belgien, wie in ihrer Note vom 10. Januar behauptet wird, allen Nachbarn gegenüber „mit peinlicher Loyalität die Pflichten betätigt habe, die ihm die Neutralität auferlegte."

Die Verhaftung der elf Dumasozialisten.

Zahlreiche Duma- und Reichsratsvertreter protestieren.

Kopenhagen, 19. Februar. Nach weiteren Petersburger Meldungen hatte die Verhaftung der elf Dumamitglieder der Arbeiterpartei (es handelt sich um die Petersburger Stadt-Duma. D. R.) ein Nachspiel, das als aufsehenerregend bezeichnet wurde. Der Vorsitzende des Hauptkomitees der Kriegsindustrie Gutschkow hielt in dieser Angelegenheit mit einer großen Anzahl hervorragender Reichsrats- und Duma-Mitglieder, darunter Miljukow, Konowalow, Schidlewski, Tscheidse, Kerenski und Gurko, eine Beratung ab und gab eine ausführliche Darlegung des Falles. Hierauf wurde ein Beschlußantrag angenommen, der erklärt, die Arbeitervertreter hätten sich keine strafbare Tat zuschulden kommen lassen, ihre Verhaftung sei ein unkluger Schritt, der sehr ernste Folgen haben werde. Der Beschlußantrag wird dem Zaren zugestellt werden.

Die Duma soll kuschen.

Kopenhagen, 19. Februar. „Birschewija Wiedomosti" zufolge hat die russische Regierung den Wiederzusammentritt der Reichsduma nun endgültig auf den 27. Februar festgesetzt. Sämtliche Minister, darunter auch der Minister des Innern, Protopopow, würden in der Eröffnungssitzung anwesend sein, diese jedoch bei den geringsten regierungsfeindlichen Kundgebungen verlassen. Die Regierung werde keine Programmerklärung abgeben, sondern nur auf das Reskript des Zaren hinweisen. Die **Frage der Neuwahlen** zur Duma werde **von der Haltung der Duma gegenüber der Regierung abhängig** gemacht.

Die Regierung der Golitzin-Protopopow weiß, was sie in Duma erwartet. Die Vertagung hat das Verhältnis zwischen ihr und der Volksvertretung in nichts zum Besseren gewandt. Das eben findet in der Verhaftung der Duma-Sozialisten seinen echtrussischen Ausdruck. Nun droht die Regierung der Duma wie einem Hunde. Und gleichzeitig weist sie auf das Zarenreskript hin, dessen Absicht sich solchermaßen enthüllt als eine mit schönen Worten versuchte Spekulation auf Wohlverhalten der Volksvertreter. Nun spürt die Regierung, daß das Manöver nicht gezogen hat und nicht ziehen wird, und sie beeilt sich so auffällig als möglich zu zeigen, daß sie's nur wieder einmal mit einer Maske versuchen wollte.

Die Regierung des Zarismus will in Gewaltstreichen reden. Das hat sie jetzt mit zynischer Offenheit in Taten angekündigt. Die Opposition wird sich in ihrem weiteren Handeln darauf einzurichten haben. Sie wird geradezu zum äußersten Angriff herausgefordert.

Ein Koalitionsministerium in Australien.

Hughes für hartnäckigste Weiterführung des Krieges.

Melbourne, 19. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die australische Regierung ist zurückgetreten. Hughes hat ein Koalitionskabinett gebildet, das, wie er erklärt, den Wunsch des Volkes, den Krieg mit äußerster Hartnäckigkeit zu Ende zu führen, erfüllen wird.

Wird Hughes seinen schon einmal fehlgeschlagenen Versuch, die allgemeine, aber auf Inlandszwecke beschränkte Wehrpflicht Australiens für die imperialistischen Ziele Großbritaniens verfügbar zu machen, nun abermals riskieren?

Der Papst und der U-Boot-Krieg.

Lugano, 19. Februar. (TU.) Gegenüber den Polemiken der italienischen Blätter wegen der möglichen Haltung des Papstes in der Frage des verschärften deutschen U-Boot-Krieges stellt der katholische „Corriere d'Italia" fest, daß Deutschlands Note bezüglich des U-Boot-Krieges dem Papst überhaupt amtlich nicht mitgeteilt worden ist. Durch diese Feststellung wird allen Spekulationen von Seiten der Entente über die Stellungnahme des Papstes in dieser Frage der Boden entzogen.

Der Krieg auf den Meeren.

Bewaffnung der amerikanischen Handelsschiffe.

Kristiania, 19. Februar. („Frkf. Ztg.) **Einem Telegramm aus London zufolge meldet der Washingtoner Korrespondent von „Daily Chronicle", das amerikanische Marinedepartement habe große Mengen Geschütze und Munition nach den wichtigen strategischen Punkten an der atlantischen Küste zur Bewaffnung der Handelsschiffe und der Hilfskreuzer gesandt.**

Der Schiffsverkehr der französischen Häfen sinkt.

Bern, 19. Februar. Während der „Temps" vorgestern behauptete, die Durchschnittszahl der in französischen Häfen ein- und ausfahrenden Schiffe sei seit Verschärfung des Tauchbootkrieges unverändert geblieben, gibt das Blatt heute mit anderen französischen Zeitungen die offiziöse Mitteilung wieder, die zugesteht, daß die Zahl der in französischen Häfen verkehrenden Schiffe in der Woche vom 4. bis 10. Februar von 109 auf 92, also **um 16 Prozent gesunken** ist. Der „Temps" versucht allerdings, diese Folge dem starken Ostwind zuzuschreiben, der in jener Woche geherrscht habe.

Der U-Krieg geht seinen Gang.

Kristiania, 18. Februar. „Intelligenssedler" schreibt, der Unterseekrieg gehe seinen Gang. Von englischer Seite sei zwar hervorgehoben worden, daß Maßregeln getroffen seien, welche die deutschen U-Boote in Wirklichkeit unschädlich machen und die Wirkung des deutschen Unterseekriegs auf dasjenige Maß beschränken würden, das er vorher gehabt habe. **Bisher** aber hätten **diese Maßregeln keine volle Wirkung** gehabt. Eine Menge neutraler Schiffe seien aus der Fahrt nach kriegführenden Ländern herausgezogen worden und lägen im Hafen. Trotzdem hätten die Deutschen einen beträchtlichen Teil der neutralen Tonnage vernichtet und von feindlichen Schiffen torpedierten sie fast täglich eine ganze Menge.

Versenkt.

London, 18. Februar. Lloyds meldet: Der englische Dampfer Romsdalen (2548 Tonnen) ist versenkt worden.

Bern. 18. Februar. Mailänder Blätter melden aus Palma (Mallorca): Ein österreichisch-ungarisches U-Boot versenkte den italienischen Dampfer Oceania (4217 Tonnen). Die Besatzung wurde gerettet.

London, 19. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der englische Dampfer Jolo (3903 Br.-R.-T.) wurde versenkt.

Die deutsche Regierung bedauert die Oldampt-Vorfälle.

Haag, 19. Februar. Amtlich wird mitgeteilt, daß die deutsche Regierung wegen der Vorfälle beim Aufbringen des holländischen Schiffes Oldampt nach Zeebrügge, wobei ads Schiff irrtümlicherweise von den Küstenbatterien beschossen wurde, der zweite Steuermann tödlich verunglückte und mehrere Seeleute zu Schaden kamen, ihr Bedauern ausgesprochen und sich erbötig gemacht hat, den Angehörigen des Steuermanns und den anderen Seeleuten, die verwundet wurden oder infolge des Zwischenfalls erkrankten, Schadenvergütungen zu zahlen, falls die niederländische Regierung dies für angebracht halte.

Die Seeleute und die Seesperre.

Kein norwegisch-amerikanischer Passagierverkehr mehr.

Kristiania, 19. Februar. Hiesigen Blättern zufolge sind die in den letzten Tagen zwischen Reedern und Seeleute-Verbänden geführten Löhnungs- und Bemannungsverhandlungen vorläufig gescheitert. Aller Passagierverkehr mit Amerika ist bis auf weiteres eingestellt.

Englische Schiffsbesatzungen weigern die Fahrt.

Rotterdam, 19. Februar. In der auf die deutsche Sperrgebietserklärung folgenden Woche konnten, wie der Korrespondent der „Telegraphen-Union" aus Schiffahrtskreisen hört, gegen 80 Dampfer infolge Gehorsamsverweigerung der Besatzungen aus Furcht vor den deutschen U-Booten aus Liverpool, Cardiff und Southampton nicht auslaufen. Ein Teil der Schiffe ist dann einige Tage später mit neuer Besatzung, aus Chinesen, Australiern und Russen bestehend, in See gegangen. Ein Dampfer kehrte jedoch bald wieder zurück, da die Mannschaft auf See den Kapitän dazu aufforderte, als sie von geretteten Leuten versenkter Schiffe Genaueres über die näheren Umstände des Unterganges erfahren hatte.

Die niederländischen Seeleute.

Haag, 12. Februar. (IK.) **Der Vorstand der Seemannsvereinigung „Vollharding" (zentralistische Richtung) hatte den Ministerpräsidenten telegraphisch ersucht, daß auch sie als Vertretung der Seeleute zu den Konferenzen hinzugezogen werden, in denen die Regierungsvertreter mit denen der Reeder über die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Hochseefahrt verhandeln wird. Zum mindesten wünsche man, über den Stand der Dinge und die Entschlüsse informiert zu werden. Eine Mitgliederversammlung in Rotterdam erklärte sich mit dem Vorgehen des Vorstandes einverstanden. — Der Ministerpräsident hat nun geantwortet, daß der Handelsminister ehestens die gewünschten Informationen geben werde.**

Keine Matrosen und Heizer zu heuern.

Kopenhagen, 18. Februar. Der dänische Dampfer United States, der klar zum Auslaufen war, mußte seine Abreise aufschieben, da er keine Heizer und Matrosen anheuern konnte. Ferner mußten drei Dampfer mit Lebensmitteln für England, die nach Bergen auslaufen wollten, aus dem gleichen Grunde ihre Abreise aufschieben.

Sperrgebietsfahrer?

Bern, 18. Februar. Der Berichterstatter des „Journal" in Barcelona meldet, der spanische Reedereiverband habe beschlossen, die Schiffe mit Motorbooten auszustatten, was bedeute, daß die spanischen Handelsschiffe durch das Sperrgebiet fahren sollen.

Bern, 19. Februar. (Frankf. Ztg.) Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, mehrere brasilianische Handelsschiffe hätten seit Verkündung der deutschen Seesperre die Häfen Brasiliens mit Bestimmung nach Frankreich und England verlassen.

Die norwegischen Reeder und die Bunkerkohlen-Verordnung.

Kristiania, 19. Februar. (Frkf. Ztg.) In norwegischen Reederkreisen wird die neue englische Zwangsmaßregel gegenüber der neutralen Tonnage, die Kohle für die Heimat holen will, heftig kritisiert. „Sjöfartstidende" sagt, ein **größeres Chaos kann man nicht ausdenken.** Die Neutralen hätten nichts anderes zu tun, als die Schiffe aufzulegen. Die Zurückhaltung norwegischer Tonnage durch England verstoße gegen die Art, wie eine befreundete Macht die Untertanen einer anderen befreundeten Macht zu behandeln habe. Es wäre Grund zu einem Protest vorhanden, falls man nicht mit der britischen Regierung auf so gespanntem Fuße stände.

Neue Untersuchungen über die Kriegskost.

Es ist selbstverständlich, daß unter den durch den Krieg veränderten Lebensverhältnissen die Ernährungsbedingungen von Anfang an die allergrößte Beachtung gefunden haben. Denn während Beschränkungen sonstiger Art nicht unentbehrliche Dinge betreffen, handelt es sich bei der Ernährung um die unbedingten Forderungen, die die Natur an uns stellt. Darum erscheint eine neue Untersuchung unserer Kriegskost, wie sie Prof. Dr. Loewy in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" auf Grund eigenartig zusammengestellten statistischen Materials veröffentlicht, von hohem Interesse. Denn diese Untersuchung betrachtet das Wesen der Kriegskost von einem ganz anderen Standpunkt, als dies in den bisherigen Erörterungen geschah. Die Umwandlungen der Ernährung und die Tatsache, daß immer wieder neue Einschränkungen sich als durchführbar erwiesen, haben zu der Frage geführt, ob die früher geltenden Ernährungsgesetze auch wirklich richtig waren, ja, ob man überhaupt von ganz bestimmten Ernährungsgesetzen zu sprechen vermag. Dabei kam es allmählich zu einer Verwirrung der Anschauungen, die Prof. Loewy nunmehr zu klären sucht.

Die umstrittenste Frage war bisher stets die der notwendigen Eiweißzufuhr. Hierbei bezog man sich immer auf die Angaben von Voit, nach denen bei gemischter Kost dem Körper 110 Gramm Eiweiß neben 56 Gramm Fett und 500 Gramm Kohlehydrate zugeführt werden müssen. Bei vorwiegend animalischer Kost sollten auch bereits 108 Gramm Eiweiß genügen. Prof. Loewy führt jedoch aus, daß diese Zahlen nicht allgemein gültig sein können, da sie zu wenig die sozialen und ökonomischen Stellungen und zahlreiche andere Unterschiede zwischen den untersuchten Personen berücksichtigen. Gerade darum meint er, daß den 118 Gramm Eiweiß eine offizielle Bedeutung beigelegt wird, die ihnen nicht in solchem Maße gebührt. Das Hauptgewicht sei nicht, wie bisher, auf die Zufuhr möglichst reichlicher Eiweißmengen zu legen, sondern auf die viel notwendigere Aufnahme genügender Kalorien, d. h. Wärmeeinheiten. Diesbezüglich seien unsere Ernährungsverhältnisse im Kriege bisher noch nicht genügend betrachtet worden. Zur Klärung dieser Frage veranstaltete nunmehr der Hauptausschuß für Konsumenteninteressen eine Umfrage, der die Ernährungsverhältnisse innerhalb zweier Monate — und zwar April und Juli 1916 — zugrunde lagen. Die Umfrage erstreckte sich im April auf 858 Familien mit 4079 Köpfen, im Juli auf 146 Familien mit 644 Köpfen, und zwar wurden dabei einzelne Wohlhabenheitsstufen genau berücksichtigt.

Auf Grund dieser Statistik und sonstigen reichen Materials, das seines Umfanges wegen hier nicht einzeln dargelegt werden kann, stellt nunmehr Prof. Loewy der Notwendigkeit der Eiweißzufuhr die Notwendigkeit der Zufuhr von Wärmeeinheiten gegenüber. Von diesem Standpunkt ausgehend erklärt er, daß die ernährungsphysiologische Bedeutung der Kriegsbeschränkung der Nahrung hinsichtlich des Eiweißes und des Wärmewertes nicht die gleiche ist. Die Kriegsernährung kann sich dem Eiweißbedarf viel leichter anpassen als dem Bedarf an Kalorien. Der letztere wird am besten gedeckt, wenn neben den rationierten Nahrungsmitteln möglichst auch andere Nahrungsmittel im freien Handel erhalten werden. Durch Berücksichtigung dieser Aufbesserung wird auch bei noch so langer Kriegsdauer stets jederlei gesundheitsschädliche Wirkung der neuartigen Ernährung hintangehalten werden können. Das Besondere in dieser Betrachtung liegt darin, daß man nicht wie bisher sein Hauptaugenmerk auf das Eiweiß, sondern auf die Zufuhr von Wärmeeinheiten richten soll. Denn wenn man den Wärmewert der Nahrung erhöht, steigt — wie statistisch erwiesen — dadurch der Eiweißgehalt automatisch von selbst, so daß — und dies ist das Wesentliche — auf ihn keine besondere Rücksicht genommen zu werden braucht. Die neue Losung lautet also: nicht möglichste Steigerung der Eiweiß-, sondern möglichste Steigerung der Kalorienzufuhr. Auch für die Friedensnahrung wird dieser Standpunkt künftig von Interesse sein.

Deutsches Opernhaus: „Jugend".

Es ist verlockend und bedenklich zugleich, ein literarisch bedeutendes Drama, wie Max Halbes „Jugend", auch musikalisch auszugestalten. So sehr es einen Musiker reizen könnte — er wird doch davon ablassen, wenn ihm literarkritische Urteilsfähigkeit zu Gebot steht. Ja, wäre diese wenigstens dem Librettisten — Bernhöppel ist sein Münchnerischer Name — eigen gewesen, so hätte er lieber ganz von der „Jugend"-Tragödie abgestanden. Beinhöppel hat aber auch der ursprünglichen Handlung und ihrer Motivierung mancherlei Nötigung angetan. Warum beispielsweise aus dem fanatisch-orthodoxen, wohl auch ein wenig eifersüchtigen Kaplan ein bösewichternder Lehrer gemacht wurde, dürfte selbst denen wunderlich erscheinen, die es gleich mit der Angst von Gefährdung des konfessionellen Burgfriedens haben. Vom Eingreifen westpreußischer Kinder-Ringelreigen-Verse, Erntelieder usw. wollte man noch nichts sagen, wenn sie für den Fortgang der Handlung von Wichtigkeit und demgemäß motiviert wären. Schlimmer aber ist, daß die Handlung halb in die Werther-, halb in die Biedermeierzeit zurückverlegt ist. Warum das? Weil, um Halbes durch und durch lyrischem, modern-realistischem Drama vom Machtreiz jungmenschlicher Geschlechtstriebe, ohne seiner hinreißenden poetischen Stimmung Abbruch zu tun, musikalisch beizukommen, ein kongenialer Tondichter und Gestalter vonnöten wäre.

Das ist Ignaz Waghalter nicht. Er wollte an der Tragödie vorbeikommen. So komponierte er eine Art hausbackener Idylle um die Halbesche Dichtung, mit einem Stich ins Volkstümelnde, wie ja die Einbeziehung eines Gassenhauers (Lindenau!) und einer irischen Weise („Lang, lang ist's her") erhärten. Was sonst noch auffällt, ist die meist wohlklangliche, wennschon wenig originelle und in orchestraler Beziehung überwiegend „veristische" Struktur der Musik. Daß sie, wenn man einige Ansätze zu bodenständiger Charakteristik (Amandus und Lehrer Martini) ausnimmt, eigentlich immer nur nebenher läuft, selten die Situation durchdringt und daher oft skizzenhaft fragmentarisch anmutet, gereicht dem ganzen Werk zum Nachteil. So gern dem Musiker Waghalter künstlerische Klärung zugestanden sei, als Opernkomponist enttäuschte er diesmal. Bei seinem Erstling „Mandragola" kam ihm eine vorzügliche Operndichtung zu Hilfe; jetzt war er litterarisch schlecht beraten.

Freilich, am ersten Abend gab es übermäßig lärmenden Applaus. Man übersah vollkommen, daß Herta Stolzenberg trotz aller Bemühung kein Aennchen war und daß auch Bernhard Botel wenig von einem jungen studentischen Brausewind an sich hatte. Auch Holger Börgesen konnte nichts zu seinem Lehrer tun, als ihn bösewichterlich verschärfen. Hingegen wollen wir den Pfarrer Hoppe des Herrn Julius vom Scheidt gelten lassen, daneben auch Harry Sieber als Amandus, obgleich diese Rolle deklamatorisch behandelt und unangetastet geblieben ist. Die dekorative Ausstattung war sauber. Der Komponist saß persönlich am Dirigentenpult; das Orchester hatte Klang und Schmiß. ek.

Wie rettet sich die Mannschaft eines gesunkenen Unterseebootes?

Im allgemeinen ist die Ansicht vorherrschend, daß der U-Boot-Dienst außerordentlich gefährlich sei. Von Fachleuten wird an der Hand der Statistik diese Ansicht als irrig bezeichnet. Allerdings stellt der Dienst auf einem U-Boot sehr hohe Anforderungen an die körperlichen und geistigen Fähigkeiten der Offiziere und Mannschaften, wohl entbehrt das U-Boot jeglichen Panzerschutzes gegen feindliche Geschosse, wohl besteht bei gemeinsam unter Wasser operierenden Booten eine verstärkte Kollisionsgefahr, aber die Auswahl der Besatzung der U-Boote und die Vertrautheit der Führer und Leute mit ihren Fahrzeugen bringen es mit sich, daß die Unfallziffern bei der Unterseeschiffahrt verhältnismäßig nicht größer sind, als bei der Schiffahrt im allgemeinen. Die Hauptsorge bei einem havarierten Boot besteht darin, die Mannschaften aus dem Wrack zu retten. Das Schiffsmaterial selbst zu heben, bleibt einer späteren Zeit vorbehalten, wenn es überhaupt möglich ist.

Zur Rettung der Mannschaft sind in der deutschen Marine die Drägerschen „Tauchretter" eingeführt worden, mit denen es möglich ist, die Besatzung frühzeitig genug der Tiefe zu entreihen. Der Tauchretter besteht aus einem Sauerstoffzylinder, einer Kalipatrone, dem Mundstück, dem Atmungssack und den nötigen Verbindungsschläuchen. Sämtliche Teile sind auf einer Schwimmweste angebracht, die nur umgehängt zu werden braucht. In dem Mundstück sind zwei Ventile angebracht, das eine zum Ausatmen, das andere zum Einatmen. Die ausgeatmete Luft wird über die Kalipatrone, die sogenannte Drägersche Kohlensäure-Absorptionspatrone geleitet, dadurch von der Kohlensäure gereinigt und gelangt dann in den Atmungssack, von wo aus sie vermischt mit dem Sauerstoff aus dem Sauerstoffzylinder wieder eingeatmet wird. Um das Eindringen des Wassers in den Körper zu verhindern, wird die Nase mit einer Klemme abgeschlossen. Ferner gehört zu jedem Tauchretter eine Metallflasche mit Erfrischungen.

Im Falle der Gefahr werden die Tauchretter in wenigen Sekunden angelegt. Dann müssen die oberen Luken des Bootes, durch die die Besatzung das Fahrzeug verläßt, geöffnet werden. Wenn das Bootsinnere mit Wasser gefüllt ist, kann dies ohne weiteres geschehen, anderenfalls muß erst durch Oeffnen der Bodenventile Wasser eingelassen werden, damit der Druck im Inneren des Bootes dem Druck von außen gleich wird. Sobald die Luken geöffnet sind, werden eine oder mehrere Auftriebbojen an einem mit Metereinteilung versehenen Kabel an die Oberfläche des Wassers gelassen. An diesem Kabel klettern nun je zwei Mann zu gleicher Zeit empor, wobei die Schwimmweste und der Atmungssack als Auftriebsmittel wirken. Freilich kann der Aufstieg nicht in einem Zuge vor sich gehen; bei dem verschiedenartigen Atmosphärendruck unter Wasser und an der Oberfläche (bei 30 Meter Wassertiefe sind 3 Atmosphären Ueberdruck) würde dies von gesundheitlichem Nachteil für die Besatzung sein. Deswegen wird z. B. bei einer Wassertiefe von 30 Metern erstmalig bei 15, dann bei 10 und schließlich bei 5 Metern Wassertiefe eine kurze Pause gemacht. Um das Innehalten der einzelnen Stationen zu ermöglichen, ist die Metereinteilung an dem Kabel angebracht. In der Oberfläche des Wassers angekommen, kann der „Tauchretter" durch eine besondere Vorrichtung abgeworfen werden, so daß nur die Schwimmweste am Körper verbleibt.

Um eine Rettung der U-Boots-Mannschaften in den Fällen zu ermöglichen, wenn in der Nähe der Unfallstelle keine Schiffe sind, wird neuerdings an den U-Booten eine Schwimmboje angebracht, die sich selbsttätig löst, sobald das Boot den Meeresgrund berührt. Durch eine besondere Vorrichtung versendet die Boje, die durch ein Kabel mit dem Boot in Verbindung bleibt, elektrische Wellen, die Hilfe herbeirufen. Auch durch Leuchtraketen, die von der Boje aufsteigen, wird die Umgebung von dem Unfall benachrichtigt. Diese Erfindung bedeutet einen großen Fortschritt im Rettungswesen für gesunkene U-Boote. Die Schrecken der Tiefe sind dadurch für die Männer der „blinden Waffe", wie man so häufig die Unterseeboote nennen hört, um ein gutes Teil geringer geworden.

Dokumente der Menschlichkeit.

In dieser Zeit des allgemeinen Hasses soll man an den wenigen Beispielen wirklicher Menschlichkeit nicht achtlos vorübergehen. Darum verdienen ein paar Worte in der neuesten Nummer des „Literarischen Echos" aus der Feder von Otto Grautoff allgemeinste Beachtung. Vor zwei Jahren wollte dieser, durch seinen langjährigen Pariser Aufenthalt mit vielen Franzosen befreundete Schriftsteller ein Werk „Dokumente der Menschlichkeit" zusammenstellen und suchte dazu unter seinen französischen Freunden Mitarbeiter. Er erhielt keine Antwort. Dieses beschämende Fiasko gesteht er jetzt ein; um so lieber, als er gleichzeitig mitteilen kann, daß die „Internationale Rundschau" in der Schweiz seine Anregung aufgenommen hat und unter dem gleichen Titel Beispiele schöner Menschlichkeit bekannt gibt. Mit recht sagt er, daß diese Beispiele zum ergreifendsten gehören, was man in der furchtbaren Kriegszeit lesen kann: „Es sind ganz schmucklose Schilderungen schlichter, kleiner Begebnisse, die sich auf neutralem Boden zwischen Feinden abgespielt haben: Ein deutscher Friseur, der in der Schweiz lebt, wird eingezogen. Ein französischer Internierter übernimmt das Geschäft, führt es weiter und liefert den Gewinn an die Frau des Deutschen ab. — Ein deutscher schwerverwundeter Soldat und ein französischer schwerverwundeter Offizier gehen Arm in Arm in Bern über die Straße. — Engländer helfen Deutsche und Deutsche sorgen für Italiener." Mit Recht wünscht Grautoff, daß die Beiträge für diese „Dokumente der Menschlichkeit" noch reichlicher fließen und am Tage des Friedens zur Beschleunigung der Völkerversöhnung beitragen mögen.

Notizen.

— Im Kleinen Theater spielt man jetzt Schönthans „Raub der Sabinerinnen", den klassischen Schwank, der wie die „Fledermaus" wirklich allen Wechsel der Moden und Geschmäcker siegreich überdauert. Mag alles Familienhafte an dem Stück Dutzendware sein, die Schmiere und ihr unsterblicher Direktor Striese sprudeln einen unversieglichen Born von Heiterkeit. Freilich sehen wir heute hinter dem Idyll mehr die unerbittliche Wirklichkeit — und es war daher ein feiner Zug Alfred Abels, als er am Ende des zweiten Aktes seinem Striese einen Zug ins Soziale nehmen ließ. Ueberhaupt war seine Darstellung von einem vollen Schimmer schalkhaften Humors vergoldet und aller groben Kulissenreißerei abhold auf die intime Wirkung angelegt. Man fühlte in dem Bajazzo den Menschen. Die Professorenfamilie fand geeignete Vertreter in Paul Bildt, der nur etwas stereotyp war, und Grete Reinl, einem exemplarischen Hausdrachen. Sehr munter und schelmisch gab Aud Egede die Tochter, mit gewohnter Urwüchsigkeit Alice Torning das Dienstmädchen.

— Octave Mirbeau, der Typ des revoltant-Schriftstellers, ist, 67 Jahre alt, von den Ereignissen der letzten Jahre angewidert, in Paris gestorben. Man hat in Deutschland nicht allzu viel von dem Empörerkopf gekannt: Sein „Tagebuch einer Kammerfrau" galt für eine erotische Lockerei, obwohl eine bissige Satire auf bourgeoise Ehesitten drinsteckte, ein anderes Buch verfiel den Snobisten und nur sein Schauspiel „Geschäft ist Geschäft" zog weitere Kreise. In Frankreich hat er als Kritiker und als Angreifer große Bedeutung gehabt. Freilich spricht man jetzt nicht gern von ihm, denn zu dem Erneuerungsschwindel, dem Frankreich verfallen, paßte er nicht. Und seine famose Verspottung der lächerlich aufgeschminkten Französlinge von Brüssel darf schon gar nicht erwähnt werden. Im Namen der „heiligen Einigkeit".

22]

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeiroman

von Gabriele Zapolska.

„Haben Sie niemals daran gedacht," flüsterte Klitzki ihr ins Ohr.

„Nein!"

„Auch nicht in Zakopane?"

Endlich fiel dieses Wort und mit ihm zog die Erinnerung herauf an den Fichtenduft, an die Berge, an die silbernen Mondnächte und die herrlichen Sonnenaufgänge.

„Ach, in Zakopane . . ."

„Nun?"

„Vielleicht!"

„Fräulein Janka, meine Janka!"

Klitzki fühlte den heißen Wunsch, auf den Nacken des Mädchens, auf den die hereindringenden Sonnenstrahlen fielen, einen Kuß zu pressen, doch trat in diesem Augenblick Kazjo ins Zimmer. Janka eilte hinaus, um den Tee anzurichten.

Kazjo kam auf Klitzki zu.

„Wohnen Sie ständig in Krakau?"

„Ja."

„Wie glücklich Sie sind! Sie dürfen dort leben und unternehmen was Sie wollen. Hier fühlt man sich an allen Enden beengt. Der Vater fürchtet sich, den Kampf mit einem Menschen wie Tagejew aufzunehmen, und ich muß meinen vorgeschriebenen Weg gehen. Mein Vater glaubt wahrscheinlich, daß ich mein fertiges Programm und meine politischen Ueberzeugungen habe. Aber ich irre und taste noch, ich möchte erst alles verstehen, bevor ich selbst eine Wahl treffe."

„Warum wählen?" erwiderte Klitzki, „am besten ist es, wenn wir unser Ideal langsam heranreifen lassen. Wählen Sie mit dem Herzen und dem Verstand und lassen Sie möglichst das eine über das andere kein Uebergewicht gewinnen."

Kazjo seufzte und fuhr mit der Hand über die Stirn.

„Wir sollten ohne Herzen geboren werden," erwiderte er, „in unserer Brust darf ja nur die Pflicht gelten!"

Kazjo heftete seine Augen auf Klitzki, als wollte er bis in den innersten Winkel seiner Seele schauen.

„Ich werde Sie vielleicht um etwas bitten", sagte er langsam. „Ich habe über Sie Erkundigungen eingezogen und weiß, daß Sie zuverlässig sind."

Klitzki wußte nicht, ob er sich über diese Nachforschungen freuen oder ärgern sollte. Er wählte das erstere.

„Ich freue mich, daß die Informationen zu meinen Gunsten ausgefallen sind und bitte Sie, über meine Person zu verfügen."

„Wann reisen Sie ab?"

„Ich weiß nicht, vielleicht morgen!" sagte Klitzki zögernd.

„Kommen Sie wieder?"

„Auch das weiß ich nicht! Es hängt davon ab, ob . . ."

„Ich verstehe! Aber ich werde mich bei Ihnen melden, nicht brieflich, sondern durch meine Freunde."

Er reichte Klitzki die Hand und verließ, den Kopf tief über die Brust gesunken, wie von einer Last bedrückt, das Zimmer.

In diesem Augenblick kam Janka aus dem Speisezimmer herbeigeeilt.

„Sie sind ja ein Zauberer! So lange haben Sie sich mit Kazjo unterhalten."

„Und wir sind die besten Freunde!"

„Das freut mich!"

Sie lachte strahlend und fügte hinzu:

„Alle Welt hat Sie gern . . . Papa, Kazjo . . ."

„Und Sie, Fräulein Janka?"

„Ich?"

„Jawohl, Sie!"

„Ich auch!"

„Von ganzem Herzen?"

„Ja, von ganzem Herzen!"

„Und werden Sie mich lange lieb behalten?"

„Immer!"

„Das ganze Leben lang?"

Janka wurde plötzlich ernst und wiederholte mit veränderter Stimme:

„Das ganze Leben lang."

Wieder beschatteten die langen Wimpern ihre Augen, und sie glich einer Blume, die bei den Strahlen der untergehenden Sonne regungslos und lautlos zu beten schien. —

XII.

Tagejew wird ängstlich. — Verschwörung gegen Klitzki. — Tagejew geht zum Stelldichein.

Fräulein Juzia benutzte den Augenblick, in dem Markowski sich an den Schreibtisch wandte, ergriff die Flasche mit Rum und nahm einen großen Schluck. Aber sie spuckte den Rum sofort wieder aus.

„Schweinerei!" sagte sie empört. „Warum erlaubst du, daß man dir solchen gräßlichen, gefälschten Schnaps anstatt Rum gibt?"

Sie wischte den Mund mit der Hand ab.

Markowski verzog sein Gesicht zu einem matten Lächeln.

„Was willst du, Täubchen?" sagte er freundlich. „Einem geschenkten Gaul sieht man nicht ins Maul!"

„Aber man sieht auf die Etikette!" parierte das Mädchen, „und wenn du eine Dame empfängst, so solltest du wenigstens für ein gutes Getränk sorgen."

Sie war launenhaft, da sie wußte, daß sie einen gewissen Einfluß auf diesen ausgemergelten, erloschenen Menschen hatte, der ihren Zynismus und eine erfahrene Liebesschule benötigte, um eine gewisse sinnliche Befriedigung zu empfinden.

Sie war schon zum Fortgehen angezogen, aber sie spielte eifrig mit dem Stearin, das von der Kerze herabtropfte. Markowskis Wohnung war kalt und windig. Lahme Möbel, ein unordentliches Bett und eine zerrissene Fenstergardine bildeten ein widerwärtiges Ganzes, das sich in der flackernden Kerzenflamme wenig verlockend ausnahm.

Markowski warf den Mantel um die Schultern und nahm die Mütze.

„Gehst du?" fragte Juzia.

„Ja, zum Alten!"

„Wirst du's ihm sagen?"

„Ja, ich muß!"

Juzia hörte auf, mit dem Licht zu spielen und suchte unter dem Sofa, aus dem die Sprungfedern und zerrissene Fetzen hervorragten, ihre wollenen Handschuhe.

„Du könntest ihm auch sagen, daß ich dir diese Nachrichten von Horskis gebracht habe. Vielleicht würde der Alte etwas bezahlen," sagte sie mit erzwungener Freundlichkeit.

Markowski zuckte die Achseln. (Forts. folgt.)

Direktion Max Reinhardt:
Deutsches Theater.
7½ Uhr: **Figaros Hochzeit.**
Kammerspiele.
7½ Uhr: **Das Konzert.**
Volksbühne, Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr: **Macbeth.**

Theater i. d. Königgrätzerstr.
7½ Uhr: **Paul Lange und**
Z. 50. Male: **Tora Parsberg.**

Komödienhaus
7½ Uhr: Die verlorene Tochter.

Berliner Theater.
Heute geschlossen!
Morgen z. 1. M.: Die tolle Komteß.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7 Uhr: **Die Wildente.**
Mittwoch: Peer Gynt.

Deutsch. Künstler-Theater.
Allabendlich 7½ Uhr:
Der Reisebegleiter.

URANIA Taubenstr. 48/49.
4 Uhr (halbe Preise):
Im U-Boot gegen den Feind.
8 Uhr:
Der Balkanzug
und die befreite Donau.

Theater für Dienstag, 20. Februar.

Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
7 Uhr: **Jugend.**

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
7½ U.: **Das Dreimäderlhaus.**

Gebr. **Herrnfeld**-Theater
7½ U.: **Der Stolz der Familie**
Schwank mit Gesang in 3 Akten.

Kleines Theater
7½ U.: **Der Raub der Sabinerinnen.**

Komische Oper
7½ Uhr: **Der Puszta-Kavalier.**

Lustspielhaus
7½ U.: **Die schöne Kubanerin.**

Neues Operettenhaus
Schiffbd. 4a. Kassentel.: Nord. 261.
7¼ U.: **Der Soldat der Marie.**

Metropol-Theater
7 Uhr 10 Min.: **Die Csardasfürstin.**

Residenz-Theater
7½ Uhr: **Die Warschauer Zitadelle.**

Schiller-Theater O.
7½ U.: **Freund Fritz.**

Schiller-Th. Charlottenbg.
7½ U.: **Der Familientag.**

Thalia-Theater.
7¼ U.: **Das Vagabundenmädel.**

Theater am Nollendorfpl.
8¼ Uhr: **Kaiser Heinrich.**
7½ U.: **Blaue Jungens.**

Theater des Westens
7½ U.: **Die Fahrt ins Glück**
mit Guido Thielscher.

Trianon-Theater
7¾ U.: **Willis Hochzeitstag.**

7/8 **National-Theater** Köpenicker Straße 68.
Stürmischer Erfolg!
Studentenliebchen.
Operette in 3 Akt. Mus. v. Bromme.
Anweisung auf 1—4 Billette:
Parkett-Sessel 1,—
Orchester-Sessel 1,50 } wochentags.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
„Cabaret Feldgrau"

Anfang 7½ Uhr.
Sonntag nachmitt. 3 Uhr:
Vorstellung zu ermäß. Preisen!
Neues Programm

Vom **Dienstag, den 20. Februar d. Js.** ab fallen die Züge **E 194** Kottbus (ab 7⁰⁵) — Berlin Görl. Bf. (an 9⁴⁰) und **769** Berlin Görl. Bf. (ab 12⁰⁰) — Kottbus (an 3⁴⁰) **fort.**
Vom **gleichen Tage ab** erhält der Schnellzug **D. 203** (Frankfurt [Main] —) Halle (ab 5⁴⁸) Berlin Anh. Bf. (an 8⁰⁰) in **Luckenwalde eine** Minute **Aufenthalt:**
Luckenwalde ab 7⁰⁸
Berlin Anh. Bf. an 8⁰⁰.

Spezial-Arzt
Dr. med. Hasche,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof
Behandl. von **Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleid.,** spez. chron. Fälle. Ehrlich-Hata-Kuren, schmerzlose, kürzeste Behandlung ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise. Teilzahlung. Sprechstunden 10—1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, **Linienstr. 83—85**
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Donnerstag, den 22. Februar 1917, abends 8 Uhr, im Lokal von Klement, Sophienstr. 8:

Branchen-Versammlung
der Elektromonteure und Helfer Groß-Berlins.

Tagesordnung:
1. Vortrag: „Das Hilfsdienstgesetz." Referent: Kollege **Siering.** 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen unbedingt erforderlich.
Kollegen! Sorgt für Massenbesuch der Versammlung.
130/10 **Die Ortsverwaltung.**

Soeben erschienen!

KARL ERDMANN
England und die Sozialdemokratie

Vom Vertragsbruch der „Internationale" zur Notwehr

Mit einem Geleitwort von **Julian Borchardt.**

Preis 4,00 Mark.

Verlag **Max Kirstein,** Berlin SW 68.

In allen Buchhandlungen erhältlich.

Circus Busch
Koloss. Erfolg u. volle Häuser erzielt die neue
Riesen-Pracht-Wasser-Pantomime
Die versunkene Stadt.
Besonders beachtenswert:
Der Sturzwasserfall. Menschen und Tiere 20 Min. unter Wasser. Trocknen Fußes entsteigen dieselben dem nassen Element. Das Nixenballett im wellenbewegten Wasser der Arena.
Vorh. das gr. Zirkusprogramm.
Billetts im Vorverk. entnehmen!

Zirkus A. Schumann
Der Zirkus ist gut geheizt.
Heute u. täglich abds. **7½ Uhr**
(Einlaß **7 Uhr**):
Das große glänzende Zirkusprogramm und die großartig inszenierte Ausst.-Pantomime
Die Seeräuber
m. d. prächt. u. märchenhaften
Prunkfest.
Jed. Sonntag **2 gr. Vorstellungen. 3 Uhr u. 7½ Uhr.**
Nachmittags **1 Kind frei.**
Billetts ab Freitag an der Zirkuskasse zu haben.

WINTERGARTEN
Hans Wassmann
und
Lillebil Christensen
in
Lillebil's Hochzeitsreise.
Aegypt. Burleske in 7 Bildern.
Musik von **Bizet.**
Inszenierung von
Max Reinhardt.
Außerdem
das gr. **Februar-Varieté-Progr.**

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 7½ Uhr.
Trotz des großen Erfolges nur noch kurze Zeit
Zwei helle Berliner
Vorher 7½ Uhr **bunter Teil.**
Anfang des Stückes 8½ Uhr.
Sonntag 4 Uhr: **Die Sache klappt.**

Possen-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
Der fliegende Holländer.
Der alte Wolff.

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Der fidele Bauer.

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
Das Glücksmädel.

Voigt-Theater.
Badstr 58. **Badstr. 58.**
Dienstag, den 20. Februar, abends 7 Uhr:
Der Sohn der Wildnis.
Mittwoch, den 28. Februar:
Benefiz für Dila Rosen:
Der Stabstrompeter.

Apollo
FRIEDRICHSTR.·AN·DER·KOCHSTR.
Anfang ¼8 Uhr.
Neues
Februarprogramm.
Dazu
Neptun auf Reisen.
Ausstattungsposse i. 3 Bildern
Stürmische Heiterkeit!
Prachtv. Kostüme u. Dekorationen.

Palast Theater am Zoo
Tägl. 7½. Sonnt. 3½ u. 7½.
Der effektvolle Telefonscherz:
„Hallo, wer dort?"
Dazu: Berl. Typen m. R. Steidl und Anna Müller-Lincke u. d. **neue Febr.-Progr.**

Admiralspalast.
Schlittschuhläufer - Ballett a. d. Oper „Der Prophet"
und
Frau Fantasie.
Vorzügl. Küche. Anfang 7½.

Berliner Konzerthaus.

Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.

Heute: **Gr. Konzert**

des **Berliner Konzerthaus-Orchesters**
Leiter: Komponist **Frz. v. Blon.**
Anfang 7½ Uhr. Eintritt **30 Pf.** Anfang 7½ Uhr.
An allen Wochentagen: **Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt und voller Orchesterbesetzung.

Tabak
H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und **Tabakfabrik.**
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt Moritzpl. 3014.

Ungeahnte
Erwerbs-
Möglichkeiten
bietet die nächste Zukunft. Eine tief greifende Änderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Aufschwung unserer Industrie u. des Handels steht bevor, und es werden überall
geschulte
Kräfte gesucht
sein. Angehörige technischer Berufe u. Handwerker sollen nicht versäumen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an den wirtschaftlichen Erfolgen, die naturgemäß das Ergebnis des gewaltigen Ringens sein müssen. Das beste Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke **„Syst. Karnack-Hachfeld", 80 S. starke Broschüre kostenlos.**
Bonness & Hachfeld, Potsdam.
Postfach 167

Spezialarzt
Dr. med. Colemann
f. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleid., nerv. Schwäche, Beinkranke, **Ehrlich-Hata-Kuren** (Dauer 12 Tage). Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos oh. Berufsstör. i. Dr. **Homeyer & Co.** konz. Labor. f. Blutuntersuch., Fäden im Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum
Königstr. 34-36, Ecke Neue Friedrichstr.
Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 10—1.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
— Separates Damenzimmer. —

Mein Haarausfall hat vollkommen aufgehört
Seit Jahren gingen mir dicke Strähnen aus, und das wenige Haar war ganz dünn. Da hörte ich von Ihrem Haar-Kraftwasser, u. nach kurzem Gebrauch zeigte sich neues Wachstum. Es trägt an das Wunderbare! Berlin, L. b. z. Schw.... Reichel's Haar-Kraftwasser M. 3.— M. Spezialbroschüre „Die rationelle Haarpflege" kostenfrei.
Otto Reichel, Berlin 43 Eisenbahnstr. 4

Haben Sie Fußbeschwerden?
empfehle nach Maß passend gearbeitete **Stützeinlagen** sowie **Bruchbandagen** aller Art, Leibbinden, Stützkorsetts usw., Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege.
Pollmann, Bandagist,
Berlin N, Lothringer Str. 60,
Lieferant für Krankenkassen.

Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Viktoria-Theater
(Sanssouci) Kottbuser Str. 6.
Telephon: Moritzpl. 14814.
Hochbahn-Haltestelle:
Kottbuser Tor.

HAGENBECK

Tägl. Abendvorstellung um 7½ Uhr
Wochentags nachm. Vorzugspreise

Mittwochs, Sonnabends, Sonntags je 2 Vorstellung., um 3½ und 7½ Uhr.
Vorverkauf: Hagenbeckkasse, Kottbuser Straße 6, und Wertheim.

KLEINE ANZEIGEN

Verkäufe

Teppich-Thomas, Oranienstr. 44 (Wollbillig farbfehlerhafte Teppiche, Gardinen. Vorwärtslesern 5 Prozent Extrarabatt. 64*

Pelzgarnituren! Fuchsgarnituren! Skunksstolas, Pelzmuffen, Bettenverkauf, Herrengarderobe, Schmucksachen, alles extrabillig. Leihhaus Kottbuserdamm 3, neben Jandorf. *

Pfandleihhaus Hermannplatz 6. Riesenauswahl verschiedener Pelzsachen, Pelzstolas, Herrenanzüge, Herrenpaletots, Herrenhosen. Spottbilliger Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Uhrenverkauf.

Geld! Geld! sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, kaufen. Im Versatz gewesene Anzüge, Paletots, Ulster sowie neue Maßgarderoben, Pelzstolas, Muffen, Skunks, Nerz, Alaskafüchse. Sommerpreise. Silberne Uhren 5.—, goldene Damenuhren 8.—, Schmucksachen, Brillanten. Auf Uhren dreijährigen Garantieschein. Eigene Werkstatt. Sonntag 12—2. *

Pelzgarnituren! Skunksstolas! Fuchsgarnituren! Opossumstolas! Muffen! Bettenverkauf! Herrengarderobe! Uhrenverkauf! Schmucksachen! Waren aller Art! Allerbilligste Preise! Leihhaus! Warschauerstraße 7. *

Auflösungshalber verkaufe sämtliche Wäsche, Betten, Wirtschaftssachen. Dresdenerstraße 106 I links. 13/8

4350 Quadratmeter Land, 5 Minuten von der Bahn, Preis 2 00 Mark. Bei Tietze, Berlin N., Stockholmerstraße 29.

Möbel

Sehr gediegenes Speisezimmer, zwei Meter großes Büfett, schwer geschnitzt, infolge Einberufung nicht abgeliefert, komplett für 930,— verkäuflich. Regulärer Preis bedeutend höher. Besichtigung lohnt! Berliner Möbelhaus M. Hirschowitz, nur Südosten, Skalitzerstraße 25. *

Möbelsuchenden! bietet sich überaus günstige Kaufgelegenheit. Schwereichen modernes Speisezimmer, Büfett 1,80 breit, mit reicher Kristallverglasung, komplett 735,—. Herrenzimmer, sehr gediegen, dreitürige, rundvorgebaute Bibliothek, komplett 650,—. Schlafzimmer, dunkelmahagoni, birnbaum, weißlackiert, eichen, billigst. Möbelhaus Osten, nur Andreasstraße 30.

Kaufgesuche

Leinölfirnis, Kilo 8 Mark, sowie Standöl, Kilo 8 Mark, Copal, Ceresin, Paraffin kauft höchstzahlend, selbst kleinste Mengen, Farbenindustrie Boxhagener Straße 24c, zwischen Warschauer- und Niederbarnimstraße. *

Lacke jeder Art, auch Emaillelacke, Kilo 4 Mark, kauft, selbst kleinste Mengen, Farbenindustrie Boxhagener Straße 24c, zwischen Warschauer- und Niederbarnimstraße. *

Sparmetalle! Kupfer! Messing! Antimon! Zinn! kauft für Kriegslieferung der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft, außerdem kaufe Zahngebisse! Platinabfälle 7,20. Schmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). *

Platinabfälle! Gramm bis 7,70. Zahngebisse! Schmucksachen! Ketten! Ringe! Militärtressen! Glühstrumpfasche! Filmabfälle! höchstzahlend! Silberschmelzerei, Metall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31. Telephon Alexander 4243. 98*

Sektkorken 24 Pfennig, Weinkorken bis 4 Pfennig, aller Art, Schallplatten, Walzen, jeden Posten, kauft höchstzahlend Matthäus, Alte Leipzigerstraße 21. *

Sektkorke 22½, Weinkorke 3 Pfennig (Stück) kauft Orbower, Georgenkirchstraße 50, nahe Alexanderplatz. 9—12, 3—6. *

Film-, Zelluloid-Abfälle kauft Orbower, Georgenkirchstraße 50, nahe Alexanderplatz. 9—12, 3—6. *

Oberkellner, Kellner erhalten für Sektkorke 22½, Weinkorke 3 Pfennig (Stück) bei Orbower, Georgenkirchstraße 50, nahe Alexanderplatz. 9—12, 3—6. 13/4*

Kellermeister erhalten für Sektkorke 22½, Weinkorke 3 Pfennig (Stück) bei Orbower, Georgenkirchstraße 50, nahe Alexanderplatz. 9—12, 3—6. *

Altes Kleiderspind, Vertiko, Büchsofa, Schreibtisch, Betten, Chaiselongue (Preisangabe) kauft Kluck, Ackerstraße 35. †96

Werkzeuge, gebrauchte und neue, Drehbänke, Spiralbohrer, Fräser, Werkzeugmaschinen, Abreißmagnete kauft laufend für eigenen Betrieb Heinrich Briest, Stallschreiberstraße 59 und Beusselstraße 3, Laden. Telephon Moabit 2898. *

Hasen-, Schweine-, Hunde-, Kaninchen-Rauchwaren, Reh-, Hirschfelle kauft Hampel, Chausseestraße 56. *

Leinölfirnis, Kopal, Harz, Kolophonium, Bienenwachs, Leim, Schellack, Borax, Zeresin, Paraffin, Oellacke, Emaillelacke, Terpentinersatz kauft, höchste Preise zahlend, Walter, Thaerstraße 6. Königstadt 3338. *

Unterricht

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV.

Verschiedenes

Kunststopferei Große Frankfurterstraße 67. 68K*

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Kartonnierer stellt ein Max Tietz, Kartonfabrik, Barnimstraße 18. *

Verkäuferinnen, tüchtige, für Kurzwaren, Leinen- und Baumwollwaren, Tapisserie, Unterwäsche, Weißwaren und Wollwaren, sofort gesucht. Meldungen von 1—2 Uhr mittags oder 6—7 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. *

Hausdienerinnen, tüchtige, sofort gesucht. Meldungen von 9—12 Uhr vormittags oder 5—7 Uhr abends im Personalbureau, 4. Stock. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2.

Verkäuferinnen, tüchtige, für Glas und Porzellan sofort gesucht. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. *

Junge Mädchen für leichte dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Zigarettenfabrik Garbaty, Pankow, Hadlichstraße. *

Zeitungsausträgerin sofort verlangt. „Vorwärts"-Spedition Pankow, Mühlenstraße 30. *

Zeitungsausträgerin sofort verlangt. „Vorwärts"-Spedition Markusstraße 36. *

Zeitungsfrauen für Hermsdorf und Waidmannslust sucht Kienast, Borsigwalde, Räuschstraße 10. *

Zeitungsausträgerin sofort verlangt „Vorwärts"-Spedition Tempelhof, Kaiser-Wilhelmstraße 74, Ecke Werderstraße.

Zeitungsfrauen verlangt sofort Spedition Greifenhagenerstraße 22.

Maurer und Arbeiter
werden für Arbeiten in geschlossenen Räumen für **Kammerichwerke,** Wittenau, Wittestraße, sofort verlangt.
Westphal, Baugeschäft.

Ungelernte
Arbeiter und Frauen
werden sofort eingestellt.
Kammerichwerke,
Wittenau, Wittestr. 47/48.

Zimmerleute, Arbeiter, Elektromonteure
werden bei **hohem Lohn** eingestellt. Polizeiliches Führungsattest ist mitzubringen.
Flugzeugmeisterei Adlershof,
„Allgemeine Betriebsleitung".

Leisteneinballiererin
verlangt 1999
Goldleistenfabrik,
Alexandrinenstr. 23.

Rahmenschneider
besonders in Herstellung von Ovalrahmen, Schleifen erfahren, verlangt
Parkettfabrik, Salzufer 22.

Aelterer Kutscher
für Geschäftsfuhrwerk sofort gesucht.
H. C. Baensch, Steglitz, Schützenstr. 7.

Belegerinnen
verlangt 1900b
Albert Spiesicke,
Goldleistenfabrik,
Alexandrinenstraße 23.

Blusennäherin,
Handnäherin, Ausfertigerin.
in und außerm Hause, Wochenlohn, Stücklohn, höchste Bezahlung. **Blusenfabrik Wall,** Neue Winterfeldtstr. 17.

Kräftige Arbeiter und Urlauber
werden eingestellt für Alteisenplatz.
Schweitzer & Oppler,
Lichtenberg, Ritterqutstr. 108/109.

Transportarbeiter

verlangt
Panzer A.-G., Badstr. 59.

Kristiania, 18. Februar. (Meldung des Norsk Telegrafenbureau.) Der norwegische Gesandte in London berichtet, daß die besonderen Beschränkungen in der Kohlenausfuhr für Norwegen aufgehoben worden sind.

Englischer Fliegerangriff in Flandern.

London, 17. Februar. (Reutermeldung.) Die Admiralität teilt mit: Marineflugzeuge unternahmen gestern einen Angriff auf den Flugplatz von Ghistelles. Es wurden schwere Bomben mit guten Ergebnissen abgeworfen. Zur selben Zeit wurden Hafen und Schiffe von Brügge nochmals angegriffen. Man sah die Bomben auf ihren Zielen explodieren.

Notiz des W. T. B. An zuständiger Stelle erfahren wir, daß kein militärischer Schaden bei dem Fliegerangriff auf Brügge angerichtet ist.

Kleine Kriegsnachrichten.

Kosten des Krieges. Die seit Kriegsbeginn von den kriegführenden Ländern gemachten Schulden betragen laut neueren Berechnungen: England 78 681 Millionen, Deutschland 64 000 Millionen, Rußland 59 015 Millionen, Oesterreich-Ungarn 22 525 Millionen, Italien 16 000 Millionen Mark.

Der neue Honvedminister. Zum Nachfolger des Honvedministers Baron Hazai, der eine anderweitige militärische Verwendung gefunden hat, ist Feldmarschalleutnant von Szurmay ausersehen, dessen offizielle Ernennung unmittelbar bevorsteht.

Politische Uebersicht.

Kohlensteuer!

In der gestrigen Sitzung des Bundesrats wurde dem Entwurf eines Kohlensteuergesetzes die Zustimmung erteilt.

(Siehe dazu unsern heutigen Leitaufsatz. Red. d. „V.“.)

Abgeordnetenhaus.

Im Mittelpunkt der Beratung des Etats der Bauverwaltung, mit der sich das preußische Abgeordnetenhaus am Montag befaßte, standen die Kanalfrage und die Frage der Verstaatlichung der Elektrizität. Bekanntlich ist das große Projekt des Mittellandkanals seinerzeit an dem Widerstand der Landtagsmehrheit gescheitert, die es geschickt verstanden hatte, die Regierung sich ihren Wünschen gefügig zu machen. Wie unklug das kanalfeindliche Verhalten gewesen ist, hat der Krieg bewiesen, aber wer da geglaubt hat, die Kanalgegner würden durch die Erfahrungen des Krieges eines Besseren belehrt, der befindet sich, wie die Debatte zeigt, in einem schweren Irrtum. Bedauerlich ist es, daß auch der Minister von Breitenbach es nicht wagte, sich jetzt wenigstens energisch für den Bau des Mittellandkanals ins Zeug zu legen, sondern daß er sich einer Zurückhaltung befleißigte, die heute sicherlich nicht mehr angebracht ist. Besonders warm befürworteten den Ausbau der Wasserstraßen der Abg. Lippmann (Vp.) und Genosse Hue.

Auch die Monopolisierung der Elektrizitätsversorgung durch den Staat fand in unserem Genossen Hue einen beredten Vorkämpfer. Allerdings stimmte er in diesem Punkt mit den Konservativen überein, in deren Namen Abg. Frhr. v. Maltzahn gleichfalls die staatliche Elektrizitätserzeugung gefordert hatte, aber mit Recht erklärte Hue, daß es ganz gleich sei, von wem eine gute Anregung ausgehe und daß es sich für ihn nur um die Sache handle. Im übrigen vertrat unser Redner mit großem Geschick die Interessen der Binnenschiffer, deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch so gut wie alles zu wünschen übrig lassen.

Der Minister steht einem staatlichen Elektrizitätsmonopol keineswegs ablehnend gegenüber; zum mindesten ist er für ein starkes staatliches Eingreifen unter Schonung bestehender Interessen zu haben. Das würde immerhin schon einen Fortschritt bedeuten, wenngleich er uns noch lange nicht genügt.

Am Dienstag soll der Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung beraten werden.

Das große Schweigen.

Die neue Berliner Straßen-Polizeiordnung hat in ihren erleuchteten 1600 Druckzeilen uns zwar sehr beachtliche Winke darüber gegeben, in welcher Richtung, mit welchen Gedanken, welchen Gefühlen und Erwartungen wir den Straßendamm zu überschreiten haben, aber einen wichtigen Punkt hat sie außer acht gelassen. Es fehlt nämlich ganz und gar an Vorschriften für den Fall, daß jemand während eines Spazierganges über die Straße sich innerlich ein Bild von dem Inhalt der angekündigten preußischen Wahlreform entwerfen möchte. Diese Lücke wird aber nun zum Glück in dem offiziösen Regierungsorgan, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ nachgeholt, die an der Spitze ihrer Montagsausgabe folgende im Polizeiverordnungsstil gehaltene Bekanntmachung bringt:

> Gegenüber den immer wieder in einzelnen Zeitungen veröffentlichten Nachrichten über den Inhalt einer künftigen Reform des preußischen Wahlrechts stellen wir ausdrücklich fest, **daß keine Stelle in der Lage ist oder sein kann, zutreffende Nachrichten zu verbreiten.** Wir verweisen auf die vom Minister des Innern wiederholt im preußischen Abgeordnetenhaus abgegebenen Erklärungen, bei denen es sein Bewenden haben muß.

Verweisungen auf andere Stellen sind ja im heutigen Juristenstil nichts Ungewöhnliches. Dem Rechtsuchenden blüht es gar häufig, daß der von ihm aufgeschlagene einschlägige Paragraph ihn auf einen andern verweist, dieser auf einen dritten und so fort. Aber er findet — wenn auch nach sieben Rückverweisungen — doch endlich sein Ziel. Uns aber blüht dieses Glück leider nicht, wenn wir uns an die Verweisung der „N. A. Z.“ auf die Worte des Ministers halten. Denn Herr von Loebell hat zwar am 14. Februar vor dem Abgeordnetenhause erklärt, daß die Wahlreform während des Krieges nicht, wohl aber nach dem Kriege kommen werde, daß die Wahlrechtsfrage seit 1906 „schwebe“ und daß seit 1908 die Arbeiten auf diesem Gebiet „nicht geruht“ hätten, ja, er hat sogar beteuert, daß die Vorarbeiten durch die neuen Ereignisse „nicht nur in Fluß“ gekommen, sondern „sogar gefördert“ würden; — aber den Inhalt, das Ziel dieser geradezu beängstigenden Arbeiten hat er mit keinem Worte genannt.

Die Regierung hüllt sich in undurchdringliches Schweigen. Sie steht offenbar auf dem Standpunkt, daß auch die leiseste Andeutung über den Inhalt der kommenden Wahlreform den Burgfrieden gefährde. Das mag richtig sein, solange man unter Burgfrieden den Burgfrieden der parlamentarischen Parteien versteht. Der Burgfrieden des Volkes aber, das von der Regierung endlich Taten erwartet, die seinen Leistungen während dreier Opferjahre entsprechen, wird hingegen nicht gefördert. Im Volke wirkt es nicht beruhigend, sondern gerade gegenteilig, wenn die Regierung — **statt der Ankündigung klarer und deutlicher Taten** — solch zweideutige Dunkelheiten verkündet, deren Unfaßbarkeit die delphische Pythia beschämen könnte. Damit muß es für uns „sein Bewenden haben“.

„Reichsbote“ gegen „Kreuzzeitung“.

Der Gedanke des unbedingten Festhaltens am preußischen Dreiklassenwahlrecht, der sich in der Verhimmelung dieses „elendesten aller Wahlsysteme“ kundgibt, stößt selbst in der konservativen Partei auf Widerspruch. In diesem Sinne ist ein Artikel des konservativen „Reichsboten“ interessant, der sich direkt gegen die Auffassung der gleichfalls konservativen „Kreuzzeitung“ wendet, die an dieser Stelle hinreichend kritisiert worden ist. Der „Reichsbote“ schreibt:

> Das jetzige Wahlrecht macht die Steuerleistung zum einzigen Maßstab. Das ist einseitig plutokratisch. Ein großes konservatives Blatt nannte es dieser Tage kein unmoralisches, sondern ein sehr vernünftiges Prinzip, daß die, die durch ihre höheren Steuerleistungen an der gesunden Entwicklung des Staatslebens stärker beteiligt sind, auch einen größeren Einfluß auf diese Entwicklung ausüben sollen.
>
> Demgegenüber führt der „Reichsbote“ die hier schon gebrachten Aussprüche des ehemaligen Chefs der „Kreuzzeitung“ (diese ist gemeint) Hermann Wagner von 1866 an und bezeichnet namentlich den Passus, in dem Wagner es entrüstet verwirft, „der Geldbeutel solle gewogen werden“, als „echt konservativ, christlich-konservativ gedacht“. Weiter schreibt der „Reichsbote“:
>
> Es wäre **geradezu frevelhaft**, den durch **Kriegswucher** reich Gewordenen auf Grund ihrer Steuerleistung mehr politischen Einfluß zu gewähren als Kriegsteilnehmern, die vielleicht Gesundheit und einen Teil ihres Vermögens durch ihre „Leistung“ für den Staat eingebüßt haben. Aber auch abgesehen vom Kriegswucher wäre es **ein Widersinn und eine Ungerechtigkeit**, wenn alle auch auf ehrliche Weise gemachten Kriegsgewinne politisch belohnt werden, die Kriegsleistung dagegen in dieser Beziehung gar nichts gelten, und wenn sie, was in sehr vielen Fällen vorkommen wird, mit Vermögenseinbuße verbunden ist, gar eine teilweise politische Entrechtung nach sich ziehen sollte.

Trotz dieser durchaus vernünftigen Auffassung kann sich der „Reichsbote“ aber nicht zur Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen durchringen, sondern bleibt auf halbem Wege mit der Forderung eines „gesunden Mittelweges“ stecken. Aber immerhin zeigen diese Sätze, von einem konservativen Blatt geschrieben, mit welcher Volksstimmung nach dem Kriege zu rechnen sein wird. Und darauf wird es ankommen.

Notwehr oder nicht?

An den Telegrammwechsel zwischen Genossen Legien und Gompers, in dem Legien eine Einwirkung auf die deutsche Regierung in der Frage des U-Boot-Krieges nur dann als Erfolg versprechend bezeichnet, wenn Amerika England zur Einstellung des rechtswidrigen Aushungerungskrieges veranlaßt, knüpft die „Deutsche Tageszeitung“ folgende Bemerkung an:

> Wir möchten dazu bemerken, daß jetzt auch die Einstellung des englischen Aushungerungskrieges, der überdies an Bedeutung verloren hat, Deutschland nicht mehr zur Aufgabe des uneingeschränkten U-Boot-Krieges veranlassen könnte. Deutschland will siegen; und ein Zurück im U-Boot-Krieg gibt es nicht mehr.
>
> Es handelt sich zwar um einen akademischen Streit, da England jedenfalls gar nicht daran denkt, seine Hungerblockade aufzugeben; aber wir möchten doch ausdrücklich feststellen, daß die Auffassung der „Deutschen Tageszeitung“ in den Erklärungen der Regierung nicht die mindeste Stütze findet. Bethmann Hollweg hat in seiner Rede vor dem Reichstagsausschuß den uneingeschränkten U-Boot-Krieg ausdrücklich mit dem englischen Aushungerungsplan gerechtfertigt. Nichts berechtigt die „Deutsche Tageszeitung“, ihre Privatmeinung der Oeffentlichkeit, wie sie es tut, als die maßgebende hinzustellen.

Konservative Vorstandssitzung. Der „Weitere Vorstand der Deutschkonservativen Partei“ hat in einer Sitzung am Sonntag, den 18. Februar, der eine Besprechung des „Engeren Vorstandes“ vorausgegangen war, die Haltung der konservativen Parteileitung und der parlamentarischen Vertretungen vollständig gebilligt und sie seines unerschütterlichen Vertrauens versichert. Zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg gelangte eine Entschließung zur Annahme, die mit den Worten endet: Ein Zurück gibt es nicht, kann es nicht geben.

Der preußische Staatskommissar für Volksernährung.

Durch Beschluß des preußischen Staatsministeriums vom 12. Februar ist, wie mitgeteilt wird, ein Staatskommissar für Volksernährung eingesetzt worden. In das neue Amt wurde als Leiter Unterstaatssekretär Wirklicher Geheimer Rat Exz. Michaelis berufen, der zugleich in den Vorstand des Kriegsernährungsamtes eintritt und im Einverständnis mit Generalleutnant Gröner auch zu dem beim Kriegsministerium errichteten Kriegsamt engste Beziehungen unterhalten wird. Er soll auf dem Gebiete des Volksernährungswesens nach näherer Anweisung des Ministeriums die Befugnis in sich vereinigen, die bisher der Minister des Handels und Gewerbes, der Landwirtschaft und des Innern auf Grund der Reichsgesetzgebung als „Landeszentralbehörden“ gegenüber den verschiedenen Landesämtern inne hatten. Er soll ferner in Vertretung des Ministers des Innern die gesamte Kommunalaufsicht in Ernährungsfragen ausüben. So will man die Zusammenfassung der Verwaltung erreichen, dem Präsidenten des Kriegsernährungsamtes die von diesem als erforderlich erachtete Fühlungnahme und Beeinflussung der staatlichen Maßnahmen in Preußen gewährleisten und andererseits dem Staatskommissar auch die Möglichkeit geben, gegenüber den Reichsämtern für Vereinheitlichung der Organisation und ihrer Wirksamkeit Sorge zu tragen.

Die neue Organisation bedeutet die Erfüllung eines Wunsches des Herrn von Batocki. Wegen der zu großen Arbeitslast wurde aber von einer Personalunion Abstand genommen. Auch spielte wohl der Gedanke mit, die Unabhängigkeit des Leiters des Kriegsernährungsamtes spezifisch preußischen Verhältnissen gegenüber anderen Bundesstaaten klarzustellen, in welchen bereits die Zentralisierung so vieler Versorgungsgesellschaften in Berlin einigen Unwillen geweckt hat.

Ein enges Zusammenarbeiten zwischen Kriegsernährungsamt und dem neuen Staatskommissar ist aber notwendig, weil Preußen drei Fünftel des Gebietes und der Einwohnerzahl ganz Deutschlands in sich schließt, weil die wichtigsten Industriegebiete, die zugleich der Lebensmittelversorgung die schwersten Aufgaben stellen, Berlin, Rheinland-Westfalen und Oberschlesien in Preußen liegen und weil schließlich Preußen auch noch erhebliche Lebensmittelmengen an Sachsen und die Hansastädte abzugeben hat.

Das neue Staatskommissariat soll energisch durchgreifen, um alle Umgehungen der Lebensmittelversorgungen, die mit der steigenden Lebensmittelknappheit in fast allen Volkskreisen, bei Verbrauchern wie bei Erzeugern, üblich geworden sind, radikal zu beseitigen. Es wird aber kein großer Beamtenkörper mit Beiräten und Sachverständigen geschaffen werden. Das Ziel ist, in die Hand eines Mannes eine alle Volksernährungsfragen umfassende Exekutivgewalt zu legen, um dem Gesetz Geltung zu verschaffen. Der Staatskommissar wird z. B. einem Kommunalverband die Befugnis zur Selbstbewirtschaftung des Getreides entziehen, wenn er die Ueberzeugung gewonnen hat, daß dieses Recht mißbraucht oder schlecht angewendet worden ist. Mehr mahlenden Müllern wird, wie uns von bestunterrichteter Seite versichert wird, „die Bude einfach geschlossen werden“. Bäckereien haben ständige Revisionen zu befürchten. Der Wunsch des neuen Staatskommissars, ohne großen Verwaltungsapparat große Leistungen zu vollbringen, findet seinen sichtlichen Ausdruck darin, daß nicht ein Riesengebäude gemietet wird, sondern Geheimer Rat Michaelis mit wenigen Räumen des Finanzministeriums sein Auslangen finden will, wohin auch Briefe zu adressieren sind und wo er telephonisch zu erreichen ist. Fraglich erscheint es, ob Geheimer Rat Michaelis auch weiter die Leitung der Reichsgetreidestelle beibehalten wird. Aber selbst in diesem Falle wird er — und das wird manchen beruhigen, der den Mann und sein Werk schätzt — als Vorstandsmitglied des Kriegsernährungsamtes sein besonderes Augenmerk der Getreideversorgung Deutschlands zuwenden.

Der neue Staatskommissar, der ein staatsrechtliches Novum ist, wird sein Amt vor allem auf Kosten des Ministers des Innern ausüben, der ihm die gesamte Kommunalaufsicht, soweit es sich um Ernährungsfragen handelt, überträgt. Die Behandlung der vielen, gerade hier auftauchenden Grenzfragen ist noch nicht klar geregelt. Der Staatskommissar ist in seinen Anweisungen an Beamte, wie Landräte, Präsidenten und Oberpräsidenten frei. Von dem preußischen Ministerium des Handels und Gewerbes, der Landwirtschaft und des Innern wird ihm je ein Kommissar beigegeben, der über die ihn interessierenden Fragen unterrichtet wird. Erhebt einer der drei Minister auf Grund des Berichtes seines Kommissars Einspruch, so dringt er nur dann gegen den preußischen Kommissar für Volksernährung durch, wenn er auch seine anderen beiden Kollegen zu seiner Auffassung bekehrt und ein einstimmiges Votum dieser drei Minister vorliegt. Ueber den Einspruch eines einzelnen Ministers kann der Kommissar in eiligen Fällen zur Tagesordnung übergehen. Dem Landwirtschaftsminister bleibt die Produktionsförderung vorbehalten, soweit nicht das Kriegsamt durch Hergabe von Arbeitern, Gespannen und künstlichem Dünger von Einfluß ist.

Wenn die drei Minister zu einem einheitlichen Votum gegen den neuen Kommissar für Volksernährung kommen, so handeln sie gewissermaßen in Vertretung des Gesamtministeriums. Aber auch in diesem Falle ist der Kommissar nicht wehrlos — der in Lebensfragen den Mut zu seiner Ueberzeugung hat und die Minister dem Odium aussetzt, ihn zum Rücktritt gezwungen zu haben. In diesen letzten Fragen ist alles auf den Mann und seinen Mut gestellt.

Auch in den anderen Bundesstaaten dürften ähnliche Aemter bald geschaffen werden.

Von dem neuen Staatskommissar darf nicht das Heil der Welt erwartet werden; wer seine Hoffnungen überspannt, tut dem neuen Mann keinen Gefallen. Er ist nur wesentlichen berufen, die Reibungen zu mindern, die desto stärker werden, je ärger die Lebensmittelknappheit ist. Seine Aufgabe ist ursprünglich und vorweg verwaltungstechnisch. Erst aus der Ausübung seiner Funktion kann sich auch eine Beeinflussung der materiellen Gesetzgebung ergeben, die beim Bundesrat, Reichskanzler und Kriegsernährungsamt ruht.

Letzte Nachrichten.

Der lachende Dritte.

Bern, 19. Februar. Die Agentur Radio meldet aus New York: Das Staatsdepartement hat den Vertreter der Vereinigten Staaten in Havana angewiesen, die kubanische Regierung aufzufordern, die in mehreren Provinzen ausgebrochenen Unruhen unverzüglich niederzuschlagen. Sollte die kubanische Regierung die Ordnung nicht wiederherstellen können, würden die Vereinigten Staaten gezwungen sein, einzugreifen.

Es gärt in Griechenland.

London, 19. Februar. (T. U.) Die Lage in Griechenland beginnt von neuem ernst zu werden. Der hauptsächlichste Grund für diese plötzliche Verschlimmerung der Lage liegt, wie die „Times“ aus Smyrna erfährt, darin, daß die Bevölkerung die Auslieferung der Gewehre an die Entente verweigert, welche die Regierung unter die Bevölkerung des Landes verteilen ließ und die sich noch in deren Besitz befinden. Aber die eigentliche und größte Gefahr für die Alliierten liegt weniger in der Zurückhaltung dieser Gewehre, als vielmehr in der sehr erregten Stimmung des Volkes. Die Londoner Blätter bringen Berichte aus Athen, in denen sich große Unzufriedenheit mit der griechischen Regierung widerspiegelt. Es scheint, als ob dies die **Vorbereitung zu neuen Gewalttätigkeiten gegen die Regierung in Athen** bedeutet. So wird gemeldet: Immer deutlicher zeigt sich, daß die Regierungspersonen und der griechische Generalstab bei der Bewilligung des Entente-Ultimatums nur der Gewalt gewichen sind. Es scheint, daß der griechische Generalstab entschlossen ist, im Kanal von Korinth Minen zu legen. Viele Offiziere, welche von der Entente nach dem Peloponnes gesandt waren, nehmen auf Veranlassung des griechischen Generalstabs Urlaub.

England, das „Asyl“.

Amsterdam, 19. Februar. Der „Joodsche Wachter“ meldet, daß die Dienstpflicht für die russischen Juden in England nun folgendermaßen geregelt worden ist: Russische Juden, die seit fünf Jahren in England wohnen, **müssen im englischen Heere dienen.** Sie werden, nachdem sie drei Monate Dienst getan haben, naturalisiert. Dienstverweigerung wird mit **gewaltsamer Einstellung in die Armee bestraft.** Deportationen nach Rußland sollen nicht mehr stattfinden.

Eingestellter Passagierverkehr.

Kristiania, 18. Februar. Norska Amerika Linjen stellt weitere Passagierfahrten ein, da Halifax noch nicht als Untersuchungshafen zugelassen ist.

Brand im Kohlenbergwerk.

Beuthen (Oberschlesien), 19. Februar. Auf dem Schuckmannflötz der Paulusgrube (250 Meter-Sohle) entstand am Freitag aus unaufgeklärter Ursache ein Grubenbrand, dem zuerst drei Mann, dann noch ein Steiger und ein Mann von der Rettungsabteilung zum Opfer fielen. Der Brandherd ist abgedämmt. Ein Mann befindet sich noch im abgedämmten Brandfelde, der wohl ebenfalls tot ist.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Abschluß der Lohnbewegung in der Herrenmaßschneiderei.

Nach zweitägigen Verhandlungen am 16. und 17. Februar in Nürnberg unter Vorsitz der Unparteiischen Magistratsrat v. Schulz-Berlin, Stadtrat Dr. Hiller-Frankfurt a. M. und Gewerbegerichtsrat Sartorius-München einigten sich die Gehilfenverbände mit dem Allgemeinen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe auf nachstehende Vereinbarungen, durch die die Bewegung ihren Abschluß gefunden hat:

I. Lohnfrage. 1. Stücklohn. Auf sämtliche verdienten Löhne wird einschließlich des Streckungszuschlages eine feste 25prozentige Erhöhung gewährt.

2. Zeitarbeit. Während der Dauer der Streckungsverordnung erhalten die Tag- und Wochenschneider den in ihren Tarifen angesetzten Tag- und bezw. Wochenlohn ohne weiteren Aufschlag unverkürzt. Mit dem Wegfall der Streckungsverordnung tritt auf diese Tag- und Wochenlöhne eine Erhöhung von 25 Proz. ein. Bei Beschäftigung in Stundenlohn werden 25 Proz. Zuschlag gewährt.

In allen vorstehenden Fällen erhöhen sich jedoch die tariflichen Löhne bis 38 Pf. einschließlich um 5 Pf., bis 41 Pf. einschließlich um 4 Pf. bis 44 Pf. einschließlich um 3 Pf., bis 47 Pf. einschließlich um 2 Pf., bis 50 Pf. einschließlich um 1 Pf.

3. Alle während des Krieges in irgend einer Form gewährten Zuschläge kommen mit Gewährung des 25 prozentigen Zuschlags in Wegfall.

4. In den Geschäften, welche der Streckungsverordnung nicht unterliegen, tritt ab 1. März 1917 der Zuschlag von 25 Proz. auf die Tag- und Wochenlöhne ein.

II. Unter diesen Voraussetzungen wurden alle bestehenden Tarife verlängert; sie können als ganzes unter Einhaltung einer dreimonatlichen Kündigungsfrist, die zum Ersten eines jeden Monats zulässig ist, gekündigt werden.

Der Kündigung hat eine einmonatliche Ansagung vorauszugehen. Nach erfolgter Ansagung sind sofort die Verhandlungen zum Abschluß eines Reichstarifs in Angriff zu nehmen, dessen Inkrafttreten auf den Ablauf der Kündigungsfrist festgesetzt wird.

III. Uebergangsbestimmungen: Diese neuen Vereinbarungen treten am 1. März 1917 in Kraft. Alle Stücke, welche nach dem 1. März 1917 in Angriff genommen werden, werden nach den neuen Sätzen entlohnt. Stücke, welche vor dem 1. März 1917 in Angriff genommen und noch nicht vollendet worden sind, erhalten den Zuschlag nur für die Arbeit, die nach dem 1. März 1917 geleistet worden ist.

Lohnerhöhungen im Solinger Industriebezirk.

Solingen, 19. Februar. (Frkf. Ztg.) Der Solinger Industrieverband war an den Fabrikantenverband mit dem Ersuchen herangetreten, zum Ausgleich der weiteren Erhöhung der Materialpreise und der Preise der Lebenshaltung eine nochmalige Teuerungszulage für alle Branchen des Solinger Industriebezirks zu gewähren. Es wurde eine Verständigung dahin erzielt, daß vom 1. April ab ein weiterer Teuerungszuschlag von 10 Prozent eintritt.

Berlin und Umgegend.

Jahresbericht der Zimmerer.

Die Zahlstelle Berlin des Zimmererverbandes hat ihren Jahresbericht für 1916 soeben herausgegeben. Er ergibt in Verbindung mit den Ausführungen, die der Zahlstellenvorsitzende Witt in der letzten Zahlstellenversammlung machte, folgendes Bild: Die geschäftliche Konjunktur im Zimmerergewerbe war im Jahre 1916 recht günstig. Zwar war die private Bautätigkeit sehr gering, aber es wurden umfangreiche Bauten für die Heeresverwaltung. Erweiterungsbauten größerer Fabriken sowie Betonbauten ausgeführt. Dadurch war den Zimmerern Berlins, namentlich in der zweiten Hälfte des Jahres, sehr reichliche Arbeitsgelegenheit geboten. Wenn also die Zimmerer nicht über schlechte Erwerbsverhältnisse klagen konnten, so wurden sie doch durch die Lebensmittelteuerung empfindlich getroffen. Deshalb galt es, eine allgemeine Lohnerhöhung für die Berufsangehörigen zu erstreben. Zu diesem Zweck wurden Ende 1915 Verhandlungen mit den Unternehmern im Baugewerbe eingeleitet, die nach einer Dauer von vier Monaten zum Abschluß einer neuen Tarifvereinbarung führten, die eine Lohnerhöhung von 14 Pf. pro Stunde brachte. Davon traten 11 Pf. am 15. April und 3 Pf. am 5. August in Kraft. Allein die tarifliche Lohnerhöhung bot schon bald nach ihrer Vereinbarung keinen genügenden Ausgleich für die immer stärker auftretende Teuerung. Die Zimmerer sahen sich deshalb genötigt, den Unternehmern persönliche Wünsche auf Lohnerhöhungen zu unterbreiten, die leider nicht immer die entsprechende Berücksichtigung durch die Organisation der Unternehmer fanden. Es kam deshalb öfter zu Differenzen wegen der Lohnfrage. Um solche zu vermeiden, berief die Unternehmerorganisation Ende September die örtlichen Vertreter des Zimmerer- und des Bauarbeiterverbandes zu einer Sitzung. Dort forderten die Unternehmer, daß die Vertragsparteien Machtmittel anwenden sollten, um auf allen Arbeitsstellen die Löhne auf den tariflichen Satz zu bringen. Das heißt also, es sollte unter allen Umständen verhindert werden, daß höhere Löhne als die im Tarif vorgesehenen bezahlt würden. Die Arbeitervertreter erklärten das Bestreben nach höheren Löhnen als eine notwendige Folge der zunehmenden Lebensmittelteuerung und meinten, eine neue allgemeine Lohnzulage würde das beste Mittel sein, um Differenzen wegen der Lohnfrage zu verhindern. Die Unternehmer erklärten, es sei ihnen nicht möglich, weitere Lohnzulagen zu bewilligen. Man müsse an dem Tariflohn festhalten. Somit war also die Besprechung ohne Ergebnis geblieben. — Neuerdings ist die Lohnfrage wieder aufgerollt worden durch eine Eingabe der Unternehmerorganisation an das Kriegsamt. Auch diese Eingabe verfolgt in der Hauptsache den Zweck, zu verhindern, daß Unternehmer im Hinblick auf die günstige Konjunktur und die Teuerungsverhältnisse den auf Lohnzulagen gerichteten Wünschen der Arbeiter nachgeben. Infolge dieser Eingabe kamen auf Veranlassung des Kriegsamts die Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter in zwei Sitzungen zusammen, deren letzte am 31. Januar dieses Jahres stattfand. Auch diese Besprechungen hatten kein Ergebnis. Die Unternehmer erklärten sich zwar bereit, über die Lohnfrage zu verhandeln, jedoch erst dann, wenn ihnen die Arbeiterorganisationen Garantien dafür böten, daß die vertraglich vereinbarten Löhne nicht überschritten werden. Anscheinend handelt es sich hierbei um ein Verlangen, das die Unternehmer schon bei den letzten Tarifverhandlungen gestellt hatten und das dahin geht: Wenn wegen Forderungen höherer als der Tariflöhne oder wegen Herabsetzung höherer Löhne auf den Tarifsatz Arbeitseinstellungen stattfinden sollten, so habe die Arbeiterorganisation vollen Ersatz an Arbeitskräften zu schaffen. — Wie damals, so lehnten auch jetzt die Vertreter der Arbeiter ein derartiges Ansinnen ab mit der Begründung, sie könnten doch keine Garantie übernehmen für einen Lohnsatz, dessen Höhe noch nicht bekannt sei. Erst müsse der Lohn festgesetzt werden, ehe überhaupt von der Garantiefrage gesprochen werden könne. Auch der Vorschlag der Arbeitervertreter, daß der Lohn nach dem jeweiligen Stande der Lebensmittelpreise bestimmt werde, also mit diesen steige oder falle, fand nicht die Billigung der Unternehmer.

Im Jahresbericht wird eine Lohnstatistik mitgeteilt, die ergibt, daß von 1369 im Berliner Zahlstellengebiet beschäftigten Zimmerern 635 den am Tage der Aufnahme gültigen Tariflohn von 95 Pf. erhielten, während 618 einen höheren und 79 einen niedrigeren Lohn bekamen. Unter den letzteren befinden sich Ausgelernte sowie in Theatern und Fabriken Beschäftigte.

Die Mitgliederzahl betrug zu Anfang des Jahres 1310. Am Jahresschluß war sie auf 1183 zurückgegangen. Der Mitgliederverlust seit Beginn des Krieges ist geringer als die Zahl der zum Heere Einberufenen. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes hat die Zahlstelle während des Krieges eine tatsächliche Zunahme von 508 Mitgliedern zu verzeichnen. — Die Kassenverhältnisse können als sehr günstig bezeichnet werden. Das Vermögen der Zahlstelle betrug beim Beginn des Krieges 25 182 M. und ist dann von Jahr zu Jahr gestiegen bis auf 49 267 M. am Schluß des Jahres 1916. Die günstige Entwickelung der Kassenverhältnisse ist eine Folge der guten Konjunktur, wodurch die Arbeitslosigkeit so gut wie ganz geschwunden ist. An statutenmäßigen Unterstützungen brauchten im Laufe des Jahres nur 2854 M. ausgegeben werden. Dagegen wurden die Familien der Kriegsteilnehmer mit 52 314 M. unterstützt, wovon 45 059 M. auf Rechnung der Zentral- und 7255 M. auf Rechnung der Lokalkasse gehen.

Hilfsdienstgesetz und Lohnbewegung in den Kohlengroßhandelsgeschäften.

Die in den Berliner Großhandelsbetrieben beschäftigten Arbeiter unterstehen zum größten Teil auch dem Hilfsdienstgesetz. Die eigenartige Auslegung des Gesetzes durch eine der größten Firmen (von der die Tagespresse vor einiger Zeit berichtet), veranlaßte die Kohlenarbeiter und -Kutscher anfangs Januar, sich damit zu beschäftigen. Die Leitung des Transportarbeiter-Verbandes erhielt den Auftrag, mit den Unternehmern zu verhandeln, damit jede einseitige Handhabung des Gesetzes zugunsten der Arbeiter in Zukunft vermieden werde; was denn auch mit Erfolg geschehen ist.

In der Zusammenkunft der Kohlenarbeiter wurde weiter zur Sprache gebracht, daß die letzten, im November 1916 bewilligten Teuerungszulagen nicht mehr genügen. Die bisherige Entlohnung von 70 Pf. pro Stunde für Arbeiter und 48 M. pro Woche für Kutscher, für Frauen 50 Pf. pro Stunde könne nicht mehr als ausreichend erachtet werden. Auf das Ersuchen der Verbandsleitung an den Verband der Kohlengroßhändler um Herbeiführung einer Verhandlung bezüglich weiterer Lohnzulagen, kam die telephonische Mitteilung, daß der Verband beschlossen habe, den Stundenlohn für Arbeiter von 70 auf 75 Pf., für Arbeiterinnen von 50 auf 55 Pf. und für Kutscher den Wochenlohn von 48 auf 50 M. zu erhöhen. Mündliche Verhandlungen könnten mit Rücksicht auf Mangel an Zeit diesmal nicht stattfinden. Diese Zugeständnisse befriedigten die Arbeiter durchaus nicht; sie beschlossen, umgehend eine weitere Verhandlung nachzusuchen, um höhere Zugeständnisse zu erreichen. Gleichzeitig erhielt die Verbandsleitung Auftrag, falls die Unternehmer es ablehnen sollten, höhere Zugeständnisse zu machen, daß dann die Angelegenheit dem Kriegsausschuß zur Schlichtung überwiesen werden sollte. Darauf fand eine mündliche Verhandlung statt, die das Ergebnis hatte, daß sich die Unternehmer bereit erklärten, vom 15. Februar ab folgende Lohnerhöhung eintreten zu lassen: Für Arbeiter Stundenlohn 85 Pf., für Arbeiterinnen 70 Pf., für männliche Kutscher Wochenlohn 55 M., für weibliche Kutscher 50 M. Für Sonntagsvormittagsarbeit erhalten die Arbeiter 1 M., die Arbeiterinnen 85 Pf. Stundenlohn, die Kutscher pro Fuhre 3 M.

Am Sonntag, den 11. Februar, erklärte eine zahlreich besuchte Versammlung der Kohlenarbeiter, Arbeiterinnen und Kutscher ihr Einverständnis zu diesem Resultat der Lohnbewegung.

Aus Industrie und Handel.

Neuanlage und Vergrößerung von Werften.

Die der Norddeutschen Bank nahestehende Gesellschaft Reiherstieg-Schiffswerfte und Maschinenfabrik in Hamburg, die ein Aktienkapital von 5 Millionen Mark hat und im Kriege gut beschäftigt war, hat die benachbarte Schiffswerft J. H. A. Wichhorst erworben. — Die Reederei E. Retzlaff in Stettin hat ein Wiesengelände in einer Größe von 80 000 Quadratmeter gekauft, um darauf eine Werft zum Bau von Frachtschiffen aus Eisen und Stahl bis zu 8000 Tonnen zu errichten.

Auch ein Erfolg. Die Zeichnungen auf die fünfprozentige Kriegsanleihe Italiens erreichten am 17. d. M. 1 740 000 000 Lire, wovon 1 150 000 000 Lire auf Barzeichnungen entfallen. — Für Italien mag das eine Leistung sein, für andere Länder ist es eine Bagatelle.

Soziales.

Die Sorge um die Jugend.

Der „Deutsche Verein für Schulgesundheitspflege" tagte am 17. Februar in Berlin. Die Verhandlungen, an denen Vertreter von Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden, Aerzte und Schulmänner teilnahmen, waren erfüllt von der durch den Krieg gesteigerten Sorge um die Jugend.

Die Frage der „Einwirkung des Krieges auf die Gesundheit der Jugend" bildete den wichtigsten Verhandlungsgegenstand. Der Referent Stadtschularzt Dr. Thiele-Chemnitz entwarf von den Gesundheitsverhältnissen der Schuljugend kein ungünstiges Bild. Sei auch der Ernährungszustand etwas zurückgegangen, so lasse doch der allgemeine Gesundheitszustand nichts zu wünschen übrig. Das gelte voll für die Kinder der Landschulen, in der Großstadt aber sei Benachteiligung bei ohnedies schwächlichen und kränklichen Kindern festgestellt worden. Im allgemeinen habe der Ernährungszustand der Mädchen sich besser als der der beweglicheren Knaben gehalten. Gerade in der Kriegszeit sei dauernde Ueberwachung durch Schulärzte nötig, auch Sonderberücksichtigung der Schulkinder bei der Nahrungsmittelzuteilung, namentlich Gewährung von mehr Milch, schließlich auch Landaufenthalt. Der Korreferent Stadtschularzt Dr. Bachauer-Augsburg berichtete, daß für Säuglinge und Kleinkinder bis jetzt Entwickelungshemmungen kaum gemacht worden seien. Bei den Schulentlassenen von 16—17 Jahren habe man geringe Gewichtsabnahmen beobachtet, die als Verbrauch der Fettreserven aufzufassen seien und die Leistungsfähigkeit noch nicht mindern. Vorbeugend solle man ihnen besondere Fürsorge gewähren. Aber Erhöhung der Mortalität und der Morbidität als Folge des Krieges sei bei Schulentlassenen ebensowenig wie bei den Kleinkindern und den Säuglingen festgestellt worden. In der Diskussion wurde die Ansicht, daß die Gesundheit der Jugend durch den Krieg bisher nicht gelitten habe, von verschiedenen Rednern unterstützt. Erst gegen Ende 1916 habe man Anzeichen eines Umschwunges bemerkt. Prof. Dr. Krauwig, der Leiter des Kölner Gesundheitswesens, hält jetzt den Zeitpunkt für gekommen, wo ernsthaft etwas für die Schuljugend getan werden müsse. Der Schöneberger Stadtmedizinalrat Kabnow kündigte für Groß-Berlin den Plan einer „Massendeportation von Kindern aufs Land" an. Der Berliner Schularzt Dr. Lewandowski, Staatskommissar für die militärische Jugendvorbereitung in Berlin und Provinz Brandenburg, forderte allgemeine jugendliche Ueberwachung. Für die Schuljugend Berlins bestätigte Stadtmedizinalrat Weber, daß bis Herbst 1916 die Berichte der Schulärzte günstig gelautet haben. Schulfrühstück, Mittagsspeisung und Landaufenthalt habe den Kindern genutzt, vom Mangel an Milch drohe ihnen Schaden. Der Präsident des Kaiserlichen Gesundheitsamtes, Prof. Bumm, faßte das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, daß sie ein nicht unerfreuliches Bild geboten habe. Ueber die gegebenen Anregungen, im besonderen über die Forderung von mehr Landaufenthalt für Schulkinder, werde er sofort an die Reichsregierung berichten. Jetzt müsse alles getan werden, die Gesundheit der Schulkinder zu erhalten.

Es folgten drei Referate über „Die Notwendigkeit der schulärztlichen Ueberwachung für die gesamte deutsche Jugend und ihr Ausbau nach dem Kriege." Stadtarzt Prof. Dr. Gaspar-Stuttgart forderte, daß die Fürsorge des Schularztes sich nicht nur auf Volks- und Bürgerschulen erstreckt, sondern auch auf Mittel- und höhere Schulen, ebenso auf Fortbildungsschulen, weiter auch auf Kleinkinderschulen, Kinderhorte und Krippen. Wünschen müsse man die Mitarbeit von Schulschwestern bei der Durchführung aller auf Kräftigung der Jugend hinzielenden Bestrebungen. Die Kosten seien aufzubringen zum Teil durch Versicherungsanstalten und Krankenkassen, in der Hauptsache durch die Gemeinden und nötigenfalls durch Staatsbeiträge. Der Berliner Gemeindeschulrektor Höhne wies in seinem Referat hin auf die weit zurückreichende Mitarbeit der deutschen Lehrerschaft an der Entwickelung der Schulgesundheitspflege. Zu den besonderen Aufgaben, die dem Schularzt nach dem Kriege gestellt sein werden, gehört Raterteilung bei der militärischen Jugendvorbereitung und bei der Förderung begabter Knaben und Mädchen der Volksschule. Oberlehrer Dr. Roller-Darmstadt zeigte die Notwendigkeit des Schularztes auch für höhere Schulen. Er forderte unter anderem eine planmäßige Elternbelehrung durch Schulärzte. In der Diskussion teilte ein Vertreter des preußischen Ministeriums des Innern mit, daß Verhandlungen im Gange sind, das Schularztwesen auf eine breitere Grundlage zu stellen. Man werde dieses Problem im Rahmen der Bevölkerungspolitik zu lösen suchen.

Kriegs-Hinterbliebenenfürsorge.

Zur Durchführung und Vereinheitlichung der gesamten Hinterbliebenenfürsorge sind im Laufe des vergangenen Jahres in fast allen Städten und Gemeinden amtliche Fürsorgestellen errichtet, die sich der Kriegshinterbliebenen mit Rat und Tat annehmen. Das Kriegsministerium hat einen Leitfaden herausgegeben, der das auf dem Gebiete der Hinterbliebenenversorgung und sozialen Fürsorge für die amtlichen Fürsorgestellen Wissenswerte enthält. Er ist den Fürsorgestellen bereits zugegangen.

Ferner werden von jetzt ab alle Erlasse und Bestimmungen, die für die Kriegshinterbliebenen von allgemeinem Werte sind, in den „Amtlichen Mitteilungen für Kriegsbeschädigte oder vorzugsberechtigte Militärpersonen und für Hinterbliebene von Heeresangehörigen" veröffentlicht. Die „Amtlichen Mitteilungen" erscheinen in zwangloser Reihenfolge als Beihefte der vom Kriegsministerium herausgegebenen Zeitschrift „Anstellungs-Nachrichten", die sämtlichen Fürsorgestellen zugestellt wird und dort eingesehen werden kann.

Das Kriegsministerium hofft, auf diese Weise dem berechtigten Wunsche der Kriegshinterbliebenen auf Beistand und Raterteilung nach Möglichkeit entgegenzukommen. Derartige Anliegen sind zunächst an die amtliche Fürsorgestelle des Wohnorts zu richten. Diese Stelle gibt auch Auskunft über Annahme von Kindern an Kindesstatt, Unterbringung von Kindern in Pflege und Uebernahme von Kriegspatenschaften für Kriegerwaisen.

Als Vermittelungsstelle der gesamten sozialen Kriegshinterbliebenenfürsorge dient der Arbeitsausschuß der Kriegerwitwen- und Waisenfürsorge in Berlin W. 30, Münchener Str. 49, der jederzeit über Fragen der sozialen Fürsorge nähere Auskunft erteilt.

Gewährung von Wochenhilfe bei unvermindertem Einkommen.

Im Einvernehmen mit dem Reichskanzler hat der preußische Minister des Innern verfügt, daß auch dann, wenn die Familie eines Kriegsteilnehmers das Einkommen des Mannes unvermindert fortbezieht, unter Umständen ein Anspruch auf Gewährung der Reichswochenhilfe gegeben ist. Nach der Absicht der Bekanntmachung vom 23. April 1915 soll in der Regel derjenige als minderbemittelt gelten, der in dem Jahre oder Steuerjahre vor dem Diensteintritt weniger als 2500 M. Einkommen bezog, und zwar auch dann, wenn er dieses Einkommen weiter bezieht. Ausnahmen werden hauptsächlich dann zu machen sein, wenn es sich um ein fundiertes Einkommen handelt, also der Besitz eines nicht unerheblichen Kapitals gegeben ist, von dem ein geringfügiger Teil ohne Schädigung der wirtschaftlichen Gesamtlage des Kriegsteilnehmers zur Bestreitung der Kosten für Entbindung und Wochenbett abgehoben werden kann. Auch Kapitulanten, Beamte und dergleichen sind in dieser Beziehung nicht anders zu behandeln als andere Kriegsteilnehmer.

Nach Auffassung des Reichskanzlers begründet der Umstand, daß keine Verminderung des Familieneinkommens eingetreten ist, nicht die Ablehnung der Wochenhilfe. Einmal sei da, wo der Kriegsteilnehmer von seiner Familie getrennt leben muß, auf einen Mehraufwand für seinen persönlichen Unterhalt zu rechnen, sodann sei zu berücksichtigen, daß infolge der Kriegsteuerung dem gleichen Einkommen nicht mehr die gleiche Kaufkraft zukommt wie vor dem Kriege, endlich aber solle ja durch die Bekanntmachung vom 23. April 1915 gerade dem Kriegsteilnehmer als solchem eine Vergünstigung zuteil werden. Dieser letztere Umstand schließe zugleich aus, daß Nichtkriegsteilnehmer sich mit Recht darauf berufen könnten, daß sie im Hinblick auf ihre gleichliegende Wirtschaftslage ebenfalls Anspruch auf Wochenhilfe haben müßten. Beziehe der Kriegsteilnehmer mit seiner Familie — im Gegensatz zur Zeit vor dem Kriegseintritt — jetzt ein nennenswert höheres Gesamteinkommen als 2500 M., so werde allerdings zu prüfen sein, ob diese Tatsache nicht die Annahme rechtfertige, daß eine Beihilfe nicht benötigt werde. Eine allgemeine Regel für die Beurteilung dieser Frage lasse sich bei der Vielgestaltigkeit der Verhältnisse nicht wohl aufstellen. Jedenfalls aber entspreche es der wohlwollenden Absicht der Bundesratsverordnung, wenn dabei auf die bei getrenntem Aufenthalt der Ehemannes und infolge der Steigerung der Preise notwendigen Mehraufwendungen gebührende Rücksicht genommen wird.

Die „hohen Arbeitslöhne".

Schon wiederholt haben wir die Verallgemeinerungen zurückgewiesen, die aus dem Umstande gefolgert werden, daß einzelne Arbeiterkategorien jetzt verhältnismäßig hohe Löhne erzielen. Ganz abgesehen von der Teuerung, ist die Lage der Arbeiter weit davon entfernt, glänzend zu sein. Aber die Stammtischmärchen schießen nach wie vor üppig ins Kraut, und dabei ist der sekttrinkende Schlosserlehrling ein würdiges Gegenstück zu dem sekttrinkenden Maurer der Gründerjahre geworden. Wie es tatsächlich aussieht, ergeben unter anderem einige Zahlen, die die neueste Nummer des „Reichsarbeitsblattes" enthält. Zu den Arbeitergruppen, in denen große Nachfragen nach Kräften bestehen und folglich auch ganz naturgemäß die Löhne in die Höhe gehen, gehören die Bergarbeiter. Darüber sagt das genannte amtliche Organ:

„Die Bergarbeiterlöhne zeigen in den drei ersten Vierteljahren des Jahres 1916, für welche die Lohnstatistik bis jetzt veröffentlicht ist, eine von Vierteljahr zu Vierteljahr steigende Zunahme der verdienten reinen Löhne. Auch im Vergleich zum Jahresmittel 1915 macht sich für die einzelnen Bergbaugebiete eine mehr oder weniger erhebliche Steigerung der Löhne geltend. Am stärksten stieg der Lohn im Oberbergbaubezirk Dortmund (nämlich von 5,49 M. im Jahresmittel 1915 auf 6,57 M. im dritten Vierteljahr 1916) und im Mansfelder Erzbergbau (von 4,22 auf 5,20 M.). Fast um 1 M. erhöhte sich der Schichtlohn sodann im niederrheinischen, im Saarbrücker und Aachener Steinkohlenbergbau, wie in den Siegener und in den lothringer Erzbergwerken."

Merkt euch, ihr Bierbankpolitiker: der Lohn ist im Bergbau um 1 M. bis zu 1,10 M. gestiegen als Höchststeigerung, und er hat dabei die schwindelhafte Durchschnittshöhe von 6,57 M. pro Schicht im teuren Ruhrgebiet erklommen.

Daneben ist eine andere Statistik, die, wie ebenfalls das „Reichsarbeitsblatt" mitteilt, der christliche Metallarbeiterverband über die Kriegslöhne in der Siegerländer Metallindustrie, also auch einem Erwerbszweig, auf den der Krieg fördernd eingewirkt hat, veranstaltete. Das Resultat war, daß im Kreise Siegen und Altkirchen der Stundenlohn von 61,9 auf 69,1 Pf., also um 0,2 Pf. gestiegen ist. Gewiß ein glänzendes Resultat. Dies wird noch übertroffen im Kreise Olpe, wo der Lohn von 46,8 auf 50 Pf., also um 0,2 Pf. in der Stunde stieg. Ob die Arbeiter nicht wissen, was sie mit diesem Gelde anfangen sollen?

Verantwortlich für Politik: **Hermann Müller**, Tempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: **Alfred Scholz**, Rixdorf; für Inserate: **Th. Glocke**, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Gemeindefinanzen.

Von Paul Hirsch.

In diesen Tagen beginnen in allen Gemeindevertretungen die Etatsberatungen. Je länger der Krieg dauert, desto schwieriger ist es, die Einnahmen der Gemeinden mit den Ausgaben in Einklang zu bringen, denn ganz abgesehen von den Aufwendungen für Zwecke der Kriegsfürsorge im engeren und weiteren Sinne, deren Deckung fast allenthalben vorläufig noch eine offene Frage bleibt, macht sich die Steigerung der Kosten der allgemeinen Lebenshaltung auch den Gemeindeverwaltungen in empfindlichem Maße fühlbar. Was ihnen an Mehrkosten für ihre Krankenhäuser, ihre Waisenhäuser und sonstigen Anstalten erwachsen, was sie für die für ihre Betriebe erforderlichen Rohmaterialien, insbesondere für Kohlen, mehr zu zahlen haben, das geht in großen Städten in die Hunderttausende, ja bis an die Million heran.

Dem Reich und dem Staat gegenüber befinden sich die Gemeinden insofern in einer schlechteren Lage, als sie im größten Teil von Deutschland keine Steuerautonomie besitzen. Während das Reich in der Erschließung neuer Steuerquellen völlig frei ist und auch den Einzelstaaten ein weiter Spielraum offen steht, sind die Gemeinden an die Gesetze gebunden, und diese gestatten ihnen die Erhebung von Steuern nur in sehr engen Grenzen. In Preußen sind ihnen die Grund- und Gebäudesteuern überwiesen, an direkten Steuern können sie ferner Zuschläge zur Staatseinkommensteuer, aber nicht zur Ergänzungssteuer erheben, als weitere Steuern kommen in Betracht die Gewerbesteuern, die Schankkonzessionssteuer, von Verkehrssteuern insbesondere die Umsatzsteuer beim Verkauf von Grundstücken, von Aufwandssteuern im wesentlichen nur noch die Hundesteuer, aber nicht mehr die Verbrauchssteuern, nachdem durch § 13 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1903 die Aufhebung aller gemeindlichen Verbrauchssteuern auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andere Mühlenfabrikate, Backwaren, Vieh, Fleischwaren und Fett mit Wirkung vom 1. April 1910 ab verfügt ist.

Die Entwickelung der Gesetzgebung ist überhaupt dahin gegangen, die Quellen der indirekten Gemeindebesteuerung immer weiter zu verstopfen. Wir bedauern das nicht, im Gegenteil, diese Tendenz findet unsere volle Billigung, wir konstatieren nur eine Tatsache. Aehnlich wie in Preußen, ist die Entwickelung in anderen Bundesstaaten vor sich gegangen. Wenn man bedenkt, daß, um nur wenige Beispiele anzuführen, von 1901 bis 1913 die Verbrauchssteuereinnahmen in Aachen zurückgegangen sind von 857 000 auf 89 000 Mark, in Breslau von 2 257 600 auf 360 000 Mark, in Cassel von 643 000 auf 201 000 Mark, in Posen von 575 000 auf 60 000 Mark, in Coblenz von 287 000 auf 52 000 Mark, in Wiesbaden von 7[illegible]000 auf 530 000 Mark, so kann man daran ermessen, welchen Ausfall die Gemeinden durch die neuere Steuergesetzgebung erlitten haben und wie notwendig es für sie ist, sich nach anderen Einnahmequellen umzusehen.

Nun wäre ja nichts einfacher, als die Gemeinden ganz allgemein auf den Weg der Erhöhung der Zuschläge zur staatlichen Einkommensteuer zu verweisen. In der Theorie nun sich das recht schön an, aber wie sieht es in der Praxis aus? Zunächst darf man nicht außer acht lassen, daß die kommunalen Steuerzuschläge gleichmäßig bemessen sein müssen, d. h. wenn eine Gemeinde einen hundertprozentigen Zuschlag beschließt, dann haben die kleinen Einkommen von 901 M. an genau den gleichen prozentualen Zuschlag zu zahlen wie die ganz hohen Einkommen von 100 000 Mark und mehr. Dazu kommt, daß auch die Besteuerung des Einkommens aus Arbeitsverdienst ihre Grenzen hat. Bereits vor mehr als Jahresfrist hat Cunow*) darauf aufmerksam gemacht, daß eine Neueinführung oder Erhöhung direkter Steuern bis zu jener Grenze, daß dadurch der Profit stark unterbunden und eine stetige neue Kapitalanhäufung, also auch die Gründung neuer kapitalistischer Betriebsunternehmungen gehemmt wird, nicht nur nicht im Interesse des Kapitalismus, sondern auch nicht in dem der Arbeiter liegt, da sie wirtschaftliche Stagnation und Brachlegung zahlreicher Arbeitskräfte bedeutet.

Würde man die Gemeinden allein auf höhere Steuerzuschläge verweisen und sie etwa zum Verzicht auf andere Einnahmen, z. B. auf die Ueberschüsse aus ihren Werken veranlassen wollen, so würde das unter Umständen eine schwere Belastung der Arbeiterklasse bedeuten. So hat z. B. der Oberbürgermeister von Lichtenberg auf dem letzten deutschen Städtetage 1914 nachgewiesen, daß seine Gemeinde ohne die Ueberschüsse aus den Werken statt des damaligen Zuschlages von 100 Proz. einen solchen von 300 Proz. zu erheben gezwungen sein würde. Was das für eine Stadt wie Lichtenberg bedeutet, deren Steuerzahler zum weitaus größten Teil aus Arbeitern bestehen, kann man sich leicht ausmalen. In gleicher Weise oder noch mehr würden namentlich die ärmeren Gemeinden geschädigt, wenn man überall dem Vorschlage auf Aufhebung der Gewerbesteuern Folge leisten wollte, denn das würde in der Praxis darauf hinauslaufen, daß unter Umständen zugunsten eines einzigen Riesenbetriebes, dessen Ueberschüsse in die Millionen gehen, die gesamte Einwohnerschaft der betreffenden Gemeinde mit ungemessenen Steuerzuschlägen belastet würde.

Was sollen nun die Gemeinden tun, um aus ihrer Finanzsorge herauszukommen, ohne ihren Einwohnern neue, insonderheit auch die Arbeiterklasse schwer treffende Steuern aufzubürden? Hier und da hat man den Ausweg gewählt, die Preise für die Erzeugnisse der kommunalen Werke (Gas, Elektrizität, Wasser) zu erhöhen. Ob eine solche Erhöhung angebracht ist, das läßt sich so allgemein nicht beurteilen, es kommt da wesentlich auf den einzelnen Fall an. Würde es sich z. B., wie es im vorigen Jahre in Berlin und einigen Vorortgemeinden der Fall war, um die Frage handeln, ob man die Gaspreise erhöhen soll, um dadurch eine weitere Erhöhung der Steuerzuschläge um etwa 10 Proz. zu vermeiden, so würde von unserem Standpunkt aus und im Interesse der Arbeiter das letztere den Vorzug verdienen. Ließe sich aber die Erhöhung der Gas- oder Elektrizitätspreise nur durch eine Verdoppelung oder Verdreifachung der bisherigen Steuerzuschläge vermeiden, so würde die Sache ein ganz anderes Antlitz gewinnen, und dann würde man es sich reiflich überlegen müssen, ob man es verantworten könnte, lediglich aus Prinzipienreiterei die minderbemittelte Bevölkerung erheblich zu belasten.

*) Siehe „Vorwärts" vom 10. Februar 1916.

Die Neuordnung der Gemeindefinanzen wird eine der wichtigsten Aufgaben sein, die die Gesetzgebung unmittelbar nach dem Kriege zu lösen hat. Aber auch bis dahin müssen die Gemeinden auf Mittel und Wege sinnen, wie sie ihre Finanzen ohne Schädigung der minderbemittelten Volksschichten aufbessern können. Unseres Erachtens wird ihnen nichts weiter übrig bleiben, als immer mehr zur Errichtung neuer und zum Ausbau bestehender Werke zu schreiten, deren Ueberschüsse der Gesamtheit zur Erfüllung der notwendigen Kulturaufgaben dienstbar zu machen sind. Der Regiegedanke hat sich in den deutschen Gemeinden durchgesetzt, die früheren prinzipiellen Bedenken dagegen sind geschwunden, und wo eine Gemeinde noch so rückständig ist, daß sie Gas, Elektrizität und Wasser der Ausbeutung durch das Privatkapital überläßt, da ist es insbesondere Pflicht der sozialdemokratischen Vertreter, dafür zu sorgen, daß mit diesen veralteten Anschauungen aufgeräumt wird. Werden die Gemeinden noch mehr als bisher den Regiegedanken in die Praxis übertragen und werden ihnen von Staats wegen die erforderlichen Zuschüsse vor allem für ihre Armen-, Schul- und Wegebaulasten gegeben, dann dürften sie in nicht allzu ferner Zeit die finanziellen Schwierigkeiten, unter denen sie heute leiden, überwunden haben.

Abgeordnetenhaus.

61. Sitzung vom Montag, den 19. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: von Breitenbach.

Das Andenken des verstorbenen Abg. Neuschel-(Z.) ehrt das Haus in der üblichen Weise.

Auf der Tagesordnung steht die

zweite Lesung des Bauetats.

Abg. Frhr. **v. Maltzahn** (k.):

Der Ausschuß hat sich mit dem Ausbau des Wasserstraßengesetzes eingehend beschäftigt. Wir sollten diese großen wirtschaftlichen Fragen bis nach dem Kriege zurückstellen. Dann werden wir zu prüfen haben, was der Krieg auch auf dem Gebiet der Kanalfragen uns alles gelehrt hat. Küsten- und Hochseefischerei müssen weitgehend gefördert werden, denn den Wert der Fischnahrung hat uns die Jetztzeit geradezu überzeugend gezeigt. Dringend notwendig ist die

Verstaatlichung der Elektrizitätserzeugung.

Preußen, das die Verstaatlichung der Eisenbahnen so glänzend durchgeführt hat, wird auch die Frage der staatlichen Erzeugung von Elektrizität lösen. Vielleicht zeigt sich sogar, daß der Staat, der seine Wasserkräfte ja ganz anders ausnutzen kann, billiger arbeiten wird als die privaten Konzerne. (Sehr richtig! rechts.) Irgend ein Grund für einen Hinausschub der Verstaatlichung besteht nicht, denn technisch, wirtschaftlich und finanziell spricht gerade der gegenwärtige Augenblick dafür. (Beifall.)

Abg. **Schmedding** (Z.) hält die Frage des Elektrizitätsmonopols noch nicht für spruchreif und spricht sich gegen ein staatliches Schleppmonopol aus.

Abg. **Mathies** (natl.) weist auf die Bedeutung verbesserter Kanalverbindungen für das rheinisch-westfälische Industriegebiet hin.

Minister **v. Breitenbach**:

Aus dem Kriegsverkehr auf den Wasserstraßen läßt sich ein abschließendes Urteil über die schwebenden Fragen nicht gewinnen. Gegenüber der Anregung eines allgemeinen staatlichen Schleppmonopols habe ich mich skeptisch verhalten, denn nur auf stark befahrenen Wasserstraßen ist der staatliche Schleppzwang notwendig und berechtigt. Wir legen doch aber alle den größten Wert darauf, daß die Kleinschiffahrt nicht durch die große vernichtet wird. (Sehr richtig!) Die eminent wichtige Versorgung des Landes mit Elektrizität muß auch im Kriege gesichert sein. (Beifall.) Wir erwägen ein **starkes staatliches Eingreifen** unter Schonung bestehender Interessen. Durch Konzentration der Erzeugung, Vereinfachung und Ersparung von Transporten dürfte der Strom dann so billig abgegeben werden können, daß er billiger ist als jetzt und die Gemeinden dabei doch ihre Einnahmen behalten. Wir müssen möglichst bald nach dem Kriege in der Lage sein, diese Quelle wirtschaftlicher Kraft in reichstem Maße zur Verfügung zu stellen. (Beifall.)

Abg. **Lippmann** (Vp.):

Ich begreife die Zurückhaltung des Ministers in der Kanalfrage nicht. Der König von Bayern hat sich mit dem Eifer eines Jünglings für den Donau-Main-Kanal eingesetzt. Kommt dieses Projekt zur Durchführung, dann ist die Donau mit dem Westen verbunden, aber nicht mit dem Osten. Es müßte also auch der Donau-Oder-Kanal in Angriff genommen werden. Hätten wir den

Mittellandkanal im Kriege schon

gehabt, so hätte er uns viel genützt, insbesondere das Eisenbahnmaterial geschont. Das Wort „Gebaut wird er doch!" brauchte doch auch der Regierung nicht gleichgültig zu sein. Der wichtige Ostkanal ist bisher nur von privater Seite projektiert. Auch der Großschiffahrtsweg Stettin-Berlin bedarf noch der Ausgestaltung. Die Löhne der Wasserbauarbeiter sollten erhöht und auch hier überall Arbeiterausschüsse errichtet werden. Die finanzielle Ausnutzung der Elektrizität ist Sache des Reiches. Billige Elektrizitätsversorgung läßt sich auch ohne Staatsmonopol erreichen, das die Städte schwer schädigen würde. (Beifall links.)

Minister **v. Breitenbach**:

Das Projekt des Donau-Main-Kanals verfolge ich mit Sympathie, offiziell wurde es mir erst kürzlich mitgeteilt. Dem Abg. Lippmann erwidere ich, daß sich unsere Berechnungen über die Rentabilität immer als durchaus richtig erwiesen haben und wir werden deshalb auch weiter an unserer Methode festhalten. (Sehr richtig! rechts.) Selbst der Ausschuß für den Ostkanal hat erklärt, sein Projekt bis nach dem Kriege zurückzustellen. Die Wasserbauarbeiter leben zumeist in rein ländlichen Gegenden und daher bleiben ihre Löhne hinter denen der Eisenbahnarbeiter etwas zurück; wo die Zahl dieser Arbeiter groß genug ist, sind Ausschüsse eingerichtet. Ich habe nicht gesagt, daß die Regierung auf ein Elektrizitätsmonopol hinsteuert, sondern nur sagen wollen, daß

in steigendem Maße staatliche Elektrizitätswerke

errichtet werden sollen, die den Strom so billig liefern werden, daß daraus für die Allgemeinheit erhebliche Vorteile erwachsen. Wir müssen unsere Wasserkräfte in erhöhtem Maße der Elektrizitätserzeugung nutzbar machen. Ein solches Projekt für den Oberrhein hat das Reich unter seinen Schutz genommen.

Ministerialdirektor **Symyher** erklärt, daß auch unabhängig von dem Talsperrenunglück in Böhmen die Stauwerke und Talsperren alljährlich genau untersucht werden. Natürlich kann nicht die Gewähr dafür übernommen werden, daß ein solches Unglück keinesfalls vorkommt, aber es geschieht alles, was in unserer Kraft steht, um ihm vorzubeugen.

Abg. **Hue** (Soz.):

Die Entwickelung der Elektrizitätsindustrie macht ein Eingreifen der öffentlichen Gewalt unabweisbar. Einfach liegen die Verhältnisse natürlich nicht. Es ist bereits zu einer Vertrustung der Elektrizitätsindustrie gekommen und es ist nicht zu verkennen, daß die großen Firmen einen erheblichen Druck auf die kleinsten Abnehmer und auch auf die Handwerker, die bei der Installation usw. beschäftigt sind, ausüben. Uns ist es gleich, ob die Konservativen aus agrarischen Interessen heraus für die Verstaatlichung dieser Industrie eintreten, für uns handelt es sich nur um die Sache und da sind wir allerdings der Ansicht, daß der Staat diese Industrie monopolisiert, ehe die

privatwirtschaftliche Verwüstung

dieser so außerordentlich wichtigen und zukunftsreichen Industrie so weit fortgeschritten ist, daß es für ein Eingreifen des Staates zu spät ist. Für die Besteuerung dieser Industrie käme allerdings das Reich in Frage. Daß wir allen Vorlagen zur Förderung des Verkehrs mit großer Sympathie gegenüberstehen, ist selbstverständlich. Wir haben auch die Unterlassung des Baues des Mittellandkanals seinerzeit in der Presse aufs lebhafteste bekämpft — im Hause waren wir damals noch nicht. Alles, was hier über Ausbau von Wasserstraßen angeführt worden ist, findet unsere volle Unterstützung. Man sollte sich dabei weniger von der Erwägung leiten lassen, daß dadurch vielleicht privatwirtschaftliche Interessen verletzt werden, sondern man sollte mehr die gemeinwirtschaftlichen Interessen berücksichtigen. Die Verbindung der Donau mit dem Rhein wäre auch weltpolitisch sehr bedeutsam, sie soll uns den Balkan erschließen. Eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist ferner eine Ausdehnung des staatlichen Schlepp- und Transportmonopols auf alle dafür geeigneten Wasserstraßen, sonst bekommen wir auch hier ein Privatmonopol. Das liegt zweifellos auch nicht im Interesse der Kleinschiffahrt, deren Einspruch der Minister erwähnte. Die Klagen der Kleinschiffahrt auf den märkischen Wasserstraßen über die Zurückdrängung ihrer Existenz durch die Großreedereien sind bekannt. Ich bin natürlich nicht gegen den technischen Fortschritt, aber man sollte die elementare Kraft des Großkapitals sich nicht ungehindert austoben lassen, sondern man sollte sie bändigen und in ein

gemeinwirtschaftliches Strombett

leiten. Noch ist es Zeit, ohne große Ablösungssummen die gemeinwirtschaftlichen Interessen auf diesem Gebiete wahrzunehmen. Die Binnenschiffahrt bedarf vor allem tüchtiger, leistungsfähiger Beamten und Arbeiter. Leider sind die Gehälter und Löhne viel zu gering. An Wasserbauarbeiter werden heute noch Löhne von 3,50 bis 4 Mark gezahlt. Mit solchen Löhnen kann man heute keine tüchtigen, leistungsfähigen Kräfte heranziehen. Die Anfangslöhne der Bootsleute in den Staatsbetrieben Duisburg-Ruhrort betragen 95 M. bis 115 M. (Hört, hört! b. d. Sozialdemokraten.) Bei siebentägiger Arbeitsverpflichtung kommt etwa ein Lohn von 40 Pf. pro Stunde für diese Arbeiter heraus. (Hört, hört!) Die Organisation der in der Elbe- und Oderschiffahrt beschäftigten Schiffsmannschaften hat im vorigen Frühjahr in einer Resolution betont, daß der Mangel an Mannschaften auf die niedrige Entlohnung und auch auf die schlechte Lebensmittelversorgung dieser Schiffsmannschaften zurückzuführen ist. Ueberflüssig sind die außerordentlich zahlreichen Dienstanweisungen, die z. B. die Strombauverwaltung in Duisburg-Ruhrort erlassen hat. In einer solchen Anweisung ist bis in die kleinsten Einzelheiten genau vorgeschrieben, wie

das Grüßen der Vorgesetzten

zu erfolgen hat. (Hört, hört! b. d. Sozialdemokraten.) Was für einen Eindruck solche Anweisungen auf die spottlustigen Rheinländer machen, kann man sich denken. Ich brauchte diese Dinge hier nicht vorzubringen, wenn es möglich wäre, die Wünsche der Arbeiter anderswo zu vertreten. Aber die großen Arbeitgeber der Binnenschiffahrt lehnen im Gegensatz zu dem Bund der kleinen und mittleren Schiffsbesitzer es ab, über Lohnfragen usw. mit der Organisation der Schiffsmannschaften zu verhandeln. Ja, diese Arbeitgeber haben es sogar abgelehnt, mit den Vertretern der Binnenschiffahrtsorganisation über die Frage der Neueinstellung und Verwendung von Kriegsbeschädigten zu verhandeln. (Hört, hört! b. d. Sozialdemokraten.) Und in den Wasserstraßenbeiräten, die auch über die soziale Fürsorge für die schiffahrttreibende Bevölkerung zu bestimmen haben, sitzen lauter Kommerzienräte, Bergräte, Geheime Oekonomieräte usw., aber kein einziger Vertreter der Arbeiter oder auch des Kleingewerbes. (Hört, hört! b. d. Sozialdemokraten.) Dasselbe gilt übrigens für die Landeseisenbahnbeiräte. Fällt diese, meine Anregung auf Zuziehung von Arbeitervertretern zu diesen Beiräten auf fruchtbaren Boden, so werde ich meine Klagen über Lohnverhältnisse und dergleichen das nächste Jahr nicht wieder hier vorzubringen brauchen. (Beifall b. d. Sozialdemokraten.)

Unterstaatssekretär **v. Coels zur Brügghen** sagt zu, daß die Löhne der Wasserbauarbeiter denen der Eisenbahnarbeiter örtlich angepaßt werden sollen.

Abg. **Graf Moltke** (fk.): Unsere Binnenwasserstraßen hätten schon früher mehr ausgebaut werden müssen. Die Zeit für einen gründlichen Fortschritt auf dem Gebiete der Wasserstraßen ist gekommen. Das Netz muß weiter ausgebaut werden. Es muß eine große Verbindung von Osten nach Westen und eine solche von Norden nach Süden geschaffen werden.

Damit schließt die Debatte; der Etat wird bewilligt.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Dienstag, 11 Uhr. (Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung.)

Schluß: 4½ Uhr.

Aus der Partei.

Der schwedische Parteitag gegen die „Jungen".

1K. Der 10. Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens wurde am 12. d. M. im großen Saale des Volkshauses zu Stockholm eröffnet. Der Parteitag zählt 220 Teilnehmer, darunter 8 Delegierte aus Norwegen, die Abgeordneten A. Buen, Magnus Nilsson und Ole O. Lian, und ein Vertreter der dänischen Arbeiterpartei, der Minister Stauning.

Die Tagesordnung des Parteitages enthält 40 Punkte, worunter eine Reihe Fragen von großer Bedeutung sind: Stellungnahme zur Wiederherstellung der Internationale, sowie mehrere Fragen des Parteiprogramms: die Alkoholfrage, die Bodenfrage u. a. m. Unter den sogenannten verschiedenen Anträgen befinden sich auch die Fragen bezüglich der belgischen Reise (die Reise einiger nordischer sozialdemokratischer Parlamentarier nach Deutschland und Belgien), Generalstreik und Sabotage, sowie eine Anzahl der Agitation geltender Vorschläge.

Von den am ersten Tag gefaßten Beschlüssen sind zu nennen: Den im vorigen Jahre aus der Partei ausgeschlossenen sogenannten Aktivisten, Professor Steffen, Dr. Ivgve Larsson und Aktuar O. Järte soll Gelegenheit gegeben werden, den Verhandlungen des Parteitages über den diesbezüglichen Beschluß des Parteivorstandes beizuwohnen.

Die wichtigste Frage des Parteitages: „Das Verhältnis zwischen Partei und Jugendverband", gelangte am zweiten Tage zur Verhandlung.

Nach zweitägiger scharfer Debatte über das „Verhältnis zwischen Partei und Jugendverband" siegte der Antrag des Parteivorstandes mit 136 gegen 42 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen. Dieser lautet:

Der Parteitag fordert, daß der erste nach ihm tagende Kongreß des sozialdemokratischen Jugendverbandes folgendes beschließe:

1. Widerruf der vom Jugendkongreß 1914 gegen die sozialdemokratische Reichstagsgruppe gerichtete unbegründete Beschuldigung, daß sie in wesentlichen Punkten sich vom Parteiprogramm entfernt habe.
2. Widerruf des Beschlusses von 1914 bezüglich eines Sondervorgehens bei Reichstagswahlen.
3. Unveränderte Annahme der sozialdemokratischen Einigkeitsresolution, worin erklärt wird, daß der Jugendverband bereit ist, die Tätigkeit der Partei in voller Uebereinstimmung mit den von der Partei und ihren Unterfektionen gefaßten Beschlüssen bei allen Gelegenheiten zu fördern.

„Der Kongreß will durch Aufstellung dieser Bedingungen die führenden Männer der Jugendbewegung auf eine entscheidende Probe bezüglich ihres Willens zur Parteilegalität stellen. Wollen sie sich diesen Bedingungen des Parteitages nicht fügen, **so haben sie sich damit nach Ansicht des Parteitages selbst außerhalb der Partei gestellt**, ein Zustand, den der Parteivorstand, falls es für notwendig erachtet wird, durch **Entziehung ihrer Parteimitgliedschaft** bis zum nächsten Parteitag formell zu bestätigen hat."

Nach diesem Beschluß muß es in der nächsten Zeit in Schweden zu einer reinlichen Scheidung zwischen der Sozialdemokratie und den im Jugendverbande organisierten halb- und ganzanarchistischen Elementen kommen.

Als Antwort auf die Erklärung des Parteivorstandes, die wir in Nr. 47 des „Vorwärts" veröffentlichten, versenden Rob. Wengels und Luise Zietz eine längere Erklärung an die Parteipresse, in der sie dem Parteivorstand das Recht zu seinem Beschluß auf Ablehnung eines weiteren Zusammenarbeitens bestreiten. Im übrigen wiederholen sie in der Hauptsache ihre bekannten Auffassungen zu den die Partei bewegenden Streitfragen. Neu ist nur folgender Satz:

Ein Gewissenszwang schlimmster Art, eine Unterdrückung der Meinungsfreiheit und Ueberzeugungstreue, eine Verleitung zur Unwahrhaftigkeit ist es, von uns zu verlangen, unsere Erklärung vor Gericht im Sinne der Vorstandsmehrheit, d. h. entgegen unserer Ueberzeugung abzugeben. Wir müßten jeder Selbstachtung bar sein, hätten wir uns diesem Ansinnen gefügt."

Hierzu teilt uns der Parteivorstand mit:

„In einer Erklärung der Gen. Wengels und Zietz, auf die wir im übrigen mit keinem Wort einzugehen für erforderlich halten, wird die Behauptung aufgestellt, es sei von ihnen verlangt worden, vor Gericht Erklärungen gegen ihre Ueberzeugung abzugeben.

Das ist vollkommen unwahr! Es ist im Gegenteil ausdrücklich in den Sitzungen des Parteivorstandes wiederholt erklärt worden, daß jeder Beklagte, der zu Erklärungen vor Gericht veranlaßt werde, diese selbstverständlich nach seiner ehrlichen Ueberzeugung abgeben müsse.

Um allen Versuchen, den Tatbestand zu trüben, die Spitze abzubrechen, sei noch einmal folgendes festgestellt:

Der Parteivorstand wurde verklagt. Aus formellen Gründen ging das nur in der Form, daß gegen jedes einzelne Mitglied Klage erhoben wurde. Auf Grund eines ordnungsgemäß gefaßten Beschlusses wurde ein Rechtsanwalt mit der Vertretung des Parteivorstandes beauftragt. Dem fügten sich die beiden Genannten nicht, bestellten vielmehr für sich einen besonderen Anwalt, der sie im Sinne der Kläger gegen den Parteivorstand vertritt."

Die Schicksalsstunde der Partei.

Der Bezirksvorstand für die Provinz Pommern erläßt einen Aufruf, in dem die Zugehörigkeit zur Arbeitsgemeinschaft für unvereinbar mit der Mitgliedschaft zur sozialdemokratischen Partei erklärt wird. Genossen, welche sich mit den Beschlüssen der Sonderkonferenz einverstanden erklären, können nicht zugleich Mitglied in einer auf dem Boden der Gesamtpartei stehenden Organisation sein. Die Organisationsleitungen werden ersucht, Stellung zu dem Aufruf des Parteivorstandes zu nehmen.

Der sächsische Landesvorstand wendet sich in einem längeren Aufruf an die Parteigenossen und Parteigenossinnen Sachsens, aus dem wir folgenden Absatz hervorheben:

Nicht ist es der Zweck unseres Vorgehens, die Meinungen der Opposition zu unterdrücken. Nur gegen die Zerstörer der Parteieinheit muß sich der Wille der Partei wenden. Und in diesem Sinne mahnen wir die Genossen und Genossinnen, nach wie vor der Partei die Treue zu halten. Ein schmerzlicher, aber unvermeidlicher Gesundungsprozeß ist es, den wir jetzt erleben. Sorge jeder dafür, daß er schnell vorübergehe und daß der Arbeiterklasse und den im Felde sich aufopfernden Klassengenossen eine einige, schlagkräftige Partei erhalten werde. Eine solche Partei ist in den schweren und zweifellos kämpferischen Zeiten, denen wir entgegengehen, für die Arbeiterklasse eine Lebensnotwendigkeit.

Eine außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Königsberg i. Pr. beschäftigte sich am Sonntag mit der Frage des Parteistreites. Es referierten Genosse Braun-Berlin und der Abgeordnete des Kreises, Haase. Die Versammlung stellte sich mit 337 gegen 110 Stimmen auf den Boden der Arbeitsgemeinschaft.

Aus Groß-Berlin.

Weitere Fettstoffverminderung in Sicht!

Von sachverständiger Seite wird uns geschrieben:

Das Landesfleischamt ist vor wenigen Tagen mit einer Verordnung über Erhöhung der Preise für Kälber und Schweine hervorgetreten. Die Landesfleischstelle begründet ihre Maßnahme mit Rücksichten auf die Milchversorgung. Leider scheint jedoch nach den bisherigen Erfahrungen eine Besserung hierdurch allein nicht gewährleistet.

Da nach der neuen Verordnung ein Einheitspreis für Kälber festgesetzt ist, also der Landwirt für ein Kalb mit wenig Fleisch denselben Grundpreis bekommt wie für ein schwereres, so wird bei dieser Preisabmessung allerdings dem Landwirt der Anreiz genommen Milch an die Kälber zu verfüttern und die Kälber erst noch besonders heranzumästen. Die Milch, die hierdurch erspart werden könnte, dürfte unseres Erachtens keinesfalls für die Bevölkerung gereitet sein. Auf der anderen Seite ist nämlich ein ganz besonderer Ansporn geschaffen, diese Milch zur Aufzucht von Schweinen zu verwenden, denn die neue Preisgestaltung für Schweine beseitigt die nach den Gewichtsklassen bis 60 Kilogramm, 60—70 Kilogramm, 70—80 Kilogramm, 80—90 Kilogramm bemessenen früheren Preisklassen, und stellt den Grundpreis aller dieser Klassen mit dem Grundpreis der Gewichtsklasse von 90—100 Kilogramm gleich. Nachdem also hierdurch für Schweine im Gewicht von 100 Pfund bis zum Gewicht von 180 Pfund — obendrein noch nach nicht unerheblicher Preiserhöhung — der gleiche Grundpreis festgesetzt ist, wird dem Mäster an der Aufzucht von schweren Schweinen wenig mehr gelegen sein; erhält er doch für ein Schwein von 100 Pfund genau den gleichen Grundpreis wie für ein Schwein von 200 Pfund. Gerade zur Lieferung nur leichter Läuferschweine wird hierdurch in besonderem Maße angereizt, und um schnell Ferkel und Läuferschweine aufzuziehen und letztere auf ein Gewicht von nur wenig über 100 Pfund zu bringen, wird, so ist zu befürchten, nunmehr die bei den Kälbern ersparte Milch verwendet werden.

Es darf auch nicht außer Betracht bleiben, daß durch das Schlachten der geringwichtigen Schweine außerdem eine erhebliche Minderung an Fettstoffen die Folge sein wird. Da sich die Staffelung der Viehpreise im Interesse der Erzeuger und Konsumenten bewährt hat, scheint uns die durch das Landesfleischamt vorgenommene Preiserhöhung und Gleichmacherei gefährlich, und man kann nur wünschen, daß in Anlehnung an die früheren Preisfestsetzungen eine Preisbemessung unter Zugrundelegung der bisher geltenden Gewichtsklassen erfolgt.

Gegen die neue Preiserhöhung sprechen aber auch andere Momente. Werden, wie zu erwarten steht, nunmehr nur Tiere von geringem Gewicht geliefert werden, so wird die Folge sein, daß die für Groß-Berlin bestimmte Viehmenge wieder bei weitem nicht ausreicht, um die Wochenkopfmenge an Fleisch zur Verteilung zu bringen. Schon heute halten sich die Schlachtgewichte beträchtlich hinter den vom Landesfleischamt für die Bemessung der wöchentlichen Fleischzuteilung zugrunde gelegten durchschnittlichen Schlachtgewichtszahlen.

Wenig verständlich erscheint es schließlich, daß die Verordnung über die Preiserhöhung bei Kälbern und Schweinen zu derselben Zeit erfolgt, wo die von dem Kriegsernährungsamt grundsätzlich gebilligten Vorschläge der Hochschulprofessoren veröffentlicht werden. Diese auf Grund eingehender sachlicher Beratung aufgestellten Vorschläge reden aber gerade einer Verbilligung des Fleischpreises das Wort.

Massenunterbringung von Stadtkindern aufs Land.

Auf der Tagung des „Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege", die am Sonnabend in Berlin stattfand (wir kommen auf die Verhandlungen noch in einem Bericht zurück), wurde als Gegengewicht gegen die Einwirkungen des Krieges auf die Gesundheit der Jugend mehr Landaufhalt für Schulkinder gefordert. Der Schöneberger Stadtmedizinalrat Rahnow teilte mit, daß jetzt geradezu eine „Massendeportation von Schulkindern aufs Land" geplant sei, die kränklichen Kindern der drei oberen Volksschulklassen einen mehrmonatigen Landaufenthalt ermöglichen solle. Man erwarte davon eine Entlastung der Ernährungsschwierigkeiten für die Stadt, eine bessere Ernährung der aufs Land gebrachten Kinder und möglicherweise auch eine Hilfe für die Landwirtschaft, da die Kinder sich noch mit Nutzen für ihre Gesundheit an leichteren Landarbeiten beteiligen könnten. Wahrscheinlich werde schon in den nächsten Tagen eine umfassende Organisation für Groß-Berlin ins Leben treten, die diesem Zweck dienen solle und hoffentlich Nachahmung in anderen Großstädten finden werde.

Das Essen war wieder mal — „alle geworden".

Warum kommt es bei der Berliner Volksspeisung immer wieder vor, daß die in den Ausgabestellen bereitgehaltenen Speisenmengen nicht für alle angemeldeten und bereits wartenden Teilnehmer reichen? Die Entschuldigung, den Küchen sei die Anlieferung nach den Ausgabestellen durch Schneefälle und Verkehrsstörungen erschwert, kann ja längst nicht mehr gelten. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß eine der Hauptursachen in der zu weit gehenden Zentralisierung liegt, in der Einrichtung, für die ganze Stadt nur acht Küchen zu betreiben und das weitverzweigte Netz der 62 Ausgabestellen von da aus zu versorgen. Wenn man aber hört, daß sogar in einer Ausgabestelle, die einer Küche angegliedert ist, das Essen nicht gereicht hat, dann ist wohl die Annahme erlaubt, daß es auch an der nötigen Umsicht fehlt. Am Sonntag mußte in der Pücklerstraße bei der mit einer Küche verbundenen Ausgabestelle den vielen um 1/2 2 noch wartenden Essenholern die unangenehme Mitteilung gemacht werden, daß sie einstweilen sich noch weiter gedulden sollten, weil die ganze zubereitete Speisenmenge — es gab weiße Bohnen — schon verteilt sei. Zunächst hieß es, die Küche in der Naglerstraße werde Essen drüberhaben, so daß sie davon nach der Pücklerstraße liefern könne. In der Naglerstraße scheint aber dann doch nichts drübergewesen zu sein, so daß man in der Pücklerstraße sich entschließen mußte, noch Nudeln zuzubereiten, die keine Zuputzarbeit kosten und auch in nur zu langer Zeit gar werden. Wie ist es möglich, daß immer wieder trotz Vormeldung der Teilnehmer das Essen für so viele fehlt? Eine Leserin schreibt uns, daß am Sonntag vor acht Tagen auch sie bei der Ausgabestelle in der Zebdenicker Straße das durchzumachen hatte! Mit Recht bezweifelt sie, daß etwa durch reichliche Bemessung der ausgeteilten Portionen so viel verlan worden sein könnte, wie zur Befriedigung der noch wartenden wohl 100 Personen (die vermutlich 2—300 Portionen holen wollten) erforderlich gewesen wäre. Bei derselben Ausgabestelle ist es in den letzten Wochen recht oft vorgekommen, daß Essenholer übermäßig lange ausharren mußten, weil entweder die Speisen von vornherein mit Verspätung ankamen oder der gelieferte Vorrat nicht für die angesammelte Teilnehmermenge ausreichte und die Nachlieferung sich verzögerte. Die Einsenderin der Beschwerde hebt hervor, welche Geduldproben in der bitteren Kälte der letzten Wochen von den Frauen geleistet worden seien und wie schwer sie selber infolge ihrer Kränklichkeit dabei gelitten habe.

Scharfe Maßnahmen gegen unerlaubte Fleischabgabe.

Das Kriegswucheramt teilt mit: Die von Beamten des Kriegswucheramts vorgenommenen Beobachtungen von Berliner Gastwirtschaften ergaben am Freitag, den 9. Februar, daß in dem Restaurant „Gambrinus", Berlin, Johannisstr. 21, Fleischspeisen an Stammgäste abgegeben wurden, obwohl nach den gesetzlichen Bestimmungen die Abgabe von Fleisch am Freitag verboten ist. Auch wurden diesen Gästen Fleischmarken nicht abgenommen. Die sofort von den Beamten des Kriegswucheramts angestellte Untersuchung ergab, daß der Inhaber des Restaurants, Gastwirt Karl Peters, in großen Mengen Fleisch aufgekauft hatte, das aus unerlaubten Schlachtungen stammt. Da Peters durch dieses Geschäftsgebahren dazu beitrug, die gleichmäßige Verteilung des zur Verfügung stehenden Fleisches an die Bevölkerung zu beeinträchtigen, wurde er durch das Kriegswucheramt sofort in Haft genommen und der Staatsanwaltschaft zugeführt, die ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet hat. Außerdem hat das Kriegswucheramt auf Grund der Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel dem Peters den Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere aber die Abgabe von Speisen und Getränken in Gastwirtschaften untersagt. Peters hat demzufolge am 15. Februar das Restaurant schließen müssen.

Mißbräuchliche Verwendung von Bezugscheinen.

Auf der Rückseite jedes Bezugscheines für Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren ist zu lesen: „Mißbräuchliche Verwendung des Bezugscheines, insbesondere seine Uebertragung und die Verwendung für eine andere Person, als die, für die er ausgestellt ist, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 15000 M. bestraft." Außerdem ist bei derartigen Verstößen noch die Schließung von Betrieben angedroht. Trotz dieser scharfen Strafandrohung kommt es noch immer vor, daß Bezugscheine in unlauterer Weise Verwendung finden. Das Kriegswucheramt sieht sich deshalb genötigt, Bezieher und Verkäufer vor Schiebungen mit Bezugscheinen eindringlich zu warnen und bringt als abschreckendes Beispiel für die Verkäufer folgenden Fall zur öffentlichen Kenntnis:

Die Inhaberin zweier Kleinhandelsgeschäfte mit Web-, Wirk- und Strickwaren, Frau Martha Gardels, Berlin, Beusselstr. 76, und Charlottenburg, Touroggener Str. 10, hat in einer großen Anzahl von Fällen die von ihren Kunden bei ihr eingereichten Bezugscheine nicht ordnungsmäßig entwertet und abgeliefert, sondern sie noch einmal für sich selbst bezw. für ihre Geschäfte benutzt. Sie kaufte in Konkurrenzgeschäften, in denen sie unbekannt war, auf die schon benutzten Bezugscheine, die alle hätten zur Entwertung kommen müssen, von neuem Waren für ihr Geschäft ein. Es ist festgestellt worden, daß sie diese Waren mit einem Gewinn, der in einem Falle (wucherisch) mehr als 70 Prozent betrug, weiter verkauft hat. Auf Veranlassung der Reichsbekleidungsstelle sind der Frau Gardels beide Geschäfte durch das Kriegswucheramt geschlossen worden. Frau Gardels wird sich außerdem vor Gericht wegen mißbräuchlicher Verwendung von Bezugscheinen und wegen Kriegswuchers zu verantworten haben. Sie hat sich durch die groben Verstöße gegen die Bundesratsverordnung nicht nur strafbar gemacht, sondern unter Umständen auch ihre Existenz vernichtet.

Die Neuregelung der Kuchenfrage.

Am Mittwoch, den 21. d. M., tritt kurz nach der Einführung des Großbrots auch die Neuregelung der Kuchenfrage in Kraft. An die Stelle der zahllosen, die Uebersicht und Kontrolle erschwerenden Arten von Kuchen und Torten treten nur wenige Sorten. Es dürfen in Zukunft nur Stolle, Teekuchen, Obstkuchen, Königskuchen und gefüllte Torte, diese mit Frucht- oder mit Schaumfüllung hergestellt und abgegeben werden. Für jede dieser Sorten ist ein mit Hilfe von Sachverständigen festgestelltes Rezept vorgeschrieben. Desgleichen sind Höchstpreise für jede Sorte festgesetzt und zwar sowohl für Abgabe der Kuchen im ganzen, wie für die Abgabe in Stücken. In Ausschanklokalen dürfen bestimmte Zuschläge erhoben werden. Es wird hierfür auf die amtliche Bekanntmachung verwiesen. Abgesehen von dem Teekuchen, der in beliebigen Mengen, aber wie der andere Kuchen nur nach Gewicht verkauft werden kann, dürfen nur Stücke von je 50 Gramm oder einem Vielfachen davon abgegeben werden. Ein Preisaushang, der in jeder Kuchenverkaufsstelle angebracht werden muß, gibt auch dem Publikum die Möglichkeit, sich von der Einhaltung der vorgeschriebenen Preise jederzeit zu überzeugen.

Zwangsentladung von Massengütern.

Das Oberkommando in den Marken hat die Möglichkeit der Zwangsentladung und Zwangszuführung nicht rechtzeitig entladener Massengüter auf alle Eisenbahnanlagen des Befehlsbereichs, das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg, ausgedehnt. Alle Wagenladungen, die innerhalb der eisenbahnseitig festgesetzten Entladefrist von den Empfängern nicht entladen wurden, sind auf Kosten der Empfänger zwangsweise zu entladen und zuzuführen. Daneben heißt es für die in der Verordnung vom 28. Dezember 1916 genannten Bahnhöfe in Berlin und Umgegend bei der Anordnung, daß bereits entladebereit gestellte Wagen nach anderen Berliner Bahnhöfen nur mit Genehmigung der Eisenbahn weitergesandt werden dürfen. Die Bekanntmachung trat mit dem 19. Februar in Kraft.

Das Oberkommando und die Kohlenversorgung. In einer Besprechung über die Kohlenversorgung Groß-Berlins sind dem Oberkommando in den Marken aus den Kreisen der Hausbesitzer Vorschläge gemacht worden, die auf eine Streckung der Kohlenvorräte abzielten. Das Oberkommando hat zu diesen Vorschlägen keine Stellung genommen. Eine Verschiebung in den bisher bestehenden Rechtsverhältnissen zwischen Mieter und Hausbesitzer steht somit nicht in Aussicht. Seitens des Oberkommandos sind hingegen Feststellungen über die in Groß-Berlin vorhandenen Kohlen- und Koksvorräte sowie Maßnahmen über die Möglichkeit einer vermehrten Zufuhr und einer erhöhten Bereitstellung des hiesigen Kokses für Groß-Berlin in die Wege geleitet; ferner werden die Versuche erneut aufgenommen werden, nachts mit Hilfe der Straßenbahn Kohlentransporte von den Bahnhöfen zu den Kohlenlagerplätzen zu befördern.

Die Fahrplanänderungen im Personenverkehr kommen mit dem 20. Februar zu einem gewissen Abschluß. Weitere Einschränkungen darf man im allgemeinen nicht mehr erwarten. Im Gegenteil dürfte, wie wir hören, ein gewisser Teil der ausgefallenen Züge nach und nach wieder in Verkehr gesetzt werden. Einzelne Direktionen, wie Saarbrücken, haben diese Züge auch bereits in ihren neuen Fahrplan vom 20. mit dem Vermerk, daß sie vorerst nicht verkehren, aufgenommen. Auch im Fahrplan von Köln stehen sie, werden aber nachträglich als vorübergehend ausfallend bezeichnet. Die Schnell- und Eilzüge, die gegen den Fahrplan vom 10. Januar bis zum 20. ausgefallen sind, sind nur zum Teil in den Anzeigen der Direktionen im einzelnen angegeben und waren dort nur im allgemeinen angekündigt. Ausgefallen sind u. a. aus Berlin Lehrter Bahnhof 8.40 vm. nach Hamburg, 6.50 nm. nach Kiel; Anhalter Bahnhof 8.05 vm. nach Stuttgart, 6.22 nm. nach Leipzig; Stettiner Bahnhof 7.13 vm. nach Stralsund; Bahnhof Friedrichstraße 7.50, 11.11 vm., 2.47, 11.20 nm. nach Köln; Potsdamer Bahnhof 12.35 und 8.44 nm. nach Köln.

Wir können nur wiederholt allen Reisenden empfehlen, sich rechtzeitig vor der beabsichtigten Abreise zu vergewissern, ob und wann ihr Zug fährt, was aus den Tafeln auf den einzelnen Bahnhöfen zu ersehen ist.

Die Stadt Berlin und die Aerzte. Zwischen den Berliner Aerzten und der städtischen Verwaltung des Berliner Rettungswesens sind abermals Differenzen entstanden. Die Aerzte fordern eine höhere Vergütung für ihre Bemühungen und begründen sie mit erhöhten Leistungen, der Teuerung und anderen veränderten Zeitumständen.

Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder". Der neugegründete Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder", E. V., dessen Vorsitzender Oberbürgermeister Dr. Scholz (Charlottenburg) ist und dessen Geschäftsstelle sich Berlin W 9, Potsdamer Str. 134a, befindet, hat bereits vor einiger Zeit zu einer im Anschluß an den 5. Landfrauentag, am nächsten Mittwoch, 21. Februar, vormittags 11 Uhr, in einem Saale des Abgeordnetenhauses stattfindenden Versammlung Einladungen ergehen lassen. Es werden sprechen: Prof. v. Mettenheim (Frankfurt a. M.) über: „Großstadtkinder auf dem Lande", Landrat v. Thadden-Trieglaff über: „Was wir wollen". Alle Freunde sozialer Bestrebungen sind willkommen. Der Eintritt ist frei.

„Der wahre Jakob" Nr. 3 ist soeben eingetroffen und gelangt heute zur Ausgabe.

Erfrorene Kartoffeln nutzbar zu machen. Die „Mitteilungen aus dem Kriegsernährungsamt" schreiben: Es herrscht in vielen, insbesondere Verbraucherkreisen, die Auffassung, daß erfrorene Kartoffeln für menschliche Ernährung ungeeignet seien; in vielen Haushaltungen werden erfrorene Kartoffeln einfach weggeworfen. Die Auffassung, daß erfrorene Kartoffeln nicht mehr genießbar gemacht werden können, ist irrig. Die erfrorenen Kartoffeln sind bis zum Verbrauch kalt zu lagern, damit sie unter keinen Umständen auftauen. Sie werden vor dem Verbrauch 12 bis 20 Stunden (je nach dem Grad der Gefrierhärte) hindurch in kaltes Wasser gelegt, das zweckmäßigerweise erneuert werden kann. Sie dürfen dann nicht geschält werden, sondern werden in der Schale gekocht. Durch diese Behandlung verlieren die Kartoffeln ihren süßen Geschmack und sind nicht erfrorenen Kartoffeln durchaus gleichwertig.

Die Hundesperre ist wieder über den Stadtkreis Berlin verhängt worden. Maulkorb- und Leinenzwang herrschen bis zum 9. Mai in dem Gebiet, das im Norden durch die Ringbahn, im Osten durch die Thaerstraße, den Baltenplatz, die Petersburger Straße, den Helsingforsplatz, die Warschauer Straße und die Warschauer Brücke, im Süden durch die Stadtbahn und im Westen

durch die Neue Promenade, das Rosenthaler Tor, die Rosenthaler Straße und die Brunnenstraße begrenzt wird. Für das übrige Gebiet des Stadtkreises ist nur der Maulkorbzwang angeordnet worden.

Pakete an Kriegs- und bürgerliche Gefangene in England, Portugal und deren Besitzungen werden von den Postanstalten wieder zur Beförderung angenommen.

Selbstmordfälle. Schwermut über die Trennung von ihrem Manne hat einer 25 Jahre alten Frau aus der Königsberger Straße den Revolver in die Hand gedrückt. Sie ließ sich seit einigen Tagen nicht mehr sehen. Als man ihre Wohnung öffnete, fand man sie tot im Bette liegen. Sie hatte sich durch einen Schuß in den Mund getötet.

Ein 20 Jahre altes Dienstmädchen aus der Gitschiner Straße war des Diebstahls überführt und sollte sich demnächst vor dem Strafrichter verantworten. Aus Furcht vor der Strafe öffnete es in seiner Kammer den Hahn der Lampe und vergiftete sich mit Leuchtgas.

In ihrer Wohnung, die sie von innen verschlossen hatte, vergiftete sich mit Leuchtgas eine 59 Jahre alte Witwe am Oberbaum. Was sie zu dem Schritt veranlaßte, ist nicht bekannt.

Mit einer Schußwunde aufgefunden wurde auf der Veltener Chaussee, morgens, der 39 Jahre alte Arbeiter Emil Westphal aus der Linienstr. 42. Er gibt an, daß er in der Dunkelheit des Frühmorgens mit einem unbekannten Mann in Streit geraten und von diesem im Rücken angeschossen worden sei.

Aufhebung eines Damenspielklubs. Durch die Schöneberger Kriminalpolizei wurde am gestrigen Montag in einem Hause der Motzstraße ein Spielklub aufgehoben, dessen Angehörige ausschließlich Damen waren. Vormittags gegen 10 drangen Kriminalbeamte in die Räume ein und trafen 15 Damen beim verbotenen Spiel, die den sogenannten besseren und wohlhabenden Kreisen angehören. Alle mußten sich die Feststellung ihrer Persönlichkeit gefallen lassen, blieben aber auf freiem Fuß. Unter den Klubmitgliedern waren mehrere, die der Polizei als leidenschaftliche Spielerinnen bekannt sind.

Berliner Geldschrankknacker haben am Sonnabend eine erfolgreiche Gastrolle in Fürstenwalde an der Spree gegeben. Sie statteten der Hauptgeschäftsstelle des dortigen Konsumvereins in der Ackerstraße einen nächtlichen Besuch ab und erbrachen mit modernen Werkzeugen den Geldschrank. 6200 M. fielen ihnen in die Hände. Beim Verlassen des Grundstücks, wobei sie eine Mauer überklettern mußten, verlorent die Diebe einen Regenschirm.

Aus den Gemeinden.

Lebensmittelnachrichten aus Charlottenburg. In der laufenden Woche können 3 Pfund Kartoffeln entnommen werden. Außerdem werden auf einen Abschnitt 40 der Nahrungsmittelkarte zusammen 200 Gramm Mehl und auf Abschnitt 38 4 Pfund Kohlrüben abgegeben. Die bisherigen Kleinhandelspreise für Mehl bleiben bis zum 4. März bestehen.

Gewährung von Kriegswochenhilfe in Neukölln. Die Zahlung des erstmalig fällig werdenden Betrages der Kriegswochenhilfe erleidet vielfach dadurch eine unnötige und unliebsame Verzögerung, daß die Anträge erst geraume Zeit nach erfolgter Entbindung von den Wöchnerinnen gestellt werden. Um die rechtzeitige Zahlung der Wochenhilfe an die Anspruchberechtigten zweckentsprechend in jedem Falle sicherzustellen, liegt es im eigenen Interesse der Wöchnerinnen, sich möglichst frühzeitig Gewißheit darüber zu verschaffen, ob nach den bestehenden Grundsätzen (Bundesratsverordnung vom 3. Dezember 1914, 28. Januar 1915 und 23. April 1915) ein Anspruch auf Kriegswochenhilfe besteht und wo dieser gegebenenfalls geltend zu machen ist. Zu diesem Zwecke sind die Krankenkassenbücher sowie Arbeitsbescheinigungen des Mannes der letzten 12 Monate vor der Einberufung zum Heeresdienst und, falls vorhanden, auch die der Frau im Zimmer 541 des alten Neuköllner Rathauses, 2 Treppen, etwa zwei Monate vor der zu erwartenden Entbindung vorzulegen. Diese vorzeitige Erkundigung ist schon deswegen erforderlich, weil in den meisten Fällen noch Erhebungen anzustellen sind, die naturgemäß eine gewisse Zeit beanspruchen. Die obige Dienststelle gibt auch über alle sonstigen Fragen in Angelegenheiten der Kriegswochenhilfe jederzeit bereitwilligst Auskunft.

Neuköllner Lebensmittelnachrichten. In der laufenden Woche können vier Pfund Kartoffeln und sechs Pfund Kohlrüben entnommen werden. Die nichteingelösten Abschnitte der Kartoffelkarte vom 29. Januar bis 4. Februar können im Laufe dieser Woche in den städtischen Geschäften eingelöst werden, und zwar werden auf je fünf Abschnitte 40 zwei Pfund Kartoffeln, auf die zehn Abschnitte insgesamt also höchstens vier Pfund Kartoffeln abgegeben, auch an die Einwohner, die nicht in die Kartoffelkundenliste der städtischen Geschäfte eingetragen sind.

In nächster Zeit bringt die Stadt Fruchtkreude (Ersatz für Marmelade) durch die Kleinhändler zum Preise von 60 Pf. pro Pfund zum Verkauf.

Die Lebensmittelversorgung in Treptow-Baumschulenweg. Auf vielfache Klagen und Beschwerden von Einwohnern Treptow-Baumschulenwegs beschäftigte sich der Wahlvereinvorstand mit der ungenügenden Lebensmittellieferung durch die Gemeinde. Der Vorstand beauftragte den Gemeindevertreter Genossen Hartmann, alle diese Beschwerden dem Gemeindevorstand zu unterbreiten und dafür einzutreten, daß nach Möglichkeit Abhilfe geschaffen wird. Ein besonderer Antrag ging dahin, die Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft gleichmäßig wie alle übrigen Lebensmittelgeschäfte zu beliefern. Des weiteren wurde es als ein arger Mißstand empfunden, daß die Gemeinde Treptow die zur Verteilung gelangenden Lebensmittel nur im „Treptower Anzeiger" veröffentlicht, und dann so verspätet, daß vielfach die Ware bereits ausverkauft war, wenn der „Anzeiger" erschien.

Auf dem letzten gemeinsamen Zahlabend erstattete Genosse Hartmann Bericht über die gepflogenen Verhandlungen. Er bemerkte, daß der Gemeindevorstand die Klagen und Beschwerden anerkannt habe, und daß der Gemeindevorstand bestrebt sein wird, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß die Lebensmittel in ausreichendem Maße zur Verteilung gelangen. Aber berücksichtigt müsse auch werden, daß die Verhältnisse sich immer mehr dahin entwickelt haben, daß die meisten Lebensmittel dem freien Handel entzogen und die Gemeinde auf den Kreis-Lieferungsverband angewiesen ist. Der Gemeindevorstand sei aber trotzdem bestrebt, nebenher eine rege Geschäftstätigkeit zu entfalten und überall da, wo sich noch irgendwie ein Ankauf ermöglichen lasse, sofort zuzugreifen.

Die Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft werden wie alle übrigen Lebensmittelgeschäfte nach Vorlegung ihrer Kundenliste reichlich beliefert, und wenn einige Kunden Ware nicht erhalten, liege es an der Verteilung in den Verkaufsstellen. Die Veröffentlichung der zur Verteilung gelangenden Lebensmittel solle in Zukunft auch in einigen größeren Berliner Tageszeitungen erfolgen.

Lebensmittelabgabe in Treptow-Baumschulenweg. Auf die Kartoffelkarte werden in der laufenden Woche 3 Pfund Kartoffeln oder 600 Gramm Gebäck abgegeben, auf Abschnitt 10 vier Pfund Kohlrüben. Diejenigen Einwohner aus dem Ortsteil Baumschulenweg, die Kaffeemischung nicht erhalten haben, bekommen auf Abschnitt 8 125 Gramm Gerstenkaffee zum Preise von 48 Pf. pro Pfund. Die Voranmeldung für den Bezug muß bis heute abend erfolgen. Für den Berliner und mittleren Ortsteil gelangen auf Abschnitt 7 bis 2 Heringe zur Verteilung. Auch hier muß die Anmeldung für den Bezug bis heute abend erfolgt sein. Für den gesamten Ortsteil kann bis heute abend die Anmeldung für den Bezug von „Deutschem Kräutertee" erfolgen. Auf zwei Abschnitte 8 wird ein Paket von 50 Gramm zum Preise von 40 Pf. abgegeben. Außerdem gelangen noch in verschiedenen Geschäften Fische zum Verkauf und Muschelfleisch zum Preise von 1,40 M.

Von den Steglitzer Kriegsküchen. In der Kriegsküche Lauenburger Straße findet jetzt außer der Essenausgabe von 12—2 mittags eine zweite Ausgabe von 5—6 Uhr abends, jedoch nur wochentags, statt. Der Verkauf von Marken zur Abendspeisung findet Sonnabends nachmittags von 3—4 und Montags von 10—11 Uhr vormittags statt. Gegen Abgabe des Mittelstückes ihrer Speisekarte und Bezahlung sind die Teilnehmer zur Abendspeisung berechtigt, auch Sonntags mittags Essen in Empfang zu nehmen. Gelbe und rote Freimarken gelten nur mittags.

Obwohl die Kriegsküche Albrechtstraße durch Aufstellung neuer Kessel etwas leistungsfähiger geworden ist, bleibt doch die baldige Eröffnung der für den Südender Ortsteil geplanten neuen Küche dringend zu wünschen, um die erstere zu entlasten.

Von Teilnehmern der Kriegsküche Friesenstraße werden andauernd Klagen laut, daß das Essen wenig schmackhaft zubereitet sei. Leider geschieht nichts, um den Uebelstand zu beseitigen. Das ist um so bedauerlicher, als seit dem 15. d. Mts. eine allgemeine Preiserhöhung von 20 auf 25 Pf. eingetreten ist.

Lebensmittelversorgung in Weißensee. In der laufenden Woche werden 3 Pfund Kartoffeln und auf Abschnitt 5 der aufgerufenen Eierkarte ein Ei abgegeben. Außer Eiern kann auf jede Kaufberechtigungskarte bis zu 2 Pfund Muschelfleisch (a 1,15 M.) entnommen werden. Ferner gelangen zur Ausgabe auf Abschnitt 42 1 der Kartoffelkarte Haferfabrikate, das Pfund zu 44 Pf., 1 Pfund Graupen oder Grütze zu 30 Pf. Weiter sind anzumelden auf Abschnitt 48 n der Kartoffelkarte je 125 Gramm Teigwaren. Der Tag, an welchem die Verausgabung stattfindet, wird noch bekannt gemacht. In der Gemeinde-Verkaufsstelle gelangen außerdem Klippfisch und Rollheringe zum Verkauf.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Wahlhilfe für Spandau-Osthavelland.

Parteigenossen, die an den Sonntagen bis zur Wahl und am Wahltage

Mittwoch, den 14. März

helfen wollen, mögen sich melden im Wahlbureau oder Brandenburger Bureau. Beide

Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Das Wahlkomitee.

An die Wähler des 11. Landtagswahlbezirks!

Arbeiter, Angestellte, Gewerbetreibende und Staatsarbeiter, die bei der morgigen Wahlmänner-Ersatzwahl für die Erringung des Mandats durch einen auf dem Boden der Parteieinheit stehenden Kandidaten, den Genossen **Brunner**, Vorsitzenden des Eisenbahnerverbandes Deutschlands, tätig sein wollen, müssen sich rechtzeitig zur Wahl begeben. Um 8 Uhr abends wird der Wahlakt für die 3. Abteilung geschlossen, auch wenn noch Wähler im Wahllokal anwesend sind. Genau so verhält es sich mit der 2. Abteilung, die um 12 Uhr die Wahl beendigt.

Was steht auf dem Spiel?

Soll der 11. Landtagswahlbezirk den Zerstörern der Parteieinheit ausgeliefert werden, der Spartakusgruppe, die erklärte, nur in der Partei zu bleiben, um deren Politik auf Schritt und Tritt zu durchkreuzen, die offen erklärt hat, bei allen öffentlichen Wahlen den Parteikandidaten eigene Kandidaten entgegenzustellen? Nein, das darf nicht geschehen!

Unser Kandidat L. Brunner

ist Arbeiter, steht mitten im täglichen Kampf der Arbeiterklasse um ihre Rechte und Interessen. Er steht auf dem Boden der Parteieinheit. Der Leitstern seiner politischen Tätigkeit wird nur das Interesse der schaffenden Bevölkerung sein.

Laßt Euch durch hohle Phrasen nicht täuschen. Jeder Anhänger der Gesamtpartei weiß, daß damit nichts zu erreichen ist. Nur praktische, zielbewußte Arbeit im Parlament ist dem Volksinteresse förderlich. Das Parlament muß Männer des Volkes haben, die in praktischer Arbeit in politischer und gewerkschaftlicher Beziehung die Volksinteressen vertreten. Jeder Arbeiter und Angestellte muß seine Pflicht erfüllen und die Wahlmänner der sozialdemokratischen Partei wählen.

Auf zur Wahl! Durch Kampf zum Sieg!

Parteigenossen und -genossinnen! Stellt Euch am morgigen Wahltage restlos zur Verfügung; es gilt das altbewährte Banner der Sozialdemokratie hochzuhalten!

Das Zentralbureau

befindet sich bei **Jul. Sachse**, Lindower Str. 26, am Bahnhof Wedding. Telephon Moabit 1858. — Jeder finde sich dort am Mittwoch um 8 Uhr früh ein. Wer am Vormittag verhindert ist, komme um 2 Uhr nachmittags.

Wir bitten die Wähler, auf unsere **Stimmzettel** „Wahlmannskandidaten der Sozialdemokratischen Partei" zu achten.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Mit allen Mitteln der Verleumdung wird von Anhängern der Partei Arbeitsgemeinschaft der Wahlkampf im 11. Berliner Landtagswahlkreis geführt. Es ist u. a. das Gerücht ausgesprengt worden, daß der sozialdemokratische Landtagskandidat, Genosse Brunner, Streikbrecher gewesen sei. Dieser Schwindel sei nur als solcher festgenagelt. Ferner wird behauptet, daß der deutsche Eisenbahnerverband eine gelbe Organisation und Brunner deshalb „Obergelber" sei. Nur wer der modernen Arbeiterbewegung gänzlich fernsteht, kann auf dieses alberne Geschwätz hineinfallen.

Neukölln: Mitgliederversammlung. Donnerstag, den 22. Februar, abends 8½ Uhr, in den Passage-Festsälen, Bergstr. 151/152. Reichstagsabg. Schöpflin spricht über: „Die Schicksalsstunde der Partei". Parteigenossen und -Genossinnen, die ihre Mitgliedschaft zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aufrechterhalten wollen, werden um ihr Erscheinen ersucht. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Kaulsdorf-Biesdorf. Mittwoch, 21. Februar, abends 8½ Uhr, Fortsetzung der zweimal vertagten Mitgliederversammlung im Lokal von Hampel, Kaulsdorf, Hönowerstr. 5. In dieser Versammlung wird die Abstimmung über die fernere Zugehörigkeit unseres Bezirks zur Gesamtpartei bestimmt erfolgen. Alle Parteimitglieder sind deshalb dringend ersucht, pünktlich zu erscheinen. Die Bezirksleitung.

Lichtenberg. Mittwoch, den 21. d. M., abends 8½ Uhr: Zahlabend bei Pfoffenhöfer, Bismarckplatz 1. Bericht von der Kreiskonferenz; Aufnahmen und Ummeldungen von Mitgliedern werden entgegengenommen.

Gerichtszeitung.

Eine empfindliche Gefängnisstrafe verhängte die 1. Strafkammer des Landgerichts I über den Kaufmann Otto Schröder. Dem Angeklagten sowohl wie seiner Ehefrau war im Juni vorigen Jahres auf Grund seiner Unzuverlässigkeit verboten worden, sein Lebensmittelgeschäft weiter zu betreiben. Trotzdem wurde dort nach wie vor verkauft, allerdings unter der Angabe, daß das Geschäft nebst Warenlager in den Besitz eines anderen käuflich übergegangen sei. Das Gericht sah diesen Besitzwechsel nur als einen Scheinkauf und den angeblich neuen Inhaber nur als eine vorgeschobene Person an und das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe. Auf die Berufung des Staatsanwalts hielt die Strafkammer eine Geldstrafe für nicht ausreichend und erhöhte die Strafe auf sechs Monate Gefängnis.

Wegen Ueberschreitung der Höchstpreise für Roggen stand der Getreidehändler Emil Pleßner vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte hatte ein Roggenquantum, welches infolge eines Mühlenbrandes der Beschlagnahme nicht mehr unterlag, zu einem die Höchstpreise bedeutend übersteigenden Preise in einem Gemisch mit Mais weiter verkauft. Auf Grund dieses Geschäfts wurde er von der Strafkammer zu 5000 M. Geldstrafe verurteilt, das Urteil wurde jedoch vom Reichsgericht aufgehoben. Das Gericht kam aber jetzt wiederum zu einem Schuldig und erkannte abermals auf 5000 Mark Geldstrafe.

Aus aller Welt.

Zwei Mädchen durch Kohlengase erstickt. In Gribow bei Greifswald hatten zwei Schwestern, die neunzehnjährige Marie und die siebzehn Jahre alte Martha Hellmanzick, die gemeinsam ein Zimmer bewohnten, gegen Abend den Ofen tüchtig eingeheizt und wahrscheinlich zu früh geschlossen. In der Nacht entwichen Kohlengase, deren Einwirkung beide Mädchen erlagen. Morgens wurden sie tot in ihren Betten aufgefunden.

Einen Fontane-Abend veranstaltet der Deutsche Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde" am Mittwoch, den 21. Februar, abends 8½ Uhr pünktlich im Festsaal der Kotbuser Klause, Neukölln, Kotbuser Damm, Ecke Hermannstraße. Herr Professor Dr. Kolbe wird einen Vortrag halten über „Theodor Fontane, der Altmeister der märkischen Wanderer", während Herr Ulrich Werle des Dichters rezitieren wird. Freunde des Bundes sind bei freiem Eintritt freundlichst eingeladen.

Eingegangene Druckschriften.

Der Völkerzirkus unserer Feinde. Mit einem Vorwort von Leo Frobenius. 3 M. — **Das Kind und der Krieg.** Von Max Schach. 2 M. Eckart-Verlag, Berlin SW 68.

Heimat und Arbeit. Von Dr. Theodor Scheffer. 2,50 M. — **Bildende Kunst und Vergeistigung der Erziehungsarbeit.** Von Dr. Johannes Richter. 2 M. Verlag A. Hanse, Leipzig.

Die Haushaltungsschule. Von A. von Rottig-Wallnitz. Erster Band: **Die Nahrung.** 1,50 M. Verlag B. G. Teubner, Leipzig.

Erste Hilfe bei Unfällen und plötzlicher Lebensgefahr. Von Dr. med. A. Loewe. 2 M. Verlag C. C. Meinhold u. Söhne, Dresden-A.

Ist mit Verstand. Von Dr. Adolf Reitz. Kostenlos für die Bezieher der Wochenschrift „Die Lese". Verlag „Die Lese" G. m. b. H., Stuttgart.

Liller Kriegszeitung. Die vierte Auslese. Herausgegeben von Hauptmann d. L. Höcker. — Verlag der „Liller Kriegszeitung".

Riesen und Zwerge im Zahlenreich. Von W. Lietzmann. 80 Pf. — Verlag B. G. Teubner, Leipzig.

Mikrokosmos. X. Jahrgang. Heft 2—4. Jährlich 12 Hefte. Halbjährlich 3,60 M. — Franckhsche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, 1. Hof links, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsbestätigung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. **Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.**

G. L. 100. Das dürfte ein Irrtum sein. Reklamieren Sie bei der Gerichtskasse. — **G. B. 100.** Sie sind zur Rückzahlung verpflichtet, da die Bestimmung, daß nach der Entlassung noch für einen halben Monat die Unterstützung gezahlt wird, zu der Zeit noch nicht bestand. — **A. K. 89.** 1. Sie müssen bis spätestens 15. März kündigen. Einer früheren Kündigung steht nichts im Wege. 2. Das läßt sich gar nicht sagen. — **H. S. 77.** Sie sind im Recht. Beschweren Sie sich bei der Königl. Regierung in Potsdam. — **K. S. 40.** Unterstützung wird in der Regel nicht nachgewährt. Sie könnten sich eventl. unter Darlegung des Sachverhalts an den zuständigen Regierungspräsidenten wenden. — **K. G. 1000.** Der Besitzer des Grundstücks. — **W. H. 88.** Nein. — **F. W. 32.** Ansprüche aus der Invalidenversicherung bestehen beim Tode des Ehemannes nur für Frau und Kinder. — **F. K. 20.** Regierungspräsident in Potsdam. — **M. 100.** Nein. — **B. T. 14.** Unseres Wissens erhalten Schwerstarbeiter jetzt den Brotzusatz direkt von der Fabrik. Beschwerden gegen Entscheidungen der Brotkommission können Sie an den Magistrat Berlin richten. — **H. K. 100.** Sie dürfen den Betrag nicht kürzen. Die Kasse wird den zuviel gezahlten Betrag wieder zurückverlangen. — **H. M., Brits.** Sie könnten Antrag bei der Staatsanwaltschaft auf Strafverfolgung des Betreffenden stellen. Außerdem hat Ihre Tochter Anspruch auf Entbindungskosten, der Sechswochenkosten und Unterhaltsgeld für das Kind. — **P. B.** Es liegt bisher in Ihrem Belieben, ob Sie sich freiwillig zum Hilfsdienst melden wollen. Sie könnten abwarten, bis Sie eine Aufforderung zur Meldung bekommen. — **W. T. 543.** 1. Ja. 2. Nein. — **Marine E. K.** 1. und 2. Ja, nach Kriegsbeginn ist eine dementsprechende Verfügung erlassen. — **Siemens 188.** Kann nur durch den Kohlenhändler geschehen. — **M. S. 50.** Eins und 1. Abteilung in Metz, 2. Abteilung in Saarlouis. — **O. B. 55.** Meldung im Hauptelegraphenamt, Französische, Ecke Oberwallstraße. Dort erfahren Sie auch die näheren Bedingungen. — **F. 100.** 1. 1 000 000 Frank Gehalt und 700 000 Frank Repräsentations- und Reisekosten. 2. Nein. — **W. S. 11.** Bis jetzt noch nicht. Ist aber geplant. — **Bez. 100.** Solche Institute sind uns nicht bekannt. — **W. L. 88.** Stammregiment in Breslau. Die Standorte der Ersatzbataillone sind nicht bekanntgegeben. — **G. S. 3.** Wir können Ihnen leider in beiden Fällen nicht dienen. — **Wissensdurst 30.** Ja. — **O. J. 500.** Spielregeln im Briefkasten zu entscheiden, müssen wir ablehnen. — **B. 38.** Das Buch kostet 2 M. und können Sie durch unsere Buchhandlung, Lindenstr. 3, beziehen. — **R. D. 100.** Darüber sind Bekanntgaben nicht erfolgt. — **M. D. 93.** Heilmittel können wir nicht empfehlen. Vertrauen Sie sich dem Arzt an. — **Arbeiter 22.** Derartiges Institut ist uns nicht bekannt. — **M. K. 6.** Senden Sie sich an den Genossen Philipp Scheidemann, Lindenstr. 3. — **O. 465.** Ja. — **Heinig.** Ja, wenn er 1200 Marken nachweisen kann. An das Polizeirevier des betr. Wohnortes. — **G. G. 32.** Bezieht sich nicht auf Arzneibeit, wahrscheinlich Nummer der Vorstellungsliste. — Der Betrieb wird dem Hilfsdienstgesetz nicht unterstehen, daher brauchen Sie keinen Kriegsschein. — **G. B. 100.** Nein. — **F. 51.** Wegen dieser Sache sind bereits über tausend Klagen bei den Gerichten angemeldet. Entscheidung ist unseres Wissens noch in keinem Falle getroffen. Jedenfalls dürfen Sie einen Betrag von der Miete nicht in Abzug bringen. — **P. M. 370.** Der Wirt hat das Vorpfandrecht, zumal Sie im Vertrage anerkannt haben, daß die eingebrachten Möbel Ihr Eigentum sind. — **H. St. N. 13.** Abzug von der Miete ist nicht zulässig. Sie müßten erst auf Schadenersatz klagen. — **K. D. 22.** Ja. — **G. M. 3.** Eine nochmalige Einberufung ist nicht ausgeschlossen. — **E. S. 51.** Die Abfindungssumme beträgt bei Wiederverheiratung der Kriegerwitwe bis zu ¼ des dreifachen Betrages der Kriegsversorgung; für die Witwe eines Gemeinen bis zu 1000 M. — **H. 1.** 1. Die Veranlagung ist richtig; weil kein voller Jahresarbeitsverdienst vorliegt, wird wieder das mutmaßliche Einkommen angenommen. 2. und 4. Die nachweislichen Unterstützungen an die Eltern sind abzugsfähig, Schulden jedoch nicht, sondern nur die Zinsen 3. Ja. — **F. B. 71.** Sie können mit Bewohnern der besetzten Gebiete korrespondieren, die Briefe müssen offen geschickt und frankiert werden. — **G. S. 22.** Die Unterstützung wird mit Ausnahme von drei Monaten von der Rente in Abzug gebracht.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Vorwiegend trübe und neblig, ohne erhebliche Niederschläge; Temperatur im allgemeinen wenig verändert; im Nordosten etwas milder.

A. Jandorf & Co.

Belle-Alliance-Strasse · Gr. Frankfurter Strasse · Brunnen-Strasse · Kottbuser Damm · Wilmersdorfer Strasse

Verlangen Sie bei Einkäufen Rabattmarken

1 Flasche Brillantine 75 Pf.

1 Flasche Mundwasser 75 Pf.

1 Rocknadel Silber 800/1000 gestempelt 75 Pf.

6 Kompotteller Porzellan 75 Pf.

3 Pakete Waschpulver U 9 75 Pf.

10 Pakete Blitzblank 75 Pf.

1 Brieftasche mit Notizbuch und Geldscheinfach 75 Pf.

1 Wandspiegel mit weissem Rahmen 75 Pf.

6 Glas-Untersätze 75 Pf.

2 Schock Wäscheklammern 75 Pf.

1 Kleiderbürste 75 Pf.

3 Rollen Toilette-Papier 75 Pf.

1 Kontobuch 192 Seiten stark 75 Pf.

25 Briefbogen modernes Format 25 Umschläge mit Innendruck 75 Pf.

Bijouterie

1 silberner Ring 800/1000 gestempelt 75 Pf.
1 silberner Anhänger 800/1000 gestempelt .... 75 Pf.
1 Halskette mit Anhänger.. 75 Pf.
1 Korallen-Garnitur für Kinder 75 Pf.
1 Obstkorb mit Henkel..... 75 Pf.
1 Stehspiegel mit Metallrand 75 Pf.
1 Wandspruch Brandmalerei-Nachahmung 75 Pf.

Glas

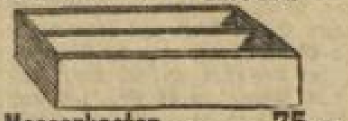
1 Butterdose .... } zusammen
1 Zuckerschale ...... } 75

1 Kompottschüssel runde oder viereckige Form, Diamantmuster .... 75 Pf.
6 Likörbecher auf hohem Fuss .... 75 Pf.
6 Wasserbecher 75
1 Bierkrug etwa 2 Liter Inhalt 75 Pf.
3 Bierbecher Viktoriaform.. mit Goldrand 75 Pf.
2 Weissbierpokale .... 75 Pf.

1 Blumenvase schweres Pressmuster 75 Pf.
1 Aschbecher grosse Form. 75 Pf.
1 Käseglocke schweres Pressmuster.. 75 Pf.
1 Kuchenteller reiches Pressmuster 75 Pf.
2 Blumenvasen mit Goldrand ...... 75 Pf.
2 Kompottschüsseln runde oder viereckige Form, Diamantmuster.. 75 Pf.
1 Wasserflasche mit Glas, farbig .... 75 Pf.

Wirtschafts-Artikel

1 Kannenuntersatz Majolika mit Rand. 75



1 Messerkasten.......... 75 Pf.
1 Glanzbürste .... 75 Pf.
1 Haarbürste .... 75 Pf.
1 Schmutzbürste .... } zusammen
1 Auftragebürste.... } 75 Pf.

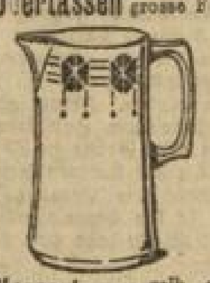
1 Fussbank .... 75 Pf.
1 Ringständer .... 75 Pf.
1 Teeglashalter vernickelt mit Glas 75 Pf.
1 Kammkasten .... 75 Pf.

1 Springform .... 75 Pf.
1 Scheuerbürste .... 75 Pf.
1 Abstäuber .... 75 Pf.

1 Backblech .... 75 Pf.
1 Briefkasten .... 75 Pf.

Steingut

6 Obertassen grosse Form. 75 Pf.

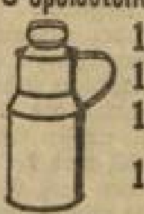


4 Kaffeebecher mit schönen Dekoren 75 Pf.
1 Wasserkanne gelb oder bunt, verschiedene Formen und Dekors 75 Pf.

1 Marmeladendose 75 Pf.
1 Schmalzdose 75
3 Kaffeetassen mit Untertassen, Meissener Form, blau Zwiebelmuster . 75 Pf.

Emaille

3 Speiseteller .... 75 Pf.



1 Küchenschüssel 75
1 Maschinentopf 75
1 Kasserolle mit Ausguss.. 75 Pf.
1 Bratpfanne mit Stiel...... 75 Pf.
1 Schaffnerkanne......... 75 Pf.

1 Durchschlag 75 Pf.
1 Kasserolle mit Stiel .. 75
1 Fleischtopf mit 2 Griffen 75 Pf.

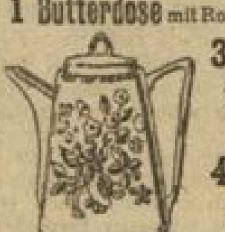
Parfümerie

1 Seifen-Dose Zelluloid.... 75 Pf.
1 Zahnbürsten-Hülse Zelluloid 75 Pf.
1 Tube Zahncreme Eukalyptus- oder Pfefferminzgeschmack 75 Pf.
1 Glasdose feste Brillantine 75
1 Flasche Haaröl Blumengeruch 75 Pf.
1 Flasche Parfüm Flieder- oder Maiglöckchengeruch...... 75 Pf.
2 Blechflaschen Putzwasser „Sidol" 75 Pf.

Porzellan

3 Kaffeebecher dekoriert.. 75 Pf.

1 Frühstücksgeschirr 4 teilig, mit hübschem Dekor 75 Pf.
2 Milchtöpfe grosse Form, reich mit Gold dekoriert 75
1 Butterdose mit Rosendekor 75 Pf.



3 Kaffeetassen mit Untertassen, reiche Bordüre 75 Pf.
4 Milchtöpfe mit reichem Golddekor, Satz 75 Pf.
1 Kaffeekanne reich dekoriert 75 Pf.
3 Abendbrotteller mit reichem Golddekor . 75
3 Speiseteller.............. 75 Pf.
1 Teekanne sortierte Formen 75 Pf.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Es fielen:

4. Wahlkreis.

Am 3. Februar der Glasschleifer

Moritz Zwicker

Bezirk 403, Teil 1.

Am 28. Januar der Genosse

Hermann Eckert

Straßmannstr. 43, Bezirk 410.

6. Wahlkreis.

Am 5. Februar im Alter von 37 Jahren der Former

Friedrich Röske

Lortzingstraße 35, 9. Abt., Bezirk 593.

Wahlverein Neukölln.

Im Alter von 37 Jahren der Genosse

Max Borchert

Weserstr. 8, 21. Bezirk.

Der seit dem 30. Oktober 1914 vermißte Zuschneider

Karl Klappenbach

Roseggerstr. 13, 8. Bezirk.

Am 2. Februar im Alter von 43 Jahren der Buchbinder

Bruno Sommer

Reuterstr. 49, 2. Bezirk

Ehre ihrem Andenken!

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter

Karl Radzuweit

von der Firma Keiling u. Thomas, Ackerstraße, am 16. Februar im Alter von 47 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 20. Februar, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes, Wollankstraße 66, aus statt.

Nachruf.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Handdiener

Oskar Kötsch

von der Firma Müller u. Leopold, Berlin, Alexanderstraße 39/40, am 15. d. Mts. im Alter von 41 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

72/2 Die Bezirksverwaltung.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen

Wilhelm Kohfeldt

von der Berliner Parkverwaltung.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Nazareth-Kirchhof, Reinickendorf-West, Kögelstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung bei der Bestattung des Kollegen ersucht

35/17 Die Ortsverwaltung.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin-Schöneberg.

Am 16. d. Mts. verstarb im 41. Lebensjahre nach längerem Leiden unser langjähriges Mitglied

Hugo Krause

Begasstr. 1.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 20. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des neuen Matthäi-Kirchhofs am Priesterweg aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

75/14 Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Verwaltung Groß-Berlin.

Am Sonnabend, den 17. Februar, verstarb unser Mitglied

Jakob Krenzwieser.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Adlershofer Gemeindefriedhofes, Hackenbergstraße, aus statt.

56/7 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Oskar Schübel

Müllerstr. 163b,
am 16. Februar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 20. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Ost-Friedhofes in Ahrensfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

130/9 Die Ortsverwaltung.

Nachruf!

Am Freitagmittag ist unser Stammwirt

Herr **Hugo Krause**

Begasstr. 1, durch den Tod von seinem langen, qualvollen Leiden erlöst worden. Sein aufrechter Charakter, seine vornehme Gesinnung und sein liebenswürdiges Wesen zwingen uns, seiner immer gern und in Ehren zu gedenken.

Berlin-Schöneberg, 18. Februar 1917.

Seine Stammgäste.

Zentral-Verband der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschlands.
Filiale Groß-Berlin.

Am Sonnabend, den 17. Februar 1917, verstarb unser Mitglied, der Töpfer

Rudolf Huth

(Bezirk Charlottenburg)

im Alter von 67 Jahren an Schlaganfall.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Luisenfriedhofs in Charlottenburg, Neuer Fürstenbrunner Weg, aus statt.

Der Vorstand.

Gewidmet zum 21. Geburtstage unseres geliebten Sohnes und Bruders, des Musketiers

Kurt Bastigkeit

Res.-Inf.-Reg. Nr. 23, 2. Komp.

Gefallen am 29. April 1916.

Nun ruhest Du nach großen Schmerzen,
In fremder, kühler Erden.
In der Heimat schlagen Herzen,
Die Deiner nie vergessen werden.

Die trauernden Eltern und Bruder.

Berlin, Plannfer 92. 1808δ

Am 17. Februar verstarb nach kurzem Krankenlager mein lieber Mann, der Gastwirt

Hermann Brünner

im 47. Lebensjahre. 1901b

In tiefem Schmerz
Anna Brünner geb. Pape und Verwandte.

Beerdigung findet morgen Mittwoch, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des St. Markus-Kirchhofes in Wilhelmsberg-Hohenschönhausen aus statt.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Hermann Brünner

Gr. Frankfurter Str. 90, Bez. 3, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. d. M., nachmittags 2½ Uhr, von der Halle des Markus-Kirchhofes, Hohenschönhausen, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

74/11 Die Ortsverwaltung

Danksagung. (Statt Karten.) Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben unvergeßlichen Mannes sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie für die trostreichen Worte des Herrn Manasse, den Kollegen der Firma Otto Hachmann, dem Wahlverein des Kreises Niederbarnim und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband im Namen aller Hinterbliebenen meinen herzlichsten Dank. 1902b

Die tieftrauernde Witwe
Helene Krusemark geb. Müller.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und die vielen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Kollegen der Firma Palm und der Firma Emensia und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband meinen herzlichen Dank.

Frau Witwe Marie Schmidt.

Heines Werke
3 Bände 5 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer,
Inh.: P. Golletz
Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 10 303

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung. 215/10"]
Sprechstunden: 11—1 und 6—8.

Kennen Sie die Wohltat einer **Leibbinde?**
Sämtliche Systeme am Lager resp. nach Maßanfertigung sowie
Bruchbandagen aller Art.
Artikel z. Gesundh.- u. Krankenpflege
Pollmann, Bandagist
Berlin N., Lothringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen.

Die Zarengeißel
Sturmschreie aus hundert Jahren :: Herausgegeben von Dr. Franz Diederich
In festem Umschlag geheftet **60 Pfennig**
Das Thema dieses Buches ist der Kampf gegen den Zarismus, der Rußland blutig knechtet u. Europa barbarisch bedroht. — Die Zarengeißel ist ein Kampfbuch voll Unerbittlichkeit. Aus dem Sturm des gegenwärtigen Kriegsgeistes hervorgewachsen
Zu beziehen durch die:
Buchhandlung Vorwärts
SW, Lindenstr. 3

Die Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken, betreffend **Höchstpreise für Spinnpapier aller Art sowie für einfache, gezwirnte oder geschnürte Papiergarne, welche mit anderen Faserstoffen nicht vermischt sind,** tritt am 20. Februar 1917 in Kraft.

Die vollständige amtliche Bekanntmachung erfolgt an den Anschlagsäulen und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung".

Berlin, den 20. Februar 1917.

116. I. Mil. 17. **Der Polizeipräsident.**